Donnerstag, 8. August 1985 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 182 - 32. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Bodenschutz: Gegen den Widerstand der Länder bereitet das Bundesinnenministerium verschärfte Bestimmungen für den Bodenschutz vor. Der Maßnahmenkatalog soll neben der Beseitigung nicht benötigter Pflanzenschutzmittel auch eine bessere Reinhaltung des Wassers vorsehen.

Bonn: Die CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sollen nach den Worten des Vorsitzenden der rheinischen CDU, Bernhard Worms, formell erst nach der Bundestagswahl 1987 zusammengelegt werden. (S. 4)

Dementiert: Die hessische SPD hat Berichten widersprochen, wonach die Sozialdemokraten ihre Forderung an die Grünen nach Verabschiedung eines Doppelhaushalts für die Jahre 1986/87 als Bedingung für eine rot-grüne Koalition aufgegeben hätten.

Johannesburg: Die seit Monaten anhaltenden Unruhen in Südafrika haben jetzt auch auf die Hafenstadt Durban übergegriffen. Ursache der Spannungen ist offenbar die Ermordung der schwarzen Rechtsanwältin und Bürgerrechtlerin Victoria Mxenge. Nach den Massenverhaftungen an ihrem Wohnsitz vom Dienstag ist die Frau des inhaftierten Schwarzenführers Nelson Mandela, Winnie, untergetaucht. (S. 5)

Chile: Die chilenische Militärregierung hat 14 Oppositionspolitiker für drei Monate auf eine 1000 Kilometer südlich der Hauptstadt Santiago gelegene Insel verbannt. Die Oppositionspolitiker werden beschuldigt, sich an regierungsfeindlichen Demonstrationen beteiligt zu haben.

Moratorium: China will sich offenbar auch dann nicht an einem Atomtest-Moratorium beteiligen, wenn sich die USA und die Sowjetunion auf einen Versuchsstopp einigen sollten. Hinsichtlich der nuklearen Abrüstung müßten die Staaten mit den größten Atomarsenalen aber den ersten Schritt tun.

Manila: Die philippinische Regierungspartei verzichtet auf eine Änderung des 1979 mit den USA abgeschlossenen Vertrages über die Nutzung von US-Militärbasen auf den Philippinen. Präsident Marcos hatte mit der Kündigung dieses Vertrages gedroht, nachdem der Kongreß in Washington die Kürzung der Militärhilfe erwogen hatte.

Gegenüberstellung: Der Papstattentäter Mehmet Ali Agca wird voraussichtlich in den nächsten Tagen in Bochum dem Türken Jalcin Ozbey gegenübergestellt werden. Ozbey wird von Agca beschuldigt, eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung des Attentats gespielt zu haben.

ZITAT DES TAGES



» Ich fordere erneut besorgt, daß die Würde jeder Person anerkannt wird in einem Klima des Respekts und des Dialogs «

Papst Johannes Paul II. vor seiner dritten Afrikareise bei der traditionellen Generalaudienz auf dem Petersplatz (S. 5)
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Stahlabkommen: Die Industrie- und Wirtschaftsminister der EG haben einem Abkommen über die Begrenzung des Stahlexports in die Vereinigten Staaten zugestimmt. Das Abkommen begrenzt die Ausfuhr von 16 Stahlprodukten bis zum Jahresende. (S. 9)

Arbeitskosten: Vor einer weiteren Verlagerung arbeitsintensiver Fertigung in Entwicklungsländern warnt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Auch in den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Ländern – Hongkong, Südkorea, Taiwan und Singapur – geht die Ära niedriger Arbeitskosten zu Ende. (S. 9)

Erfolge: Berlin hat die Herausforderungen der Zukunftsmärkte akzeptiert. Es präsentiert sich aufgeschlossen und demonstriert aus Sicht des BDI die Richtigkeit eines klaren Wirtschaftskonzepts.

Börse: Der deutsche Aktienmarkt tendierte unter dem Einfluß der Wall Street leichter. WELT-Aktienindex 196,87 (198,77). Am Rentenmarkt kam es zu weiteren Kurssteigerungen für öffentliche Anleihen. BHF-Rentenindex 104,463 (104,336). Performance-Index 106,070 (105,912). Dollar-Mittelkurs 2,8612 (2,8394) Mark. Goldpreis je Feinunze 320,65 (319,80) Dollar.

KULTUR

Klage abgewiesen: Die fristlose Entlassung des ehemaligen Bonner Generalmusikdirektors Gustav Kuhn vom 7. Mai ist vom Bonner Arbeitsgericht bestätigt worden. Kuhn hatte den Generalintendanten der Bonner Bühnen, Jean-Claude Riber, geohrfeigt.

Absurdes Kino: Der erste Bond-Film erschien vor fast 25 Jahren. Mit der 14. Ausgabe dieser vorsätzlich rüden und perfekten Gattung sind nun auch die feinsinnigeren Diskussionen in Kritik und Publikum versickert. James Bond macht absurdes Kino. (S. 17)

SPORT

Segeln: Titelverteidiger Deutschland geht beim Admiral's Cup, dem über 605 Seemeilen führenden Fastnet Race, am Samstag mit 75 Punkten Vorsprung vor England in die letzte Prüfung.

Schwimmen: Der Amerikaner Matt Biondi (19) erreichte über 100 m Kraul als erster eine Zeit unter 49 Sekunden. Bei den US-Meisterschaften siegte der neue Weltrekordler in 48,95. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Folterwerkzeuge: Nicht im Mittelalter, sondern vor allem im 17. und 18. Jahrhundert gehörte Foltern zum juristischen Alltag. In der Nürnberger Burg werden die Folterwerkzeuge auf Kupferstichtafeln vorgestellt. (S. 18)

„Goodwill-Spiele": Ted Turner vom US-Kabelunternehmen CNN will im nächsten Jahr gemeinsam mit dem sowjetischen Fernsehen in Moskau „Goodwill-Spiele" veranstalten. Ob die Sportverbände in den USA diesem Vorschlag zustimmen werden, ist jedoch mehr als fraglich. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, zeitweise Regen. 18 bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wie Friedenspolitiker inneren Unfrieden stiften – Von Günther Bading S. 2

Sardinien: Luftkampf über Decimomannu – Es schießt der Computer – Von F. Meichsner S. 3

Hochschulen: Wettbewerb à la USA: Vorbild für deutsche Universitäten – Von P. Philipps S. 4

Großbritannien: Labour und TUC greifen Wahlsieg voraus – Plan für neue Partnerschaft S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Umwelt-Forschung-Technik: Wo die Ungarische Linde blüht, gehen die Hummeln zugrunde S. 8

Fernsehen: Zum 750. Mal: Das „Deutsche Schlagerlotto" vom Hessischen Rundfunk S. 16

WELT-Report Feinstpapier: Was ist das Feinste im ganzen Land? – Handel ohne Engpaß S. 14 u. 15

Zeitschriftenkritik: „The Salisbury Review" London – Mit dem Herzen denken S. 17

Legehennen: Erstes Verbot der Käfighaltung in Hessen – Von Dankwart Guratzsch S. 18

Saar-FDP: Treibt Lafontaine Arbed in den Konkurs?

Rehberger: Die SPD-Regierung will Bonn den Schwarzen Peter zuschieben

ULRICH REITZ, Bonn

Der saarländische FDP-Vorsitzende Horst Rehberger hat die Befürchtung geäußert, Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) benutze seine jüngsten Initiative in Richtung Bonn dazu, das angeschlagene Unternehmen Arbed Saarstahl in den Konkurs treiben. „Wenn die Landesregierung durch ihre spektakulären Schritte die Haushaltslage weiter dramatisiert, dann könnte dies zum Konkurs von Arbed führen", sagte Rehberger in einem Gespräch mit der WELT. Rehberger begründete seinen Verdacht mit den jüngsten Briefen Lafontaines an Bundespräsident Richard von Weizsäcker, die Bundesregierung und den Bundesratspräsidenten. Darin wies der SPD-Politiker auf einen Bericht des Landesrechnungshofes hin, in dem mit Blick auf die hohe Verschuldung des Saarlandes die „verfassungsrechtlich bedenkliche Kreditfinanzierung" moniert wird. (WELT v. 7. 8.)

Anstoß hatte der Rechnungshof an dem Nachtragshaushalt der Landesregierung vom 28. Juni dieses Jahres genommen, der ausschließlich eine Finanzspritze von 200 Millionen für das Montanunternehmen vorsieht. Die prekäre finanzielle Situation des Bundeslandes – acht Milliarden Mark Schulden bei einem Haushaltsvolumen von 4 Milliarden Mark – resultiert nach Feststellung des Rechnungshofes zum „größten Teil aus der Subventionspraxis im montanindustriellen Bereich".

Interessant sei nicht, wie Bonn auf die Schreiben Lafontaines reagiere, „sondern welche Konsequenzen die Landesregierung selbst aus dem Rechnungshof-Bericht zieht", sagte der ehemalige saarländische Wirtschaftsminister. Folgte Saarbrücken der Argumentation des Rechnungshofes und zöge konsequenterweise den beanstandeten Nachtragshaushalt zurück, „dann ist die Finanzierung von Arbed nicht mehr möglich", folgerte Rehberger. Der Ministerpräsident „dürfte sich der Konsequenz seines Handelns, das notwendig in den Konkurs des Unternehmens führte, bewußt sein". Offensichtlich hoffe Lafontaine, die Verantwortung für einen möglichen Konkurs „Bonn in die Schuhe schieben zu können". Auf diesem Weg könnte der Sozialdemokrat aus einem Arbed-Konkurs sogar politisches Kapital schlagen.

SEITE 8:
Die Analyse

„Unverfroren" nannte Rehberger den Versuch der Landesregierung, den Bundespräsident für ihre Zwecke einzuspannen. Noch im Februar habe der jetzige Innenminister Friedel Läpple (SPD) Weizsäcker der Wahlkampfhilfe für den damaligen Ministerpräsident Werner Zeyer (CDU) bezichtigt. Anlaß: Das Staatsoberhaupt hatte bei seinem Besuch an der Saar erklärt, der Großteil der saarländischen Probleme sei strukturell bedingt, mithin nicht der Koalitionsregierung aus CDU und FDP anzulasten. „Jetzt ruft dieselbe Partei den Mann um Hilfe, den sie noch vor wenigen Monaten versucht hat, in die Pfanne zu hauen", sagte Rehberger. Die Regierung hoffe anscheinend darauf, Weizsäcker werde sich vermittelnd in die Bemühungen Saarbrückens einschalten, eine finanzielle Besserstellung des Saarlandes im Länderfinanzausgleich und bei den Bundesergänzungszuweisungen zu erreichen.

Aber der Regierungschef beschränkte seine Aktivitäten nicht auf Appelle: Anfang dieser Woche hatte die saarländische Regierung gegen zentrale Bestimmungen des Länderfinanzausgleiches beim Bundesverfassungsgericht geklagt. Ein „widersprüchliches und dazu taktisch unkluges Vorgehen", meint der FDP-Chef. Rehberger: „Die Regierung hätte besser daran getan, im Gespräch mit dem Bund und den anderen Ländern ihre Möglichkeiten auszuloten".

Solange keine Entscheidung aus Karlsruhe vorliege, brauche sich Saarbrücken nun keine Hoffnungen mehr zu machen, in Verhandlungen mit Bonn über eine bessere Bewertung bei der Zuweisung der Mittel aus dem Finanzausgleich und den Ergänzungszuweisungen eintreten zu können. Zudem sei, so Rehberger, der Gang nach Karlsruhe riskant. Wiesen die obersten Richter die Klage der inzwischen fünf Länder auf finanzielle Besserstellung ab, seien entsprechende Verhandlungen zwischen Saarbrücken und Bonn „natürlich zum Scheitern verurteilt".

DER KOMMENTAR

Konkurs-Poker

PETER GILLIES

Einer der kostbarsten „Produktionsfaktoren" eines Unternehmens ist sein guter Ruf. Es muß Vertrauen und Verläßlichkeit gegenüber Kunden, Lieferanten und Mitarbeitern ausstrahlen. Wer es jedoch mit der Drohung eines Konkurses ständig durch die Schlagzeilen zerrt, hilft eben diesen Konkurs herbeizuführen, den er zu vermeiden vorgibt. Management und Belegschaft von Arbed Saarstahl sowie Zehntausende von Familien sehen den Poker der saarländischen Landesregierung deswegen mit Beklommenheit.

Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlandes, pflegt einen forschen, rauhen und trickreichen Regierungsstil. Das mag für Parteigremien oder Fernsehdiskussion taugen, nicht jedoch für das Schicksal eines so wichtigen Wirtschaftsfaktors wie Arbed. Über Jahre hinweg flossen mehr als dreitausend Millionen Mark an das notleidende Unternehmen, wobei sich die Bundesregierung überaus kooperativ gezeigt hat. Sie verdient es nicht, von Lafontaine mit Anschuldigungen, Ultimaten oder Erpressungen überzogen zu werden.

Ob Lafontaine tatsächlich insofern va banque spielt, als er den Konkurs des Stahlunternehmens eiskalt einkalkuliert, dabei den Schwarzen Peter nach Bonn spielt, um sich hernach als Sanierer eines Schrumpfunternehmens feiern zu lassen, weiß nur er selbst. Sollte er dagegen den zähen Weg einer Sanierung – selbstverständlich in Kooperation zwischen Bund, Land, Banken und Unternehmen – gewählt haben, so läßt er die notwendige Präzisierung seines Willens leider vermissen.

Die Umstrukturierung, der beharrliche Abbau von Kosten und Überkapazitäten sowie die Fahndung nach einer diversifizierten neuen Industriestruktur des Saarlandes, sind für den Ökosozialisten Lafontaine gewiß ein mühseligerer Weg als die politische Konfrontation mit Bonn. Wer aber Wachstum eigentlich nicht will, Arbeitszeitverkürzung und andere Formen des Kostenauftriebs predigt, kann von Banken schwerlich erwarten, daß sie das Geld ihrer Kunden und Sparer in dieses Land pumpen. Lafontaine verbreitet nicht zwingend ein Klima von Wirtschaftsfreundlichkeit.

Auch die Bundesregierung kann und darf – als Treuhänder von Steuergroschen – neues Geld nur nachschießen, wenn ein schlüssiges Sanierungskonzept vorliegt. Im Groben ist diese Strategie bereits skizziert. Lafontaine, Liebhaber des „anderen Fortschritts", sollte jetzt zügig, kooperativ und unaufgeregt eine Reinzeichnung vorlegen. Das wäre ein Fortschritt für die Saar.

Breit bestreitet ernsten Willen Kohls

Diskussion um Bekämpfung der Arbeitslosigkeit / Für weitere Verkürzung der Arbeitszeit

GÜNTHER BADING, Bonn

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, hat die offenbar als Vorbereitung auf die „Aktionswoche" des DGB im Oktober laufende Kampagne genereller Kritik von DGB-Funktionären an der Bundesregierung konkret auf das Arbeitslosenproblem gelenkt. In einem Interview des Magazins „Stern" sagte Breit auf eine entsprechende Frage: „Ich bin mir nicht sicher – und jetzt drücke ich mich zurückhaltend aus –, inwieweit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in dieser Regierung ernsthaftes Ziel ihres Bemühens ist." Die Regierung Kohl habe „einfach zuviel getan, was das Gegenteil bewirkt hat". Angesichts der Politik einer „Umverteilung von unten nach oben" zur Krisenbewältigung werde es „doch wohl Rechtens sein, den ernsthaften Willen dieser Regierung, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, anzuzweifeln".

Nach dem Spitzengespräch des DGB mit dem Kanzler am 23. Juli hatten einige DGB-Funktionäre rasch damit begonnen, ihre öffentliche Kritik an der Regierung zu verstärken. Sie wollten damit offensichtlich der in der Mitgliedschaft auftauchenden Frage begegnen, warum man einerseits im September mit der Regierung und auch den Arbeitgebern verhandeln werde – eine solche Dreier-Runde war über die Jahre hinweg abgelehnt worden – und dann einen Monat später zu Demonstrationen gegen diese Gesprächspartner aufrufe. Auch war Breit wegen seiner ersten positiven Äußerungen nach dem Treffen im Kanzleramt intern kritisiert worden. Er hatte in dem Gespräch dem Vernehmen nach Kohl gegenüber erklärt, er bestreite dessen Ernsthaftigkeit bei dem Bemühen um Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht. Weiter hatte Breit, so in einem Interview des WDR, erklärt, man könne „sagen, daß die Einsicht, etwas mehr gegen die Arbeitslosigkeit tun zu müssen, zugenommen hat".

LEITARTIKEL SEITE 2:
Bürgerliche Gesittetheit
Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Breit sprach sich erneut für weitere Arbeitszeitverkürzungen aus. Für gut die Hälfte aller Arbeitnehmer gelte heute die 38,5-Stunden-Woche. Die 35-Stunden-Woche sei „die nächste Hauptmarke" im Kampf um Arbeitszeitverkürzung, wobei fraglich sei, „ob sie von allen in einem Schritt zu erreichen sein wird".

Auch der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Scharrenbroich, hat die Bundesregierung davor gewarnt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht mehr als ihre wichtigste Aufgabe anzusehen. Es sei eine „gefährliche Illusion" zu glauben, die Regierung werde 1987 in der Bundestagswahl nicht an ihrem Erfolg bei der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit gemessen werden, sagte er in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung".

Bedeutendes Erzlager bei Cuxhaven entdeckt

Titaneisenvorkommen deckt deutschen Bedarf / Abbau rentabel

HARALD STEINERT, Midlum

Einen völlig unerwarteten Erfolg hat jetzt die deutsche Bergbauindustrie zu verzeichnen: In der Nähe von Cuxhaven wurde bei Probebohrungen eine Erzlagerstätte von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung entdeckt. Bei diesem ersten Erzfund in Deutschland seit vielen Jahrzehnten handelt es sich um einen fossilen Sandstrand mit Titan- und Zirkonmineralen. Er enthält mindestens das Zehnfache der zur Zeit in der Bundesrepublik benötigten Menge an Ilmenit (Titaneisen) und das Zwanzigfache an Rutil und Zirkon. Das Vorkommen liegt nur etwa 40 bis 50 Meter unter dem Erdboden, so daß es im Tagebau gefördert werden kann.

Diese Entdeckung ist die erste Ausbeute einer seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik betriebenen Exploration. Bei den Untersuchungen waren bisher nie bahnbrechende Funde gemacht worden. Zwar hatte man etwa bei Menzenschwand im Schwarzwald eine Uranlagerstätte und auf Sylt ein kleines Titanlager gefunden, doch können alle bisherigen Funde nicht ausgebeutet werden, weil sie entweder unwirtschaftlich sind oder weil – wie in Menzenschwand – ökologische oder landesplanerische Gründe dagegen sprechen.

Man hatte immer nur nach „klassischen" Lagerstätten im Festgestein gesucht. Von den sogenannten Erzseifen, mit Erzkörnern angereicherte Sande, aus denen auch der Fund auf Sylt besteht, hatte man sich wenig erwartet. Bislang war man immer davon ausgegangen, daß solche Vorkommen keine Basis für einen wirtschaftlichen Abbau bieten.

Um so überraschender kam die Entdeckung eines mit den Sylter Erzseifen identischen, jedoch wesentlich größeren Vorkommens nahe der Wesermündung bei den Orten Midlum und Holßel. Es handelt sich um einen mehrere Millionen Jahre alten Meeresstrand, der in den Eiszeiten durch Ablagerungen zugedeckt worden ist. Derartige Erzseifen bilden sich an Stränden und Flußläufen, wenn Brandung oder Strömung längere Zeit einen Sand so auswaschen, daß die leichten Sandkörner (vor allem Quarz) fortgetragen und die schweren Sandkörner angereichert werden. Diese „Schwerminerale" enthalten oft wertvolle Bestandteile, in diesem Fall das Titaneisenerz Ilmenit, das Titanerzmineral Rutil sowie Zirkon und und das Thorium-Erzmineral „Monazit".

Die Lagerstätte wurde bei hydrogeologischen Bohrungen in den Jahren 1973 bis 1976 durch das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung entdeckt. Man beobachtete in den Bohrungen mächtige Schichten von schwarzem, grauem oder olivgrauem Sand, die so auffallend waren, daß sie mineralogisch analysiert wurden. Dabei erwies sich, daß in diesem Sand Schwerminerale sehr hoch angereichert sind. Die Analysen zeigten, daß man einen sehr ausgedehnten fossilen Sandstrand entdeckt hatte, der den Erzseifen in Australien, wo die Ostküste mit solchem Erzsand bedeckt ist und die größte derartige Lagerstätte der Welt dar-

■ Fortsetzung Seite 8

Propaganda soll Wahlboykott abwenden

Das Jaruzelski-Regime startet eine Medienoffenisve mit Pop und Patriotismus

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Regierung und KP in Polen sind ernstlich besorgt, daß bei den bevorstehenden Wahlen zum Sejm – dem Parlament der Volksrepublik – weite Kreise der Bevölkerung den Aufruf zum Wahlboykott befolgen könnten. Der Boykottaufruf ist von der Untergrund-Gewerkschaft „Solidarität" erlassen worden. Bereits bei den Kommunalwahlen betrug die Beteiligung nach offiziellen Angaben nur 75 Prozent – was für ein kommunistisches Land außergewöhnlich niedrig ist. Sollte bei den Sejm-Wahlen ein ähnlich schlechtes Ergebnis erzielt werden, müßte dies dem Prestige des Regimes Jaruzelski sowohl im Westen wie im Ostblock abträglich sein. Die polnische Führung fürchtet vor allem, beim sowjetischen Parteichef Gorbatschow, der bereits mehrfach seine Unzufriedenheit mit der Warschauer Entwicklung zu erkennen gab, Minuspunkte zu sammeln.

Deshalb haben Jaruzelski und seine publizistischen Ratgeber beschlossen, vor den Wahlen am 13. Oktober eine Propaganda- und Medienoffensive zu starten. Durch eine massive Kampagne in Funk und Fernsehen soll die Bevölkerung zu einer Teilnahme an den Sejm-Wahlen bewegt und dem Einfluß der „Solidarität" Einhalt geboten werden. Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban teilte mit, daß der Minsterrat dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen eine einmalige Erhöhung des Etats um 37 Prozent – nach offiziellem Kurs um 20 Millionen Mark – bewilligt habe. Damit sollen nicht nur zusätzliche Programme, sondern auch moderne Ausrüstungen finanziert werden.

Die „komplexen Bedingungen" der gesellschaftspolitischen Lage Polens, unter denen die Parlamentswahlen stattfinden, machten es für Rundfunk und Fernsehen notwendig, Sonderaufgaben unter großen Schwierigkeiten zu lösen, heißt es in einem Schreiben, worin das Komitee für Rundfunk und Fernsehen um die Erhöhung seines Etats ersuchte. Darin heißt es außerdem, in der Wahlkampagne müßten die polnischen Kommunisten auf ihre „bisherigen Propagandastereotypen" verzichten. Nur so könne man in der Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen der Regierung ein Gefühl der „Zufriedenheit und Überzeugung" schaffen.

Rundfunk und Fernsehen sollen durch Festivals, Konzerte, Pop-Songs für Jugendliche und durch das

● Fortsetzung Seite 8

„Frauen im Arbeitsleben weiterhin benachteiligt"

OECD-Studie kritisiert vor allem ungleiche Bezahlung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Anteil der Frauen an den Arbeitsmärkten der westlichen Industriestaaten hat sich in den vergangenen Jahren weiter erhöht. Aber von der Arbeitslosigkeit sind sie tendenziell immer noch stärker betroffen als die Männer. Auch ist ihre direkte wie indirekte „Diskriminierung" stark geblieben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die Wirtschaftsintegration der Frau.

Von der weiblichen Bevölkerung der OECD-Zone waren 1975 erst 49,5 Prozent berufstätig gewesen. Dieser Anteil erhöhte sich bis 1979 auf 52,7 Prozent. Bei der männlichen Bevölkerung dagegen ist der Anteil der Aktiven gleichzeitig von 87 auf 85,7 Prozent zurückgegangen. Er hat sich seitdem weiter vermindert, während er bei den Frauen stabil geblieben ist, ergibt sich aus dem Bericht.

Aber der größte Teil des weiblichen Zuwachses am insgesamt geschrumpften Arbeitsmarkt entfiel auf Teilarbeitszeit (Halbtagsbeschäftigungen usw.), vor allem in der Bundesrepublik Deutschland. Hier waren 1981 93,8 Prozent aller berufstätigen Frauen nur teilbeschäftigt. Die darin zum Ausdruck kommende „Flexibilität" habe aber den Frauen nicht nur Vorteile (mehr Freizeit) gebracht. Denn vielfach ist ihre Teilarbeit nach Angaben der OECD nicht freiwillig, sondern erzwungen, was eine versteckte Arbeitslosigkeit bedeute.

Gegenüber ganztags beschäftigten Frauen müßten Frauen mit Teilzeitarbeit eine oft überproportionale Verminderung ihres sozialen Schutzes in Kauf nehmen, heißt es in dem Bericht. Auch steuerlich sei ihre Behandlung schlechter als die der – ganztägig arbeitenden – Männer.

Vor allem beanstandet die OECD die unterschiedliche Entlohnung. Für die gleiche Arbeit würden Frauen immer noch um 20 bis 40 Prozent schlechter bezahlt als Männer. In der Bundesrepublik erreichten die Stundenlöhne bei den Frauen 1982 erst 72,6 Prozent der männlichen.

Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Casablanca

DW. Casablanca

In der marokkanischen Stadt Casablanca hat ein außerordentliches Treffen der arabischen Staaten begonnen. An den Gesprächen nehmen nur weniger als die Hälfte der Mitglieder der Arabischen Liga durch ihre Staats- und Regierungschefs teil. Im Vordergrund der Konsultationen stehen die Wiederaufnahme Ägyptens in die Liga, die Spaltung der arabischen Staaten über die jordanisch-palästinensische Friedensinitiative und der Golfkrieg.

Die Länder Syrien, Südjemen und Libanon boykottieren das Gipfeltreffen. Beobachter erwarten deshalb keinen Durchbruch bei den zweitägigen Gesprächen.

BBC-Journalisten streiken gegen „Zensur"

DW. London

Ein Proteststreik von britischen Rundfunk- und Fernsehjournalisten sowie zahlreicher anderer Mitarbeiter der britischen Rundfunk- und Fernsehanstalten hat gestern zu der Absetzung der Nachrichten- und Magazinsendungen sowie zu Programmstörungen geführt. Mit dem Ausstand wollen die Mitarbeiter der öffentlichen britischen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC sowie der privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten gegen die Absetzung einer Magazinsendung über das Terroristenproblem in Nordirland und gegen den nach ihrer Ansicht offensichtlichen Zensurversuch der Regierung protestieren.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

Japan sieht sich verstärkt von UdSSR bedroht

rtr, Tokio

Japan sieht sich in verstärktem Maße militärisch von der Sowjetunion bedroht. In dem gestern vorgelegten Weißbuch des japanischen Verteidigungsministeriums heißt es, die Fertigstellung einer zweiten transsibirischen Eisenbahn und die Stationierung von MiG-31-Jägern im Fernen Osten seien wesentliche Elemente der wachsenden Bedrohung. Nach Daten, die das US-Verteidigungsministerium im April veröffentlicht hatte, ist die MiG-31 das erste sowjetische Flugzeug, das unter ihr fliegende Maschinen erfassen und angreifen kann. Die im September fertiggestellte Eisenbahnlinie hat die Nachschubmöglichkeiten der UdSSR für den Fernen Osten verbessert.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jubel aus dem Posthorn

Von Peter Gillies

Dem Bundespostminister sei das – recht seltene – Gefühl der Genugtuung gegönnt, das der Rekordgewinn des „gelben Riesen" vermittelt. Bei 46 Milliarden Mark Umsatz lieferte das Unternehmen nicht nur mehr als vier Milliarden Mark an den Bundeshaushalt ab und bediente alle Investitionen und Schulden, sondern behielt unter dem Strich noch einen Gewinn von 3,3 Milliarden Mark. Ein Traumergebnis.

Die Postkunden vermögen indes nicht das gleiche Hochgefühl zu empfinden, zumal da gleichzeitig mit Gebührenerhöhungen gewinkt wird. Dem Post-Gewinn fehlt die Legitimation durch den Wettbewerb, seine Quelle sind vor allem die Monopoldienste der Post. So sehr die Kundschaft darüber befriedigt sein mag, daß der Post das Defizitschicksal der Bundesbahn erspart bleibt: Die hohen Gewinne zeigen, daß die Gebühren nicht zu niedrig, sondern zu hoch sind.

Deswegen hätte es fabelhaft in die konjunkturelle Landschaft gepaßt, wenn der oberste Dienstherr der Post nicht mit unbestimmten Gebührenerhöhungen gedroht, sondern im Gegenteil Preissenkungen angekündigt hätte. Dafür bietet sich das Telefon an. Die wirtschaftliche Stärke der Post aktualisiert auch alte Pläne, nämlich die Privatisierung von Postbereichen.

Ein auf Dauer hoher Gewinn von Monopolen birgt viele Gefahren. Er weckt die Begehrlichkeit von Finanzministern, er macht das Unternehmen nachgiebig gegenüber ausufernden Gewerkschaftsforderungen, verringert den Rationalisierungsdruck und stellt im Grunde für die Kunden eine stete und ärgerliche Zusatzsteuer auf ohnehin recht gepfefferte Dienstleistungskosten dar. Die Postbilanz zeigt, daß es sowohl möglich ist, zukunftweisende Investitionspolitik (einschließlich der Verkabelung) zu betreiben, als auch einige Rationalisierungserfolge den Kunden als Gebührensenkungen weiterzugeben, wenn schon keine Serviceverbesserungen erkennbar sind.

Diese Bundesregierung möchte sich durch eine Politik gedrosselter Staatstätigkeit und sinkender Steuern und Abgaben auszeichnen. Eine kräftige Gebührensenkung würde dies auf das vorzüglichste untermauern.

Terroristen und TV

Von Reiner Gatermann

Zu den Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft gehört das Recht auf umfassende Information. Diese Gesellschaft hat jedoch gleichermaßen das Recht und die Pflicht, sich vor Kräften zu schützen, die ihre demokratische, freiheitliche Struktur gefährden.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, selbst vor einem Jahr nur knapp einem Terroranschlag entgangen, sieht in den Medien, vor allem im Fernsehen, den „Sauerstoff für den Terrorismus". Auf der anderen Seite heißt es, die Medien seien „Sauerstoff für die Demokratie", der nicht abgedreht werden dürfe. Aber daß der Terrorismus davon nicht profitieren darf, gilt auch unter seriösen Journalisten grundsätzlich als unbestritten. Für die öffentlich-rechtliche britische Fernsehgesellschaft BBC ist hieraus ein Dilemma entstanden, das sie in eine tiefe Krise gestürzt hat.

Der Programmrat sagt, der umstrittene Film über den Extremismus in Nordirland sei neutral, der Aufsichtsrat sieht die IRA als „zu weich" behandelt. Der Innenminister ist nicht auf Ausgewogenheit des Programms aus, sondern will nichts über Terroristen auf dem Bildschirm sehen. Der Film wurde abgesetzt, der Schrei „Zensur" liegt seitdem über dem Königreich.

Das ist schlimm, auch für das Ansehen der BBC. Aber so weit hätte es nicht kommen müssen, wenn alle Beteiligten, vor allem Innenminister Leon Brittan, eine Grundregel im Kampf gegen den Terror befolgt hätten: daß Einigkeit die beste Waffe gegen ihn ist, und daß man diese hinter der Kulisse und nicht auf offener Bühne schafft.

Der Innenminister hat das gesetzliche Recht, eine Sendung zu unterbinden. Er hat darüber hinaus korrekt gehandelt, als er, da er den fraglichen Film nicht gesehen hatte, den Gouverneuren der BBC seinen „Wunsch" nach Absetzung der Sendung nahelegte; diese waren es, die die Einstellung anordneten. Insofern kann also von „Zensur" keine Rede sein. Aber daß Brittan taktlos genug war, seinen Brief an die BBC der Presse zu übergeben, verschaffte dem Skandal erst den nötigen „Sauerstoff", den nordirischen Terroristen eine unverdiente Publizität und der BBC einen schweren Schaden.

Sie haben ihren Lohn

Von Werner Thomas

Miguel d'Escoto hat seine Fastenaktion „auf ärztlichen Rat" vorzeitig beendet. Der ehemalige Zwei-Zentner-Mann verlor in vier Wochen sechzehn Kilo Gewicht. Zwar hat der „Terrorist Reagan" (so bezeichnete ihn d'Escoto) nicht reagiert. Aber d'Escotos Sprecher war zufrieden: der beabsichtigte „evangelische Aufstand" sei entfesselt worden.

Managuas Außenminister, der auf päpstliche Order seine priesterlichen Funktionen nicht ausüben darf, solange er dem Comandante-Regime dient, hat dem Regime eine Ernte der Sympathie eingebracht – in einschlägigen Kreisen. Vertreter des Weltkirchenrates, zu einer Tagung in Buenos Aires versammelt, hungerten tatsächlich volle vierundzwanzig Stunden; man denke! Der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Perez Esquivel kam aus Kuba angereist, um Reagan zu verwünschen. Der brasilianische Bischof Pedro Casaldaliga (Matto Grosso) erschien gar in Managua mit solidarischen Grüßen des Kardinals Paulo Evaristo Arns (São Paulo).

Prompt warnte die Bischofskonferenz von Nicaragua per Telegramm den brasilianischen Episkopat, er möge von „Einmischungen Abstand nehmen, die noch ernstere Konsequenzen für unsere Kirche haben können, die bereits genug leiden mußte". Nicht zuletzt deshalb, weil die sogenannte „Volkskirche", die religiöse Organisation der Revolution, die Kirche zu spalten versucht. Übrigens kritisierte die lateinamerikanische Bischofs-Konferenz (Celam) soeben in Bogotá „radikale Priester", die „die Einheit der Kirche gefährden": Eine deutliche Warnung an jene Geistlichen draußen, die um der politischen Mode willen die Diktatur unterstützen und die von ihr bedrängte Kirche im Stich lassen.

Nicaraguas Bischöfe ließen einen von der „Volkskirche" geplanten „nationalen Fastentag" unterbinden. Sie nannten d'Escotos Veranstaltung einen „Publicity-Akt". Und sie ließen von Demonstranten einen Bibelvers verbreiten, Matthäus 6, 16: „Wenn ihr fastet, macht kein finsteres Gesicht wie die Heuchler. Sie geben sich ein trübseliges Aussehen, damit die Leute merken, daß sie fasten. Amen, das sage ich euch: sie haben ihren Lohn bereits erhalten."



„... wir schützen den Wald!" KLAUS BÖHLE

Bürgerliche Gesittetheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Der 5. September rückt näher und mit ihm der Tag, an dem sich der DGB mit der Bundesregierung und den Arbeitgebern zum Gespräch über die Massenarbeitslosigkeit zusammenfinden wird. Aber auch die „Aktionswoche" des DGB im Oktober rückt näher. Breit steht vor der Schwierigkeit, wie er die Gewerkschaftmitglieder zum Straßenprotest gegen die Regierung Kohl mobilisieren will, wenn der DGB doch bereit ist, sich mit dem Bundeskanzler und den Arbeitgebern an einen Tisch zu setzen. Mobilisiert er zu scharf, fühlen sich seine Gesprächspartner vom 5. September unter Druck gesetzt; mobilisiert er zu zögerlich, dann bietet der Riese im Oktober ein schwaches Bild. Das ist keine gute Situation.

Der DGB-Vorsitzende hat über den Oktober hinaus zu denken. Es sind gerade noch anderthalb Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl. Auch der DGB kommt nicht umhin, deren Ergebnis zu kalkulieren. Das ist nicht einmal schwierig. Entweder bleibt Kohl Bundeskanzler; dann haben es die Gewerkschaften in Bonn eine weitere Legislaturperiode lang mit der gegenwärtigen politischen Führung zu tun. Oder die SPD stellt den Kanzler, jedoch nicht aus eigener Kraft, sondern mit Hilfe der Grünen; das allerdings wäre eine politische Führung, die sich der DGB kaum wünschen kann. Ein Mann wie Breit wird da wohl sagen: Dann lieber Kohl.

Weiter: Die IG Metall zerbricht sich schon über die nächste Lohnrunde den Kopf. Eine Beschlußlage gibt es noch nicht, aber es gibt eine eindeutige Tendenz. Sie besagt: Die Gewerkschaftsmitglieder wollen diesmal mehr Geld in der Lohntüte sehen. Folglich stellt sich die größte Einzelgewerkschaft des DGB darauf ein, einem „starken Kaufkraftschub" Vorrang vor allen Parolen über kürzere Arbeitszeit zu geben. Die IG Metall verbreitet diese Kunde in einer Weise, als gebe es darüber schon ein stilles Einverständnis mit den Arbeitgebern. Es ist sogar die Rede davon, die Tarifverhandlungen bis in das Jahr 1987 zu verschieben. Jedenfalls dürfte feststehen, daß die Gewerkschaft an einer wirtschaftlichen Lage interessiert ist, die es den Betrieben ermöglicht, auf Löhne und Gehälter mehr draufzulegen als in den letzten Jahren.

Beide Überlegungen müßten es dem DGB eigentlich anraten, den Konflikt mit der Regierung nicht zu übertreiben. Auf dieser Linie liegen die letzten Äußerungen Breits. Aber vielleicht ist es noch interessanter, daß auch die jüngsten Äußerungen Steinkühlers auf dieser Linie liegen. 1984 hat er die IG Metall in den Streik gepeitscht. Wir haben noch seine klassenkämpferischen Töne im Ohr. Jetzt läßt er es dabei bewenden, daß es die „Sozialpartnerschaft" nicht gebe, obwohl sich in Österreich Sozialisten und Gewerkschaften eben der Sozialpartnerschaft als großer Errungenschaft rühmen. Von Klassenkampf will Steinkühler nicht reden, er glaubt auch nicht, daß die Gewerkschaftsmitglieder ein Klassenbewußtsein besitzen. Eher eiferten die Arbeitnehmer den „Maßstäben bürgerlicher Wohlhabenheit und bürgerlicher Gesittetheit" nach.

Steinkühler sprach sogar von unserer „sehr leistungsfähigen Wirtschaftsordnung", die er keineswegs beseitigen, der er aber andere „Qualitäten" geben wolle. Die mangelnde Popularität der Gewerkschaften gestand er offen ein, und er sah mittelfristig keinerlei Voraussetzungen, daß die „Mehrheit der Mitgliedschaft" einem Aufruf zum Generalstreik folgen würde. Das sind bemerkenswerte Einsichten eines radikalen Gewerkschaftsführers.

Natürlich hindert das den DGB nicht, jeden Tag seine Forderungen an Regierung und Gesetzgeber zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in die Welt zu trompeten. Doch seine innere Konfliktlage ist zu erkennen. Wenn die nächste Lohnrunde im Zeichen einer kräftigen Zulage auf die Bezüge – also einer erheblichen Verteuerung der Arbeitsplätze – stehen soll, dann werden sich die Gewerkschaften den Vorwurf zuziehen, sie ließen es an Gemeinsinn mit den Erwerbslosen fehlen, weil sie den Arbeitsbesitzern zu Lasten der Arbeitslosen ein deftiges Zubrot zuschanzten. Ein anderes Indiz ist die Tatsache, daß zum Beispiel in der Metallindustrie die Überstunden angestiegen sind und offensichtlich mit frohgemuter Bereitschaft von den Facharbeitern geleistet werden. Das bedeutet: Die Facharbeiter, Herz und Seele der meisten Industriegewerkschaften, scheren sich den Teufel um die wohlklingenden Appelle ihrer Funktionäre, die Überstunden abzubauen. Das meinte Steinkühler wohl, als anmerkte, die Arbeitnehmer strebten nach bürgerlicher Wohlhabenheit und Gesittetheit.



Rauhe Töne vor dem Oktober: Breit FOTO: DPA

Steinkühler sieht die Aufgaben der Gewerkschaften in ehrlicher und objektiver Interessenvertretung. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber je ehrlicher seine IG Metall jene Interessen ins Auge faßt, die ihre Mitglieder als die übrigen ansehen, desto deutlicher müßte sie sich aufgerufen fühlen, für expandierenden Besitzstand derer zu kämpfen, die in Arbeit und Brot stehen. Solidarität mit den Arbeitslosen? Das ist ein weites Feld. Eben darum wird der DGB nicht müde, den Staat mit milliardenschweren Arbeitsprogrammen in die Verantwortung zu ziehen.

Regierungssprecher Ost beschrieb den Zustand lakonisch mit der Feststellung, die Bürger nähmen durchaus zur Kenntnis, daß ihnen am ehesten die Regierung Kohl sichere Arbeitsplätze und dazu höhere Löhne verbürgen könne. Das sehen die weitaus meisten Arbeitnehmer auch so. Mithin braucht sich die Regierung von den Gewerkschaften nicht ins Bockshorn jagen zu lassen. Aber das heißt nicht, die Massenarbeitslosigkeit im Vertrauen darauf, daß von zehn erwachsenen Bürgern neun einen Arbeitsplatz haben, auf die leichte Schulter zu nehmen. Das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen ist ein Menetekel für die Bundestagswahl 1987. Die Bundesregierung muß ihren Weg der Konsolidierung und der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unbeirrt weitergehen.

IM GESPRÄCH Paz Estenssoro

Der alte Mann und das Heer

Von Günter Friedländer

Der „große alte Mann der südamerikanischen Revolution" hat zu seiner dritten Rückkehr in den Regierungspalast von La Paz die Zusicherung des Generals Banzer erhalten, dem der Kongreß Boliviens sozusagen den Sieg vor der Nase wegschnappte: „Obwohl wir die Wahlen gewonnen haben, erkennen wir die Legalität der neuen Regierung an." Das soll also heißen: Das Heer macht keinen Putsch. Victor Paz Estenssoro revanchierte sich mit einem gemäßigten Programm: Kampf gegen die in Bolivien besonders starke Kokain-Produktion, Schuldenarragement mit den Gläubigerländern, Kampf gegen die Inflation.



Dienstantritt im Chaos: Paz Estenssoro FOTO: WEREK

Paz, 77, der in den Universitäten in La Paz und Lima Nationalökonomie lehrte, wurde früh Mittelpunkt einer Gruppe junger Bolivianer, die aus ihrem Land, einem fast mittelalterlichen Feudalstaat, einen modernen Nationalstaat machen wollten. Für sie war er „der Chef" der „Nationalistischen Revolutionären Bewegung" (MNR), die er 1941 gründete und für die er ein groß angelegtes revolutionäres Programm entwickelte.

Es galt, die große Mehrheit der Bevölkerung, die Indios, die kein Wahlrecht hatten und am nationalen Leben nicht teilnahmen, für Boliviens Schicksal zu interessieren und zu vollwertigen Bürgern zu machen, um mit ihnen und für sie Bolivien eine neue soziale Struktur zu geben. Das sollten drei große Reformen bewirken: die Minenreform, die mit der Enteignung der drei Zinn-Barone die großen Minen in Staatsbesitz überführen sollte. Die Landreform, um alle bestellbaren Böden in den Besitz der indianischen Bauern zu bringen, sie vom Gebrauch des ägyptischen Pflugs weg zu Traktoren zu führen und sie moderne Landwirtschaft zu lehren. Und die Erziehungsreform, um allen Kindern des Landes die Tore aller Schulen zu öffnen.

„El Jefe" floh nach Buenos Aires ins Exil, als man ihm 1951 den Sieg stahl, den er an den Urnen gewonnen hatte. 1952 antwortete das MNR mit einer von Siles Zuazo geleiteten blutigen Volkserhebung, die Paz aus dem Exil rief und an die Regierung brachte. Das MNR stand in der ersten Phase der Verwirklichung seiner Ideen sehr weit links von der Mitte, der sich Paz dann aber in den folgenden Jahren langsam näherte.

Die Reformen führten oft zu chaotischen Zuständen im Land, gaben Bolivien aber andererseits eine institutionelle Regelmäßigkeit, die es selten gekannt hatte. Paz regierte zwei Präsidentschaftsperioden bis 1960. Er gewann so große internationale Achtung, daß die Regierungen der USA und der Bunderepublik ihm bei einem Modernisierungsplan der Zinnminen zur Seite standen.

1960 übergab Paz sein Amt dem aus freien Wahlen hervorgegangenen Nachfolger Siles Zuazo. 1964 wurde „El Jefe" mit siebzig Prozent aller Stimmen wiedergewählt, bevor ein Staatsstreich ihn wieder ins Exil trieb, diesmal nach Lima.

Seit er 1971 heimkehrte, bemühte er sich, die Führung des Landes zurückzugewinnen. Er übernimmt sie in einem Augenblick des völligen Chaos, aus dem es das Charisma des „Chefs" und seine Gaben als Nationalökonom herausreißen sollen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Presse

Zu dem Streik der britischen Journalisten wegen des BBC-Verbots eines Nordirland-Films äußert sich die Wiener Zeitung:

Hier stoßen zwei fundamentale Prinzipien der westlichen Demokratie aufeinander. Presse- und Informationsfreiheit gegen das Recht, ja die Pflicht, die Gemeinschaft gegen Verbrecher zu schützen. Glücklich der, der eine eindeutige Antwort zur Verfügung hat, wie dieser Konflikt zu lösen ist, wer immer eindeutig weiß, wo Gut und Böse wohnen. Wer es sich nicht so leicht macht, wird den viel mühsameren Weg einer ständigen Abwägung zwischen zwei wichtigen Gütern gehen müssen.

LES ECHOS

Zu dem arabischen Gipfeltreffen in Casablanca schreibt das Pariser Wirtschaftsblatt:

Der marokkanische Herrscher konnte mit der Unterstützung Saudi-Arabiens für die Abhaltung „seines" Gipfels zufrieden sein. Aber die Abwesenheit des durch Kronprinz Abdullah vertretenen Königs Fahd in Casablanca schwächt diesen äußerlichen Erfolg deutlich ab. Die Stunde des Bruches zwischen Saudi-Arabien und Syrien hat noch nicht geschlagen, und die gemäßigten Führer der arabischen Welt haben das Nachsehen. Unter diesen Umständen läßt sich die Begegnung von Casablanca wie ein einfaches und noch nicht einmal sehr erfolgreiches Familientreffen an statt wie ein Gipfel.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Zur Kritik der Lehrergewerkschaft GEW an der Begabtenförderung bemerkt das Karlsruher Blatt:

Jedes Kind braucht eine begabungsgerechte Förderung, um sich erfolgreich entwickeln zu können, und dies gilt auch und gerade für besonders talentierte Kinder. Wer diese Unterstützung hochbegabter junger Menschen jedoch als eine Eliteheranbildung verurteilt, die nur auf Kosten von anderen durchgeführt werden könne, der will die bildungspolitischen Zeichen der Zeit wohl nicht erkennen ... Die betroffene „Elite" macht nur etwa 0,5 Prozent aller Kinder aus.

STUTTGARTER ZEITUNG

Sie meint zum Verhältnis DGB-Bundesregierung:

Die Organisationen des Gewerkschaftsbundes stecken freilich in einem Dilemma, welches die schrillen Töne erklärt. Sie haben zu einer Aktionswoche im Oktober aufgerufen, in der für „Arbeit für alle, Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit" demonstriert werden soll. Offensichtlich haben die Gewerkschaften nun Probleme mit der Mobilisierung ihrer Mitglieder. Vielen scheint die Doppelstrategie – Gespräche einerseits und Kundgebungen andererseits – nicht so recht einzuleuchten.

Wie Friedenspolitiker inneren Unfrieden stiften

Hermann Heinemanns Schlesierbeschimpfung und ahnungslose CDU-Leute / Von Günther Bading

Oft haben Politiker bei öffentlichen Auftritten ihre Reden abbrechen müssen. Ob es Krawalle in Nordrhein-Westfalen waren, die den damaligen Kanzlerkandidaten Strauß am Weitersprechen hinderten, oder ein ohrenbetäubender Lärm aus Preßluftflaschen, die eine Ansprache des früheren Bundeskanzlers Schmidt vor Gewerkschaftern in Duisburg nicht mehr hörbar machte – stets waren es Extremisten, Kommunisten oder Gruppen von organisierten Störern, Reisende in Sachen Chaos, die gezielt zum Stör-Einsatz zum Versammlungsort kamen. Das Abbrechen einer Rede vor geschlossener Gesellschaft, in einer Halle, ohne unfriedliche Extremisten, die nur zum Stören gekommen sind – so etwas hat Seltenheitswert.

Dennoch ist es am Wochenende geschehen. In Essen sammelten sich einige tausend Teilnehmer zum „Hindenburger Heimattreffen"; schließlich hat die Stadt Essen ja die Patenschaft für die aus ihrer schlesischen Heimat vertriebenen Hindenburger übernommen. Vor rund vierhundert geladenen Gästen hielt der neue Düsseldorfer Arbeitsminister Hermann Heinemann die Festrede. Dabei zitierte er die bei den Heimatvertriebenen recht kritisch aufgenommenen Passagen aus der Rede des Bundespräsidenten zum Gedenktag des 8. Mai 1945 in diesem Jahr zitierte, wo es unter anderem heißt, daß die eigene Heimat mittlerweile anderen zur Heimat geworden sei. Doch das nahmen die Zuhörer hin.

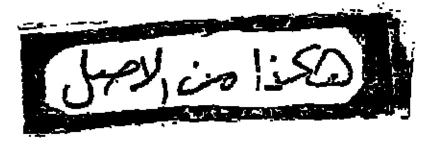
Heinemann beendete, wenn man der jetzt veröffentlichten Dokumentation des SPD-Pressedienstes über die Rede des sozialdemokratischen Landesministers Glauben schenken darf, das ausführliche Zitat aus der Rede von Weizsäckers mit dessen Definition des Gewaltverzichts: „Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen. Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann." Und er fuhr, immer nach der Dokumentation seiner Partei, mit seinen eigenen Worten fort: „Dieser Beitrag schließt aus, jemals wieder mit Gewalt an Grenzen rütteln zu wollen. Dieser Beitrag schließt auch aus, formale Rechtspositionen zur Grundlage trügerischer Hoffnung zu machen." Dann aber zwangen laute Zwischenrufe von einer Zuhörerschaft, die gegensätzlicher als die eingangs beschriebenen Randalierer nicht sein könnte, Heinemann nach den Berichten aus Essen nach dem nächsten Satz, das Rednerpult zu verlassen.

Was hatte der ansonsten ebensowenig wie seine Zuhörer zu den Radikalen im Lande gehörige Minister gesagt? Wörtlich: „Wer heute noch ‚Schlesien bleibt unser' sagt, auch wer behauptet, ‚Schlesien bleibt unsere Zukunft in einem Europa freier Völker', schadet dem Ziel einer europäischen Friedensordnung."

Die Qualität der Zwischenrufe soll hier nicht erörtert werden. Sie reichten von „Verräter" über „Feigling" bis „Blödsinn" und „bezahlte Figur der Kommunisten". Aber die Erregung der vertriebenen Hindenburger ist verständlich, denn Heinemann hatte wörtlich das Motto des Schlesiertreffens vom Juni zitiert. Er tat dies wissentlich. Denn die wochenlange öffentliche Diskussion um dieses Motto – das zunächst „Schlesien bleibt unser" lauten sollte, dann aber geändert wurde in „Schlesien bleibt unsere Zukunft – in einem Europa freier Völker" kann dem Minister nicht entgangen sein.

Nein, Heinemann hat den vertriebenen Schlesiern ganz bewußt vorgeworfen, sie schadeten einer europäischen Friedensordnung. Zielscheibe seines Angriffs waren aber anscheinend nicht, oder nicht allein, die gescholtenen Schlesier. Die Attacke war wohl auf den Kanzler gemünzt. Denn Helmut Kohl hatte, trotz aller Anfeindungen der längst nicht mehr an einer Verwirklichung unseres Verfassungsgebotes der Wiedervereinigung interessierten Sozialdemokraten, sein Versprechen gehalten und hatte vor den Schlesiern bei ihrem Heimattreffen im Juni gesprochen. Er sprach unter dem Motto, das der SPD-Minister Heinemann jetzt schädlich für eine europäische Friedensordnung nennt.

Man kann nur staunen über die brave CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf, die auch noch die Vertriebenen kritisierte, weil diese sich gegen eine so ungeheuerliche Beschimpfung zur Wehr setzten, wenn auch vielleicht nicht in zart abgewogenen Tönen. Es ist unerträglich, daß ein – zugegebenermaßen nicht auf derselben Stufe wie seine demagogischen Vordenker vom Schlage Schmude, Bahr, Lafontaine stehender – Landesminister Millionen von Vertriebenen zu Friedensbeschädigern stempeln darf, weil sie ihre alte Heimat als ihre Zukunft in einem freien Europa sehen. Es ist unerträglich, daß diesen Menschen, weil sie sich nicht als Friedensfeinde beleidigen lassen, jetzt auch noch mit der Streichung der Staatszuschüsse gedroht wird, während die SPD für Leute, die sich für Moskauer Festivitäten gegen das freie Berlin mißbrauchen lassen, in schrillstem Ton Bundesmittel reklamiert.



Luftkampf über Sardinien – es „schießt" der Computer

Decimomannu auf Sardinien: Seit einem Vierteljahrhundert erhält hier das fliegende Personal der Luftwaffe seine Waffenausbildung. Mit einer in Europa einmaligen elektronischen Anlage wird der Luftkampf in allen Details aufgezeichnet. Das Ziel: Perfektion.

Von F. MEICHSNER

Nach einstündiger Fahrt über die von Hecken indischer Feigenkakteen begrenzten schmalen Straßen des Campidano stoppt der Oberleutnant den gelben VW-Bus vor einer Schranke. „Militärisches Sperrgebiet!" Aus dem Schilderhäuschen, mit seinen sicherlich 40 Grad ein Brutkasten, schlurft ein italienischer Posten in die sengende Mittagssonne. Gelangweilt überprüft er die Liste der Bus-Insassen und deren rote Passierkarten.

13.33 Uhr. Der Oberleutnant drängt zur Eile. Als sich die Schranke hebt, gibt er Gas. Weiter geht es, so schnell das die schmale, holprige Straße gerade noch erlaubt. 13.34 Uhr, eine neue Schranke, die der Beifahrer nach einem Verständigungsanruf über Feldtelefon selbst betätigen muß. „In fünf Minuten fliegen sie an, und wir müssen noch mitten durch das Zielgebiet." Um 13.38 Uhr bremst der Bus neben dem Tower.

Noch beim Hochhasten über die Metalltreppe zur glasverkleideten Plattform werden über der Bergkette im Süden die drei „Tornados" sichtbar. Zwei Minuten später werfen sie nach einer über dem Meer gezogenen Schleife im Tiefflug die ersten Übungsbomben – mitten ins Ziel. Neuer Anflug, neue Treffer. Der englische und die drei italienischen Controller im Tower geben über die Sprechfunkanlage die von den Geräten registrierten Ergebnisse an die Besatzungen weiter. „Phantastisch", kommentiert der Oberleutnant. „Weder mit der Phantom noch mit dem Starfighter hat es jemals so viele Treffer gegeben."

Beim dritten Anflug werden die Bodenziele direkt neben der Straße, über die noch vor wenigen Minuten der gelbe Bus raste, mit Bordwaffen beschossen. Um 14.00 Uhr ist der Spuk vorbei. Über dem Luft-Boden-Schießplatz auf der unbesiedelten Halbinsel am Capo della Frasca in Westsardinien liegt wieder die Stille des heißen Hochsommermittags. Die drei Tornados sind bereits im Anflug auf den 70 Kilometer südöstlich gelegenen Flugplatz von Decimomannu.

„Deci", wie die Basis kurz genannt wird, ist eine in mancher Hinsicht einmalige Militäreinrichtung in Europa. Seit 25 Jahren erhalten hier die fliegenden Besatzungen der Deutschen Luftwaffe zu 50 Prozent ihre Waffenausbildung. Seit fünf Jahren ist hier die einzige in Europa installierte elektronische Luftkampfdarstellungs- und Luftkampfaufzeichnungs-Anlage in Betrieb, die den Besatzungen überschallschneller Kampfflugzeuge ein realistisches Training des Luftkampfes ermöglicht, ohne daß sie auch nur einen einzigen Schuß dabei abfeuern müssen. Von dieser mit den Erfahrungen des Vietnam-Krieges in den USA entwickelten Air Combat Manoeuvring Instrumentation Range (ACMI(R)) gibt es in der ganzen westlichen Welt nur 10 Anlagen.

Hier in „Deci" schließlich trainieren die fliegenden Besatzungen der vier Basis-Mieter Deutschland (60 Prozent Anteil), Italien, Großbritannien und USA hin und wieder nicht nur neben französischen „Untermietern", sondern auch neben neutralen Schweizern, zu denen demnächst wahrscheinlich auch die Schweden hinzustoßen werden. Der zur modernen Airbase ausgebaute ehemalige Feldflugplatz 20 Kilometer nordwestlich der sardischen Hauptstadt Cagliari hat heute eine jährliche Flugfrequenz, die fast derjenigen des Rhein-Main-Flughafens gleicht.

Zum Komplex Decimomannu gehören neben dem Flugplatz der Luft-Boden-Schießplatz am Capo della Frasca, ein diesem Kap im Westen über dem Mittelmeer vorgelagertes Luft-Luft-Schießgebiet von 170 Kilometern Länge und 45 Kilometern Breite, die Radarstation Capo della Frasca und das Munitionslager Villasor, drei Kilometer von „Deci" entfernt.

Für die Deutsche Luftwaffe ist die Basis von unschätzbarem Wert. Haben die deutschen Besatzungen hier doch das, was ihnen daheim zur Waffenausbildung fehlt: fast jeden Tag Flugwetter und Weiträumigkeit. Jedes fliegende Luftwaffen-Geschwader ist hier einmal im Jahr für etwa drei Wochen zu Gast. Mit ihren F-4F Phantom II, ihren F-104G-Starfightern und ihren Tornado-Jagdbombern absolvieren sie in dieser Zeit Hunderte von „Slots" (20minütige Schießperioden) auf dem Übungsgelände von Capo della Frasca.

Die Besatzungen der Starfighter und Phantom II tragen außerdem im Luft-Luft-Schießgebiet über dem Mittelmeer elektronisch aufgezeichnete „Luftkämpfe" gegen britische, italienische und amerikanische Jäger aus, wobei die Daten von einem unter den Flügeln der Maschinen angebrachten raketenförmigen Flugdatensender über Bodenantennen und Relaisstationen nach „Deci" weitergeleitet werden. Dort erscheinen sie als graphische Darstellung der Fluglage, Position, Geschwindigkeit usw. auf einem Sichtschirm und ermöglichen nach Beendigung des Einsatzes als Magnetbandaufzeichnung eine fundierte Manöverkritik mit den Besatzungen.

In einem der vollklimatisierten „ACMI"-Kommandowagen läßt der deutsche RTO (Range Training Officer), Hauptmann Meier, der zum 150köpfigen „deutschen Übungsplatzkommando", dem Stammpersonal von „Deci", gehört, die Magnetband-Aufzeichnung eines dieser „Luftkämpfe" ablaufen. Beteiligt sind vier deutsche Phantom-II und vier britische Jäger.

Auf einem der zwei Bildschirme sieht man ihre Computersymbole gegeneinander anfliegen. Jede Maschine hat eine Nummer. Auf dem zweiten Bildschirm erscheinen die ständig wechselnden wichtigsten 15 Daten (Geschwindigkeit, Höhe, gegenseitiger Abstand usw.) der beteiligten acht Flugzeuge. Die Darstellung läßt sich um alle drei Achsen verändern, ist also dreidimensional und gestattet sogar einen „Blick" aus jeder der acht Flugzeugkanzeln.

Sobald sich einer der Piloten in günstiger Schußposition wähnt, gibt er das Feuerkommando, das über Lautsprecher auch im „ACMI"-Van ertönt und durch gleichzeitigen Knopfdruck an den Flugdatensender weitergeleitet wird. Auf dem Computerbild löst sich im gleichen Augenblick eine Rakete in Richtung „Feindflugzeug". Kommt sie nach den Berechnungen des Computers ins Ziel, wird das getroffene Flugzeug – etwa die „Nummer vier" – auf dem Schirm mit einem Sargdeckel überdeckt, und der Instrukteur am Boden meldet nach oben: „Number four, you're dead". Die Nummer vier muß dann abdrehen und darf erst nach 30 Sekunden wieder in das Gefecht eingreifen. Geht der Schuß ins Leere, melden Computer und Fluginstrukteur: „Missed".

Um diese wirklichkeitsgerechte Computerdarstellung eines Luftkampfes zu ermöglichen, muß eine Abfrage- und Impulsstation 200mal pro Sekunde Informationen vom Flugdatensender aufnehmen und an die Hauptstation weiterleiten, wo sie vom Flugzeugleistungsdaten- und Waffenprogrammcomputer untereinander in Bezug gesetzt, berechnet und ausgewertet werden. Über ein Darstellungs- und Aufzeichnungsgerät werden diese Daten dann in eine graphische Sichtschirmdarstellung der jeweiligen Lage umgewandelt. Die interessantesten „Luftkämpfe" liefern sich zweifellos die Amerikaner untereinander. Denn sie verfügen mit der F-15-Eagle nicht nur über den leistungsfähigsten Jäger, sondern auch – als einzige Luftwaffe der NATO – mit der F-5-Freedomfighter über die realistischste Feinddarstellung. Kommt doch die F-5 in ihren Flugeigenschaften der sowjetischen MiG-21 sehr nahe.

Eine F-4F Phantom II auf der Basis Decimomannu FOTO: MEICHSNER



Besichtigung einer besonderen Grenze: Mehr als 1,2 Millionen Mark stellt die Bundesregierung in diesem Jahr für mehrtägige „Grenzseminare" zur Verfügung. Besucher-Gruppen (unser Foto zeigt eine Gruppe in Altenburschla) wird so eine kostengünstige Informationsreise ermöglicht. 1984 waren es 52 000 Teilnehmer, und das Interesse an der deutsch-deutschen Grenze und den Struktur-Problemen des Zonenrands wächst.

FOTO: HUMMEL

„Man möchte es nicht glauben..."

Nirgendwo wird die deutsche Teilung spürbarer als im Angesicht von Gitterzäunen und Stacheldraht. Immer mehr Bürger informieren sich in sogenannten Grenzseminaren über das Dasein an der Trennungslinie zwischen Deutschen und Deutschen.

Von BERND HUMMEL

Als der Omnibus aus Bergheim/Erft das Ortsschild erreicht hat und über die schmale Straße in das nordhessische Dörfchen Altenburschla rollt, macht sich in der Reisegruppe – allesamt Teilnehmer eines „Grenzseminars" – Verwunderung breit. Hier also ist die Welt zu Ende, die westliche zumindest?

Nichts ist zu sehen von den schaurigen „DDR"-Grenzsperren – noch nicht, gar nichts läßt sich erkennen von der vielzitierten Not des Zonenrandgebietes. Statt dessen blankgeputztes Fachwerk, romantische Gassen, gepflegte Grünanlagen und Hunderte von Blumenkästen an den Häusern. Da lösen sich Vorbehalte, wohl auch Vorurteile, binnen weniger Minuten in Luft auf.

Erst später werden sie von einem „Schock" sprechen, den sie angesichts einer nahezu unberührten Landschaft erlitten haben, die von Metallgitterzäunen, Stacheldrahtverhauen, Beobachtungstürmen und Bunkern buchstäblich zerrissen wird. Doch jetzt, jetzt ist alles anders. Begrüßung unter mächtigen Linden auf dem Dorfanger, einer ehemaligen germanischen Thingstätte. Karl Montag, der Ortsvorsteher, im Dörfchen ein anerkannter „Hansdampf in allen Gassen", schildert Historie und jüngste Erfolge – und erwähnt bewußt die Nähe der „DDR"-Sperranlagen erst am Schluß. Originalton: „Hundert Meter vom Wirtshaustisch entfernt ist Schluß."

Schluß ist gleich nach drei Seiten, denn Altenburschla liegt in einem Geländezipfel, der tief in die „DDR", ins benachbarte Thüringen, hineinragt und so von den Grenzsperranlagen umgeben ist. Schon werden die Gäste aus dem Rheinland mit dem Kernproblem konfrontiert. Montag: „Nach drüben können wir nicht, die einzige Verbindung führt Richtung Westen."

Sechs Tage lang wird sich die Gruppe aus Bergheim im Zonenrandgebiet aufhalten, will sich mit den Problemen der deutschen Teilung auseinandersetzen. Die Teilnehmer, 48 an der Zahl, sind zumeist Rentner. Der ehemalige Eisenbahner ist ebenso dabei wie der pensionierte Werkmeister, der Alt-Landwirt wie die Arbeiterin, die gerade erst „Schluß gemacht" hat. Eine von vielen Gruppen, die zu Grenzseminaren kommen.

Angesichts von fast 52 000 Teilnehmern im Vorjahr – Erwachsene und Jugendliche je zur Hälfte – registriert das innerdeutsche Ministerium in Bonn seit dem Regierungswechsel wachsendes Interesse an derlei Besuchsprogrammen.

Der Bund läßt sich die Informationsreisen ins Zonenrandgebiet etwas kosten, mehr als 1,2 Millionen Mark stehen in diesem Jahr zur Verfügung. Und die Länder legen noch zusätzlich etwas drauf – im Vorjahr etwa 60 000 Mark –, wenn Schülerreisen zum Zweck der Information über die Grenzproblematik veranstaltet werden. Insgesamt kommen so und auch auf eigene Rechnung jährlich mehr als eine Million Besucher an die innerdeutsche Grenze.

Was interessiert Deutsche im freien Teil des Landes an dieser Trennungslinie? Eine Frau aus der Bergheimer Gruppe antwortet spontan: „Die drüben haben doch immer zu uns gehört und sind von uns getrennt worden, da will man einfach sehen, wie das ist." Eine andere Teilnehmerin, die selbst Angehörige in der „DDR" hat, sagt: „Ich bin gekommen, um die Wahrheit zu erfahren, ich möchte mit eigenen Augen sehen, was uns von unseren Verwandten trennt." Und ein Ehepaar erklärt nahezu gleichlautend: „Die menschlichen Probleme, die sich aus der Grenzziehung ergeben, die wollen wir richtig kennenlernen."

Das war vor Beginn des Seminars. Dann eine Informationsfahrt entlang der Grenze. Sie wird zum Kontrast-Programm, läßt landschaftliche Idylle und das schmucke Dörfchen rasch vergessen. Am Bahnhof Großburschla – er kam durch die Grenzziehung nach Hessen, der Ort aber liegt in Thüringen – ist der Metallgitterzaun, der die Landschaft zerschneidet, zum Greifen nah. Aus dem abgeriegelten 1800-Einwohner-Ort Großburschla hört man Stimmen, Musikfetzen aus Radios vorüberfahrender Autos der Marken „Trabant" und „Wartburg" wehen herüber. Ein Rentner sagt: „Ich bin erschüttert, daß es so etwas nach 40 Jahren überhaupt noch gibt. Traurig ist das hier." Daß Nachbardörfer willkürlich voneinander getrennt wurden, vermag eine Rentnerin nicht verstehen: „Das ist alles viel schlimmer, als ich es mir zu Hause jemals vorgestellt hatte."

Die Stationen dieser Fahrt tauchen die Teilnehmer in Wechselbäder. Landschaftliche und bauliche Schönheiten gibt es reichlich, die Fachwerkstädte Wanfried und Eschwege oder der Kurort Bad Sooden-Allendorf. Aber: auf dieser 60-Kilometer-Tour ist die Grenze stets gegenwärtig.

An der Grenzsperre nahe Sickenberg in Thüringen eine Lautsprecherdurchsage im Bus: „Wir erreichen nun eine Stelle, an der vor zwei Jahren ein 41jähriger Mann von DDR-Posten erschossen wurde, der von Deutschland nach Deutschland wollte. Er nutzte einen Arbeitseinsatz an der Grenze, um den Metallgitterzaun zu überwinden. Auf dem Weg zwischen Zaun und eigentlichem Grenzverlauf wurde er von Posten erschossen, er verblutete wenige Meter vor Erreichen hessischen Gebiets." Unweit dieser Stelle, an der Heinz Grosse starb, stehen heute zwei Mahnkreuze mit Fotos des Getöteten. Sie gelangten auf Umwegen aus der „DDR" nach Hessen. Frische Blumen und Kränze liegen dort.

Das geht den Seminar-Teilnehmern erkennbar unter die Haut, besonders den Flüchtlingen und Heimatvertriebenen unter ihnen. Da brechen angesichts des Blutvergießens an dieser Trennungslinie auch alte Wunden wieder auf. Im Omnibus wird es still, die Rückkehr nach fast sechsstündiger Fahrt läßt die meisten aufatmen. Dann macht sich Empörung Luft. Zitat: „Man möchte nicht glauben, was man heute selbst erlebt hat. Wo leben wir denn, daß es möglich ist, auf einen einzelnen zu schießen, der sich um die Freiheit bemüht. Da mußte ich erst mal nach Luft schnappen, das hat mich wirklich angegriffen."

Da bleibt dann nichts mehr von dem oft erhobenen Vorwurf des „Grenztourismus", der sogenannten „subventionierten Kaffeefahrten" ins Zonenrandgebiet. Freilich: Ganze 140 Mark zahlt jeder Teilnehmer aus der eigenen Tasche für sechs Tage inklusive Übernachtung, Vollpension, Besichtigungsfahrten und Rückreise. Die 14 000 Mark Gesamtkosten werden überwiegend vom innerdeutschen Ministerium getragen.

Nicht nur an den Grenzsperren wird informiert, sondern gewissermaßen auch auf der Schulbank. Dort erfährt die Bergheimer Gruppe etwas über strukturelle Probleme der Grenzregion, über die KSZE und ihre Bedeutung und – vor allem – über Abwanderung und Arbeitsplatzmangel. Sie lernt den Bundesgrenzschutz im Standort Eschwege kennen und ist in Herleshausen, dem einzigen hessischen Straßenübergang zur „DDR", zu Gast. So wie die Bergheimer erleben es Tausende.

Bilanz zog einer, der seit 1967 bereits derlei Seminare organisiert, Alfred Kuschka, vor dem Krieg in Gleiwitz zu Hause: „Die meisten haben überhaupt keine Vorstellung davon, was die Teilung Deutschlands überhaupt ist. Erklären kann man vieles, es wird aber nicht verstanden. Wenn die Leute aber kommen, es sehen und erleben, dann hat es auch Wirkung."

Aber haben derlei Seminare auch Zukunft, oder bleiben sie der Kriegs- und Nachkriegsgeneration vorbehalten? Sicherlich ein Generationenproblem, aber – sagt der Seminarleiter – „man sollte daran denken, daß es praktischer und nützlicher wäre, die Entlassungsjahrgänge an den Schulen nicht zum Oktoberfest zu schikken, sondern mit ihnen an die innerdeutsche Grenze zu fahren. Das wären Multiplikatoren für die Nation. Dann könnten auch die Politiker die Früchte ihrer Arbeit ernten."

Beim Straßenbau mehr Rücksicht auf die Umwelt

dpa, Bonn

Das Bundesinnenministerium will bei den kommenden Beratungen über den weiteren Ausbau von Bundesfernstraßen darauf dringen, daß statt dessen die Auswirkungen auf die Umwelt besonders berücksichtigt werden. Dies kündigte der Parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums, Carl-Dieter Spranger (CSU), gestern in Bonn an. In einer Zwischenbilanz über die Umsetzung der vom Bundeskabinett im Februar beschlossenen Bodenschutzkonzeption wies Spranger darauf hin, daß bereits eine Reihe rechtsetzender Maßnahmen auf den Weg gebracht worden seien, darunter die vorgelegten Novellen zum Bundesimmissionsschutz-, Wasserhaushalts- und Abfallbeseitigungsgesetz. Neben einer Verschärfung der Anforderungen bei der Einleitung gefährlicher Stoffe in Gewässer sähen sie im Bereich der Abfallbeseitigung die Aufnahme eines Gebots zur Abfallverwertung vor. Hinzu kämen die Artenschutznovelle und einschränkende Bestimmungen für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Bis zum Frühjahr 1986 soll nach Sprangers Angaben in Zusammenarbeit mit den Ländern ein abgestimmter Maßnahmenkatalog zum Bodenschutz vorgelegt werden. Die bisherigen Arbeiten am Bonner Bodenschutzkonzept wertete Spranger dahingehend, daß diese schwierige Aufgabe in Bund, Ländern und Gemeinden auf einen „guten Weg" gebracht worden sei.

Bau der Autobahn 33 soll gestoppt werden

mj. Hannover

Auf Protest und Verärgerung stößt in der niedersächsischen Landeshauptstadt wie im Raum Osnabrück die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Bauministers Christoph Zöpel (SPD), den Weiterbau der Autobahn 33 zwischen Bielefeld und der niedersächsischen Landesgrenze südlich Osnabrück verhindern zu wollen. Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) sprach in Hannover von einer „kräftigen Ohrfeige" für ihr Land: Das niedersächsische Teilstück der A 33 zwischen Osnabrück-Georgsmarienhütte und Diessen/-Teutoburger Wald ist großenteils fertiggestellt oder im Bau.

Zöpel hatte seine Absichten damit begründet, die parallele, stark mit Schwerverkehr belastete Bundesstraße 68 sei bedarfsgerecht „weitgehend vierspurig ausgebaut". Dies ist – von einem Teilstück bei Bielefeld abgesehen – schlicht falsch. Auf etwa 40 Kilometern Länge handelt es sich um eine schmale, kurvenreiche Strecke mit gefährlichen Ortsdurchfahrten. Die Stadt Diessen im Niedersächsischen hat denn auch bei NRW-Ministerpräsident Johannes Rau geharnischten Widerspruch erhoben.

Abrüstung aller C-Waffen gefordert

rmc. Bonn

Eine von chemischen Waffen freie Zone in Mitteleuropa, wie sie von der SPD gemeinsam mit der SED Ost-Berlins als angeblich sicherheitsfördernd ins Gespräch gebracht worden ist, ist nach Auffassung der Unionsparteien lediglich dazu geeignet, „unserem Lande eine trügerische Sicherheit zu vermitteln". Mit diesen Worten reagierte der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, auf entsprechende Forderungen aus der SPD-Fraktion. Der Unionspolitiker forderte die Sozialdemokraten auf, gemeinsam mit der CDU/CSU die Sowjetunion zu drängen, „endlich den Weg für ein weltweites und überprüfbares Verbot aller C-Waffen freizugeben". Denn Zonen seien keine Alternative zur weltweiten Abrüstung aller C-Waffen. Auf die Kritik des SPD-Abgeordneten Horn eingehend, der behauptet hatte, die Bundesregierung und die Koalition hätten keinen klaren Standpunkt, sagte Todenhöfer, es gelte, was US-Verteidigungsminister Weinberger dem Fraktionsvorsitzenden Dregger erklärt habe. Danach würden die USA neu zu produzierende sogenannte binäre C-Waffen nicht auf deutschem Boden lagern und im Zuge der Neuproduktion das gesamte überaltete C-Waffenpotential aus der Bundesrepublik abziehen. Die CDU/CSU habe keinen Grund, an dieser Zusage Washingtons zu zweifeln.

Bangemann in Sorge um Mitarbeiterin

ms. Bonn

Im Bundeswirtschaftsministerium macht man sich Sorgen über den Verbleib von Frau Sonja Lüneburg, die seit langen Jahren Chefsekretärin von Minister Bangemann ist. Das Ministerium hat die Polizei davon unterrichtet, daß Frau Lüneburg (60) zwei Tage lang ohne Angaben von Gründen nicht an ihrem Arbeitsplatz erschienen ist. Frau Lüneburg, die unverheiratet ist, hatte sich für Montag freigenommen, weil sie eine Wochenendtour nach Brüssel unternehmen wollte. Seitdem hat sie kein Lebenszeichen von sich gegeben.

Mehr Rüstungsaufträge für den Mittelstand?

Positive Resonanz Wörners auf Initiative der Unionsfraktion

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bestrebt, der mittelständischen Wirtschaft mehr Chancen bei der Vergabe von Aufträgen durch die Bundeswehr zu verschaffen. Wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung, der CDU-Abgeordnete Willy Wimmer, gegenüber der WELT sagte, hat eine entsprechende Anregung der Fraktion sofort eine positive Resonanz bei Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gehabt. Das Ministerium hat nach den Worten Wimmers eine Änderung des Erlasses über die sogenannte Generalunternehmerschaft bei der Abwicklung von Bundeswehraufträgen zugesagt. Den Entwurf erwartet die Fraktion vom Ministerium noch im Laufe dieses Monats.

In der bisherigen Form zwingt der Erlaß die Generalunternehmer nicht klar genug, möglichst viele Firmen bei der Vergabe von Unteraufträgen am Wettbewerb zu beteiligen. Wimmer beklagte, daß die Generalunternehmer „sehr häufig auf eingefahrenen Gleisen" Firmen mit Unteraufträgen bedenken. Dadurch würden andere, die mindestens so leistungsfähig wie die beauftragten Unternehmen oder gar sehr viel leistungsfähiger seien, nicht berücksichtigt. Diese Praxis, die den freien Wettbewerb behindere, entspreche nicht mehr der „technischen Wirklichkeit in unserem Lande", meinte der CDU-Politiker, da die Generalunternehmer bei der Auftragsvergabe „innerhalb ihrer Struktur" blieben und auf diese Weise auch die „technologische Innovationsfähigkeit" der deutschen Industrie behinderten.

Eine Änderung des einschlägigen Ministeriumserlasses hat, so Wimmer, das Ziel, die Generalunternehmer zur Ausschreibung des Wettbewerbs für Unterauftragnehmer „in der gesamten Fläche" zu zwingen. Der bisher gültige schreibe das nicht vor. Der Verteidigungspolitiker hält es deshalb für gerechtfertigt, wenn der veränderte Erlaß den Generalunternehmern künftig vorschreibt, rund zwei Drittel der jeweiligen Gesamtaufträge der Bundeswehr außerhalb des eigenen Unternehmens zu vergeben. Weiter soll der neue Erlaß bestimmen, daß solche an der Generalunternehmerschaft interessierten Großbetriebe, die von der Wettbewerbsregel abzuweichen gedenken, in ihrer Bewerbung mit Minuspunkten rechnen müssen und somit ihre Chancen, den Gesamtauftrag zu erhalten, sich mindern würden.

Wie Wimmer berichtete, zahlt der Bund der Industrie für die Aufgabe, in den verschiedensten wehrtechnischen Bereichen als Generalunternehmer zu fungieren, jährlich rund eine halbe Milliarde Mark. Für diese Summe leisten die Generalunternehmer vielfältige Dienste im Auftrag der Bundeswehr. Sie holen Angebote von möglichen Unterauftragnehmern ein, bewerten sie, stellen die Organisation zur Abwicklung der Aufträge und führen sie durch.

Worms: Fusion in NRW erst nach den Bundestagswahlen

„Originäres Entsendungsrecht" für CDU-Vereinigungen

G. BADING, Bonn

Die angestrebte Fusion der beiden mitgliedstarken CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen wird sich erst nach der Bundestagswahl 1987 vollziehen lassen. Das hat der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms vor der Presse in Bonn deutlich gemacht. Zum einen wolle man das Thema der Fusion, mit der der größte Landesverband der CDU mit 270 000 Mitgliedern und – nach derzeitigem Stand – 38,3 Prozent der Delegiertenstimmen auf einem CDU-Bundesparteitag entstehen würde, nicht in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes bringen.

Zum anderen müsse der Bundesparteitag im Herbst 1986 einer Neuordnung der Landesverbände zustimmen. Und zum dritten halte er schon aus wahlrechtlichen Gründen es für praktikabler, die bestehenden Verbände Rheinland und Westfalen, die wie bisher die Kandidaten für die Bundestagswahl getrennt bestimmen und dann in einem gemeinsamen Gremium die Landesliste aufstellen würden, bis nach der Wahl bestehen zu lassen. „Nicht vor Sonntagabend der Bundestagswahl" also werde eine Fusion vollzogen werden, sagte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Worms.

Der Bundesvorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, sei in die derzeit im Rheinland und in Westfalen laufenden Vorgespräche für eine eventuelle Zusammenlegung nicht einbezogen worden, versicherte Worms. Es gebe weder „Rückkopplungen" noch „Einflußnahmen" des Parteivorsitzenden in dieser Frage. Aus der CDU-Führung in Bonn wurde das bestätigt, allerdings mit dem Hinweis, daß Kohl „sehr wohl seine eigenen Vorstellungen" dazu habe. Gestern befaßte sich der rheinische CDU-Vorstand mit der Fusionsfrage; nächste Woche soll ein Lnadesparteitag der CDU Westfalen-Lippe entscheiden.

Worms skizzierte seine Vorstellungen über die Einbeziehung der „Vereinigungen" der CDU, die besonders im rheinischen Verband traditionell einen starken Einfluß haben. Er könne sich ein „originäres Entsendungsrecht" der Vereinigungen zum Parteitag vorstellen, sagte Worms. Um die Zahl der Delegierten, die dann ohnehin bei etwa 450 liegen dürfte, nicht zu sehr auszuweiten, denke er an etwa sechs Personen pro Vereinigung. Aus diesen Gruppierungen war Kritik an der Fusionsabsicht laut geworden. So hatte der Vorsitzende der rheinischen Sozialausschüsse, Staatssekretär Wolfgang Vogt, statt dessen eine Stärkung des Landespräsidiums verlangt, das schon heute als Brücke zwischen den beiden Landesverbänden dienen soll. Davon allerdings hält Worms nichts. Das Präsidium habe in der Vergangenheit ein „totales Nebeneinander" zweier souveräner Landesverbände, etwa in der Vorbereitung von Wahlkämpfen, nicht verhindern können. Alle Koordinierungsbemühungen hätten „im Grunde genommen ja nichts gebracht."

Wettbewerb à la USA: Vorbild für die deutschen Universitäten

Untersuchung des „Hochschul-Informations-Systems" zur Situation in Amerika

PETER PHILIPPS, Bonn

Ein qualitätssteigernder Wettbewerb zwischen den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland wird – auch angestoßen durch die Elite-Diskussion in der Öffentlichkeit – von den Hochschulen wie von Politikern als notwendiges Ziel zunehmend ins Auge gefaßt. Dabei wird immer wieder der Blick auf das Mutterland des Wettbewerbs, auf die USA, gelenkt, wo ja – trotz der Handvoll berühmter Privat-Universitäten wie Harvard, Berkeley oder Princeton – 80 Prozent der Studenten ebenfalls in staatlichen Hochschulen ausgebildet werden. Und in der Tat können die Deutschen von den Amerikanern sehr viel lernen, wie eine Untersuchung des unabhängigen „Hochschul-Informations-Systems" (HIS) in Hannover über „Wettbewerb im amerikanischen Hochschulsystem" zeigt.

Dies beginnt bereits mit dem Motto, das (als Zitat des amerikanischen Romanciers John Gardner) einer Schrift über die Zielsetzung der US-Hochschulen vorangestellt ist: „There is no middle road for the spirit. We must call for the best ore live with the worst." (Für den Geist gibt es keinen Mittelweg. Wir müssen nach den Besten rufen, oder mit den Schlechtesten leben). Dementsprechend hat Tennessee für seine Staats-Universitäten die Regelung eingeführt, daß fünf Prozent des Etats jeder Hochschule erst einmal gesperrt werden. Erst bei der Erfüllung bestimmter Qualitätskriterien wird dieses Geld ganz oder teilweise freigegeben – oder endgültig gestrichen.

Mangelndes Niveau

Bewundernder Kommentar der von deutscher Kameralistik geplagten HIS-Experten: Die Hochschulen würden auf diese Weise zu „Selbstevaluierungsprozessen" und somit zu Selbstkontrollen gezwungen, „die die Qualität immer wieder überprüfen und sicherstellen sollen, die sogar nachweisen sollen, daß sich die Qualität verbessert hat". Die Universitäten hätten sich inzwischen ausgerechnet, „daß sie bei der Ausgabe von einem Dollar für die Evaluationsmaßnahmen 20 Dollar zusätzliche Mittel erhalten". Dies bedeute „im Ergebnis das Phänomen, daß durch einen bestimmten, marginalen finanziellen Betrag Maßnahmen initiiert werden, die sich auf die gesamte Hochschule beziehen und damit auch auf Bereiche, die keinesfalls von den fünf Prozent Haushaltsmitteln finanziert werden können".

Bei aller Differenzierung der einzelnen Fachbereiche werden Universitäten in den USA zwar ähnlich wie in der Bundesrepublik als Einheit verstanden, aber gänzlich andere Schlußfolgerungen gezogen. Dabei werde „über den Wettbewerb nicht viel gesprochen", sondern er werde eben einfach „praktiziert". Angesichts einer auch in den USA um sich greifenden Kritik an mangelndem Bildungsniveau wird von allen Beteiligten „versucht, eine gemeinsame Anstrengung zu provozieren", konstatieren die HIS-Experten. „Dies geschieht auf der Grundlage einer Konkurrenz zwischen den (US-Bundes-) Staaten einerseits und auf der Grundlage der Bedeutung, die der Universität im staatlichen Zusammenhang zugeschrieben wird".

Der einzelne Bundesstaat setze sich zum Ziel: „Das Universitätssystem soll zu einem der besten in der Nation ausgebaut werden." Ergänzt etwa durch sportliche Profilierung der Universität entstehe jeweils eine „örtliche, regionale und staatliche Identifikation mit dieser Institution", auch in der „breiten Öffentlichkeit".

Um auf dieser Basis dann weiterarbeiten, beispielsweise Spenden o. ä. werben, zu können, werden in der Universitätsleitung die Methoden strategischer Planung aus der privaten Wirtschaft übernommen, um für die einzelne Hochschule „ihre eigene Position auf dem Markt, ihr spezielles Angebot, ihre besonderen Ziele zu bestimmen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen, die speziellen Kunden davon zu überzeugen und die finanziellen Mittel hochschulintern entsprechend zu konzentrieren".

Grundsätzlich werden praktisch alle Staats-Universitäten in den USA auf Basis ihrer Studentenzahlen aus den öffentlichen Haushalten budgetiert. Aber sehr viel stärker noch als in Deutschland kommen die privaten Drittmittel hinzu, vor allem auch von den „alumnis", die sich sehr viel stärker ihrer alten Alma mater verbunden und für sie verantwortlich fühlen, als etwa bei uns. Und während in Bonn Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes auf Druck der Länder sogar bei kleinen Schritten in diese Richtung noch Abstriche machen mußte, stellten die HIS-Leute vor Ort fest: „In den USA wird durchgängig die verstärkte Autonomie der Hochschule als Voraussetzung für die Steigerung von Qualität im Hochschulbereich angesehen."

Leistung als Anreiz

Der Blick auf die anderen Universitäten der Nation wird überall im Lande ganz unbefangen getan, „die Universitäten und ihre Mitglieder ordnen sich selbst in einen Vergleich mit den anderen ein, was Teilaspekte ihrer Leistung betrifft". Immer wieder werden „Task Forces" eingesetzt, bestehend u. a. aus anerkannten Wissenschaftlern auch anderer Bundesstaaten, die in problematischen Bereichen einer Hochschule vorschlagen. Die Ergebnisse werden in populärer Form veröffentlicht und so ein heilsamer öffentlicher Druck erzeugt.

Hinzu kommen Befragungen von Absolventen über ihre beruflichen Chancen und Entwicklung, standardisierte Fragebögen, in denen Studenten die Leistungen ihrer Professoren bewerten. Von Überforderung oder „Leistungs-Terror" ist nichts zu hören. Hohe Leistung wird zum Anreiz für Studenten, gerade eine solche Hochschule auszusuchen. Und für die Professoren lohnt es sich auch: Ihr Einkommen ist häufig abhängig von Leistung und Reputation ihres Fachbereichs wie ihrer Universität.

Auf den Bau kommt kein Lehrling

Hausgemachtes Problem einer Branche mit dem Nachwuchs: Nur Kosten, kaum Nutzen

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland läutet den Endspurt ein, um keinen Jugendlichen ohne Lehrstelle zu lassen. Mit einer gemeinsamen „Inititative Jugend und Arbeit" etwa haben Industrie- und Handelskammer, Arbeitsamt, Einzelhandelsverbände und Kreishandwerkerschaften im Raum Gelsenkirchen jetzt eine Aktion gestartet, um auch den letzten jetzt noch arbeitslosen Jugendlichen unterzubringen. „Noch ein Schüppchen drauflegen", nannte dies gestern IHK-Geschäftsführer Tillmann: „Gerade für Mädchen brauchen wir noch Stellen." Gerade die weiblichen Lehrstellen-Suchenden sind es, die bundesweit Kopfzerbrechen machen. Denn sie wollen fast alle nicht in gewerblich-technische Berufe, in denen noch die meisten Ausbildungsplätze unbesetzt sind.

Hinzu kommt ein Problem, das vor allem kleinere Betriebe des Bau- und Ausbau-Handwerks vor der Einstellung von Lehrlingen zurückschrekken läßt, die sie eigentlich dringend benötigten: Die bundesweite Ausbildungsordnung für das Bauhandwerk sorgt dafür, daß sie im ersten Lehrjahr für ihren Nachwuchs zwar die Kosten tragen müssen, ihn aber praktisch nicht zu Gesicht bekommen.

Denn aufgrund der Rechtsverordnung, die laut Handwerks-Verband von der IG Bau als „Krönung und letzte Weisheit" betrachtet werde, müssen die Lehrlinge im ersten Jahr 20 Wochen zur „Grundausbildung" in überbetrieblichen Ausbildungsstätten verbringen, 20 Wochen in der Berufsschule, und von den verbleibenden 12 Wochen gehen allein für den Urlaub noch einmal vier bis fünf Wochen ab. Im zweiten Jahr sind immer noch 13 Wochen überbetriebliche Ausbildung plus Berufsschule vorgeschrieben. Erst im dritten Jahr reduziert sich dies merklich auf drei Wochen plus Berufsschule.

Ursprünglich waren diese überbetrieblichen Ausbildungsstätten gedacht als Auffangstationen für Jugendliche ohne Lehrstelle. Dann begann der Bau händeringend nach Nachwuchs zu suchen. Um die Attraktivität zu steigern, holte man die Lehrlinge von den zugigen Baustellen und steckte sie in die modernen Zentren, alles garniert mit „exorbitanten Lehrlingsvergütungen", wie im Zentralverband des Deutschen Handwerks heute rückblickend reumütig eingestanden wird.

Doch den Versuch der IG Metall, diese Hochglanz-Lehre auch für den Metallbereich einzuführen, blockt man aufgrund der Erfahrungen gerade standhaft ab: „Das kommt nicht mehr in Betracht." Das Bauhandwerk weiß, daß es große Anstrengungen machen muß, um aus jetzt noch starken Jahrgängen genügend qualifizierten Nachwuchs heranzuziehen. Ein Sprecher: „Ich habe große Sorge, daß wir in fünf Jahre allergößte Schwierigkeiten haben."

Wie die SED auf den DGB Einfluß zu nehmen sucht

GÜNTHER BADING, Bonn

Die DKP und hinter ihr die SED versuchen mit allen Mitteln, auf die vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) für den Oktober geplante „Aktionswoche" gegen Massenarbeitslosigkeit und angeblichen Sozialabbau Einfluß zu nehmen. In einer ausführlichen Darstellung der „Westarbeit" der SED im Mitgliedermagazin „Einheit" der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, hat der Chefredakteur des Blattes, Horst Niggemeier, vor diesen Aktivitäten gewarnt. Niggemeier, Gewerkschaftsfunktionär und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen, schreibt in der „Einheit": „Schon seit einiger Zeit ist erkennbar, daß die DKP-Führung mit heftiger Zielstrebigkeit Vorbereitungen jedweder Art trifft, das gesamte organisatorische und personelle Potential der DKP und ihrer Tarn- und Nebenorganisationen in diese DGB-Aktionswoche einzuschleusen." Das gelte auch für andere gewerkschaftliche Aktionen, etwa den traditionellen Anti-Kriegstag im September.

Nach einem Hinweis auf die straffe Führung der DKP und ihrer Nebenorganisationen durch die SED, heißt es in der Gewerkschaftszeitung: „Die ‚Westarbeit' hat bei der SED einen hohen Stellenwert. Da wird nichts dem Zufall überlassen. Langfristige Planung mit hochgesteckten Zielen ist da ‚proletarische' Ehrensache, wie es am Beispiel des Kanzleramts-Spions und NVA-Hauptmanns Günter Guillaume besonders deutlich wurde. Die SED-Führung hat mit der legal in der Bundesrepublik operierenden DKP einschließlich ihrer vielfältigen organisatorischen Ableger wirkungsvolle Horch- und Vorposten mit gezielten Aufträgen installiert.

Der 54jährige Herbert Häber, Absolvent der Moskauer Parteihochschule der KPdSU, leitet seit 1973 die Westarbeit der SED. Als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED gilt er als enger Vertrauter des SED-Generalsekretärs Erich Honekker. In seiner Westabteilung des ZK (SED-Jargon: ‚Abteilung 70'), die seit Mitte 1984 offenbar aus Tarnungsgründen umbenannt wurde in Abteilung ‚Internationale Politik und Wirtschaft' (IPW) und auch über ein gleichnamiges wissenschaftliches Institut verfügt, sind schätzungsweise rund 200 (!) Mitarbeiter nur mit der ‚Westarbeit' beschäftigt. Dazu kommen noch mal ungefähr 60 Mitarbeiter in den ‚IPW-Sektionen' der 15 SED-Bezirke der DDR. Jeder dieser SED-Bezirke hat seine ‚Patenbezirke' in der Bundesrepublik . . .

Nichts bleibt da dem Zufall überlassen. Nur ausgesuchte und auf Herz und Nieren geprüfte linientreue SED-Funktionäre dürfen in ihre jeweiligen ‚Patenbezirke' reisen. ‚Reisekader' nennt man sie. Jährlich kommen weit mehr als 1000 solcher Reisekader über die deutsch-deutsche Grenze, um vorher festgelegte Aufgaben für und mit der DKP und ihren Tarnorganisationen zu erfüllen. Dazu muß man wissen, daß Jahr für Jahr zwischen SED- und DKP-Führung ein Rahmenplan festgelegt wird, der den Kurs der DKP und ihre jeweiligen ‚Kampfaufgaben' verbindlich bestimmt."



Horst Niggemeier, Sprecher der IG Bergbau und Energie

Die DKP-Funktionäre aus der Bundesrepublik Deutschland würden durch 30 Lehrer an der ausschließlich diesem Zweck dienenden SED-Parteischule „Franz Mehring" in Ost-Berlin gedrillt. Nach zuverlässigen Schätzungen hätten bisher etwa 4000 DKP-Mitglieder diese Kaderschmiede durchlaufen. Diese Schule sowie die Kur- und Erholungsaufenthalte für DKP-Funktionäre im Ostblock koste die SED mehrere Millionen Mark jährlich, schreibt Niggemeier, um dann fortzufahren: „Doch die DKP-Kader müssen nicht nur bei Laune, sondern auch unter Kontrolle gehalten werden. Auch dafür haben Honecker und Häber griffige Garantien geschaffen. Für die DKP-Kader gilt kein penibler Datenschutz. Es darf davon ausgegangen werden, daß in der EDV-Anlage ‚Robotron' beim ZK der SED die persönlichen Daten der KP-Genossen und SDAJler fein säuberlich gespeichert sind. Mit einem massiven Schub von Daten dürften es die ‚Robotron'-Rechner 1983 zu tun gehabt haben. Denn: Die DKP hatte Ende 1982 zu dem bei allen kommunistischen Parteien bewährten Mittel des Umtausches der Mitgliedsbücher gegriffen – der neue Kreml-Chef Gorbatschow bereitet eine solche Umtauschaktion gerade für die KPdSU vor –, um neben einer Bereinigung der Mitgliederkartei auch das soziale, politische und persönliche Umfeld ihrer Mitglieder auszuforschen . . .

Neben allen anzugebenden Gewerkschaftsfunktionen fehlte bei dieser Umtauschaktion der Mitgliedsbücher selbst die Frage nicht, ob denn der Genosse in der ‚Vertreterversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse' tätig oder ‚Leser der Nachrichten' ist, ein von DKP-Vorstandsmitgliedern herausgegebenes Informationsblatt, das sich speziell mit Gewerkschaftsfragen aus kommunistischer Sicht befaßt. Diese kommunistische Indoktrination in den ‚Nachrichten' wird auch dadurch nicht annehmbarer, daß der frühere IG Druck-und-Papier-Chef Leonhard Mahlein (SPD) unmittelbar nach seiner Pensionierung Mitherausgeber wurde."

Bei der „politisch-administrativen Beherrschung der DKP durch das SED-Politbüro" laufe vieles über konspirative Kanäle. „Da schleusen die Häber-Kuriere Monat für Monat mindestens fünf Millionen DM West von drüben nach hier, oder die Geldüberweisungen für die DKP-Aktivitäten werden über das in Westeuropa existierende kommunistische Firmennetz abgewickelt. Das ist eine ‚Vernetzung' ganz besonderer Art, denn sie ermöglicht jede für notwendig gehaltene finanzielle Transaktion zugunsten der DKP und ihrer Tarnorganisationen. Mit den sich um die sechs Millionen Mark bewegenden Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen können der Parteiapparat und die Aktionen der DKP natürlich nicht finanziert werden."

Der Gewerkschafter geht nicht auf aktuelle Streitpunkte um die Politik der SPD gegenüber der SED – etwa das „Abkommen" über eine chemiewaffenfreie Zone zwischen beiden Parteien – ein, sondern stellt generell fest: „Der offenen Ostpolitik der klassischen Parteien und der Gewerkschaften in der Bundesrepublik steht die gezielte und verdeckte Westarbeit der SED mit einer komplexen Vielzahl von organisatorischen Verästelungen konspirativer Art gegenüber. Im ‚ideologischen Klassenkampf', wie ihn die sowjetkommunistische Seite versteht, befinden sich jene demokratischen Kräfte hoffnungslos in der Defensive, die da meinen, mit dem Glauben an den guten Willen aller Beteiligten sei dieser Kampf zu führen. Der folgenschwere Irrtum dieser Auffassung liegt darin, daß der Expansionsdrang freiheitsfeindlicher Staatssysteme unterschätzt wird."

Einladung nach Hannover zum Eureka-Treffen

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber haben die Regierungen der 17 Teilnehmerstaaten des Eureka-Programms und die Brüsseler EG-Kommission zur zweiten Eureka-Ministerkonferenz am 5. und 6. Oktober nach Hannover eingeladen. Bei ihrer ersten Konferenz am 17. Juli in Paris hatten sich die Teilnehmer grundsätzlich darauf geeinigt, im Herbst in Deutschland wieder zusammenzukommen, um die geplante „Bündelung der Energie und Kompetenzen Europas auf dem Gebiet der Hochtechnologie" zu konkretisieren.

Wesentliche Aufgaben des Treffens in Hannover sieht die Bundesregierung darin, Ziele und Kriterien für Eureka-Projekte zu bestimmen, Strukturen festzulegen sowie Förderungsmaßnahmen und Finanzierungsmodalitäten zu umreißen. Eine Gruppe hochrangiger Repräsentanten der beteiligten Staaten und der EG-Kommission wird die Tagung Anfang September in Bonn vorbereiten.

„Doppelte Moral" der SPD kritisiert

dpa, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU-Landtagsfraktion hat gestern in Düsseldorf die Beschimpfung des NRW-Sozialministers Hermann Heinemann (SPD) bei einem Heimattreffen von Vertriebenen am Sonntag in Essen verurteilt. Heinemann, der auch aus der Rede des Bundespräsidenten vom 8. Mai zitiert hatte, war von Mitgliedern der Landsmannschaft Schlesien heftig attackiert worden, die seine Äußerungen als „Blödsinn" bezeichneten. Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, warnte jedoch davor, die Vertriebenen oder die Landsmannschaft der Schlesier mit den „Provokateuren und Schreiern" gleichzusetzen. Die Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann, die finanzielle Förderung der Vertriebenen aus dem Landeshaushalt zu „überprüfen", zeige „die doppelte Moral der SPD bei der Beurteilung ähnlicher Vorgänge". So habe beispielsweise die SPD-Landesregierung „zehn Jahre lang unter Mitwirkung von Farthmann" die Landesschülervertretung gefördert, obwohl diese wiederholt gegen den demokratischen Staat und dessen Einrichtungen „aufgehetzt" habe.

Haftbefehl nach 30 Jahren vollstreckt

dpa, Saarbrücken

Wegen eines inzwischen 30 Jahre zurückliegenden versuchten Attentats auf den damaligen saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (Christliche Volkspartei) ist ein 65jähriger Rentner aus der „DDR" beim Grenzübertritt in die Bundesrepublik von der Polizei festgenommen worden. Wie die Staatsanwaltschaft in Saarbrücken gestern bestätigte, befindet sich der „DDR"-Bewohner, der Verwandte im Saarland besuchen wollte, inzwischen in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, am 4. Februar 1955 per Post an Hoffmann einen Sprengsatz abgeschickt zu haben, der jedoch rechtzeitig entdeckt und von der Polizei entschärft worden war. Auf die Spur des Attentäters waren die Beamten aufgrund eines Schriftvergleiches von einem in dem Päckchen enthaltenen Drohbrief mit einem von dem Beschuldigten unterzeichneten Meldezettel im Saarland gestoßen. Die Festnahme erfolgte bereits am vorigen Samstag aufgrund eines nach wie vor gültigen Haftbefehles des Amtsgerichtes Saarbrücken vom 8. Februar 1955, der auf versuchten Mord lautet – ein Delikt, das nicht verjährt. Hoffmann verstarb 1967.

Soldatengräber bei Compiègne geschändet

SAD, Compiègne

Sieben Gräber auf dem deutschen Soldatenfriedhof „Moulin sous le Vent" bei Compiègne sind am vergangenen Wochenende – wie die Polizei erst jetzt bekanntgab – geschändet worden. Auf dem Friedhof ruhen 600 Tote des Ersten Weltkriegs. Die Kreuze oder Grabplatten der sieben Gräber wurden umgeworfen oder zerbrochen. Die Grabschänder durchwühlten sogar ein Grab und verstreuten Skeletteile auf anderen Gräbern und auf den Wegen. In Compiègne wurde im November 1918 der Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und der Entente und im Juni 1940 zwischen Nazi-Deutschland und Frankreich unterzeichnet.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bonn begrüßt Reagans Offerte für Moratorium

DW. Bonn/Washington

Die Bundesregierung hat die Bereitschaft Präsident Reagans begrüßt, nach Ablauf der gegenwärtigen US-Testserie mit der Sowjetunion ein dauerhaftes und überprüfbares Moratorium für alle Atomversuche zu vereinbaren. Wie Regierungssprecher Friedhelm *Ost* in Bonn feststellte, müsse jetzt alles getan werden, um Fortschritte bei der Kontrolle der nuklearen Rüstung zu erzielen.

Reagan hat inzwischen sein Angebot an die UdSSR erneuert, sowjetische Techniker könnten einen unterirdischen Atomversuch im US-Testgelände in Nevada beobachten. Dem demokratischen Senator Robert Byrd, der Anfang September in Moskau mit dem sowjetischen Parteichef zusammentreffen soll, übergab der Präsident am Dienstag ein Schreiben an Gorbatschow. Der Brief – so der Sprecher des Weißen Hauses, Speakes – enthält einen Hinweis darauf, daß Reagan dem Gipfeltreffen am 19. und 20. November in Genf mit Erwartung entgegensieht.

Atomwaffenfreie Zone im Südpazifik

AP, Barotonga

Acht der 13 Mitgliedsstaaten des Südpazifik-Forums haben in Rarotonga auf den Cook-Inseln einen Vertrag über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik unterzeichnet. Die anderen fünf Länder werden den „Vertrag von Rarotonga" nach Abschluß erforderlicher verfassungsrechtlicher Prozeduren unterzeichnen. Dem Forum gehören Australien, Neuseeland und elf kleine Insel-Staaten an.

Das Abkommen sieht vor, daß keiner der Unterzeichnerstaaten Atomwaffen entwickeln, herstellen oder erwerben darf. Es untersagt Atomwaffentests im Südpazifik, die Stationierung von Kernwaffen im Vertragsgebiet sowie die Verklappung atomaren Mülls im Pazifik. Frankreich, Großbritannien und die USA werden von dem Südpazifik-Forum aufgefordert, die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten. Außerdem werden diese drei Länder sowie die Sowjetunion und China ersucht, den Vertragsstaaten weder mit dem Einsatz von Kernwaffen zu drohen noch Atomtests im Vertragsgebiet durchzuführen.

Paris zeigt Moskau ein freundlicheres Gesicht

Neue außenpolitische Akzente / Wechsel im Geheimdienst

JÜRGEN LIMINSKI, Paris

Der französischen Spionageabwehr droht eine interne Krise. Mit der Ablösung des überaus erfolgreichen Chefs der DST (Departement de la Surveillance du Territoire), Yves Bonnet, und der Ernennung eines der wenig atlantischen Linie des Außenministeriums treu ergebenen Beamten hat die Gruppe in der Regierung, die für ein freundlicheres Verhältnis zur Sowjetunion eintritt, einen Sieg gegenüber den Atlantikern und Realisten in der Regierung errungen.

Der neue Chef heißt Remy Pautrat. Seine Ernennung wird vermutlich weitere Veränderungen im Geheimdienst nach sich ziehen. Pautrat war von 1981 bis 1984 Kabinettsdirektor des ehemaligen Außenministers Cheysson. Wie sein Chef trat er immer für die PLO, für Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, für eine verständnisvolle Entspannungshaltung gegenüber Moskau ein. Drei Jahre wirkte er als Entwicklungshelfer im sozialistischen Algerien, als ENA-Absolvent gelang ihm der Sprung in die Kaste der hohen Beamtenschaft. „Remy Pautrat vertrat immer sozialistische Ansichten," schreiben die Autoren des Buchs „Die rosa Elite" (Ramsay, Paris). Als er die Präfektenlaufbahn beschritt, verließ er die Partei, „ohne seine sozialistischen Neigungen aufzugeben".

Von dem neuen Geheimdienstchef haben die Sowjets wenig zu befürchten. Er wird nach Meinung politischer Beobachter in Paris immer im Quai d'Orsay nachfragen, bevor er eine Aktion gegen sowjetische oder östliche Spione startet.

Rückschläge für den KGB

Ganz anders sein Vorgänger. Bonnet war es, der gegen den Widerstand von Cheysson und anderen Entspannungspolitikern in der Regierung Mitterrand im März 1983 insgesamt 47 sowjetische Diplomaten in Frankreich als Spione demaskierte und in deren Heimat zurückbeordern ließ. Der Erfolg war verblüffend. Der KGB reagierte nicht. Bonnet war es auch, der das Ausmaß der Technologie-Spionage durch KGB-Agenten in Frankreich aufdeckte und die Politiker vor allzu vertrauensseligen Handelsgesprächen mit Moskau warnte. Er war es, der Terrororganisationen wie die armenische Asala oder die libanesische FARL aufrollte. Und er war es auch, der in seinen nur zweieinhalb Jahren Amtszeit die Regierung auf zahlreiche Desinformationsaktionen des KGB aufmerksam machte. Bonnet war von dem früheren Innenminister Defferre auf Wunsch Mitterrands zum Chef der DST ernannt worden. Defferres Nachfolger, Pierre Joxe, gehört zur Gruppe um Cheysson, Dumas und der Außenhandelsministerin Cresson, die für einen Wandel in den Beziehungen zur Sowjetunion eintreten, und denen Bonnet seit langem ein Dorn im Auge war.

Nur sieben Monate?

Der bevorstehende Besuch des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow in Paris war für diese Gruppe offenbar der Anlaß, bei Staatspräsident Mitterrand die Versetzung des unliebsamen Geheimdienstchefs durchzusetzen. Kein Schatten soll auf die Visite Gorbatschows fallen.

Möglicherweise spielen auch wahltaktische Überlegungen eine Rolle. Nach dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung ist der sozialistischen Partei daran gelegen, soviel Linkswähler wie möglich zu behalten und dabei auch enttäuschte kommunistische Wähler zu gewinnen. Dafür ist ein stramm antisowjetischer Kurs, wie er bis vor einigen Monaten noch von Mitterrand gesteuert wurde, nicht geeignet. Deshalb sind Spekulationen in Paris nicht von der Hand zu weisen, die dem neuen Geheimdienstchef eine Amtszeit von nur sieben Monaten einräumen – bis zur Wahl im März nächsten Jahres.

In die neue, entspannungsfreudige und sowjetfreundlichere außenpolitische Linie passen auch die Ernennungen verschiedener Botschafter. So wurde der als Freund Khadhafis und Arafats bekannte Journalist der Pariser Tageszeitung Le Monde, Eric Rouleau, als Botschafter in Tunis berufen. Außenminister Dumas ist bestrebt, zusammen mit Ägypten die PLO Arafats in Nahost-Gespräche mit Washington einzuführen und vertritt in Mittelamerika eine Position, die in Washington öfters Verwunderung auslöst. In Moskau wird man das neue Gesicht an der Spitze der Spionageabwehr und die neuen Akzente jedenfalls mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen.

Präsident von Guyana starb im 21. Amtsjahr

WERNER THOMAS, Miami

Linden Forbes Burnham, der Präsident Guyanas, war ein komplizierter, komplexbeladener Mann. Er mochte den Westen nicht, schloß sich aber nicht dem kommunistischen Lager an. Niemand durchschaute das System der „Genossenschaftsrepublik". Zu seinen karibischen Amtskollegen hatte er nie ein harmonisches Verhältnis. Jetzt erlag der 63jährige einem Herzversagen.

Seit 1964 regierte er das einzige englischsprachige Land Südamerikas und verwandelte das spärlich besiedelte Land in einen sozialistischen Staat mit allen üblichen Mängeln: Bürokratismus, Mißwirtschaft, Schlendrian. Die Bevölkerung klagt über die Versorgung und das Schlangestehen.

Der „Genosse Präsident" verstaatlichte die Schlüsselindustrien und schuf eine Volksmiliz. In den siebziger Jahren knüpfte er so enge Beziehungen zu Fidel Castro, daß kubanische Truppen auf dem Weg von und nach Afrika bei Georgetown zwischenlanden durften.

Atmosphärisch erinnert Guyana nicht an den Ostblock. Einflüsse Großbritanniens sind erhalten. Krikket ist der beliebteste Sport. Es herrscht Linksverkehr. Calypso- und Reggae-Rhythmen erinnern an die karibische Kulturgemeinschaft.

Obgleich Burnham die amerikanische Grenada-Invasion im Oktober 1983 als einziger Staatsmann dieser Region scharf verurteilte und anschließend die Befürchtung hegte, auch Guyana könne eine militärische Aktion drohen, suchte er in den letzten Jahren Distanz zu seinen marxistischen Freunden. Er kritisierte die sowjetische Intervention in Afghanistan und bemühte sich um bessere Beziehungen zum Westen.

Burnham regierte das 1966 unabhängig gewordene Land wie ein Diktator. Aber nur selten bediente er sich brutaler Methoden. Er duldete Oppositionelle. Der ironischerweise mit Hilfe der Briten und Amerikaner an die Macht gekommene Mann – London und Washington fürchteten den damaligen marxistischen Premier Cheddi Jagan – predigte immer Sparsamkeit.

Zum Nachfolger ernannte das Kabinett Premierminister Desmond Hoyte. Dieser will die Gratwanderung zwischen den Blöcken fortsetzen. (SAD)

Labour und TUC greifen einem Wahlsieg voraus

Plan für „neue Partnerschaft" / Arbeitsplätze vorrangig

REINER GATERMANN, London

Der mißglückte britische Bergarbeiterstreik und interne Konfrontationen unter den Arbeitnehmerorganisationen haben der Gewerkschaftsbewegung stark zugesetzt. Auch die ihr nahestehende Labour Party blieb davon nicht unberührt. Partei und Gewerkschaftsdachverband (TUC) unternahmen jetzt den Versuch, der Öffentlichkeit eine Plattform für ihre künftige Zusammenarbeit vorzustellen. Sie wählten dafür die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, präsentiert als „eine neue Partnerschaft, ein neues Großbritannien".

Die linke Fraktion der Labour Party und der Gewerkschaftsbewegung kommentierten das Dokument als „von Sozialismus keine Spur"; Konservative, Sozialdemokraten und Liberale stellten fest: „Labour wird von den Gewerkschaften regiert".

Für den Labour-Chef Neil Kinnock bildet das 29-Seiten-Dokument dagegen eine pragmatische Basis ohne „Blankoschecks und Geschenke" für eine Politik, die Labour in Angriff nehmen will, falls sie die spätestens im Frühjahr 1988 anstehende Parlamentswahl gewinnen sollte.

Diese noch lange Zeitspanne und die sich nur langsam legende Unruhe in Gewerkschaften und Partei haben Kinnock und TUC-Generalsekretär Norman Willis offenbar veranlaßt, Öl auf die Wogen zu schütten und eine Arbeitsgrundlage zu schaffen, die einerseits die Gemeinsamkeiten herauskehrt, ohne unrealistische Wahlversprechen machen zu müssen, und andererseits Meinungsunterschiede nicht leugnet, deren Lösung jedoch der Zukunft überläßt.

Eine konzertierte Aktion

So würde eine künftige Labour-Regierung ihre Amtszeit mit einer „konzertierten Aktion" von Kabinett, Gewerkschaften und Arbeitgebern starten, um ihre Wirtschaftspolitik, möglichst im Konsens, durchzusetzen. Dabei hat sie augenscheinlich auch eingesehen, daß nicht alle Gesetze der konservativen Regierung zur Auflockerung und Demokratisierung der Gewerkschaftsstrukturen grundsätzlich von Übel sind. Sie würde kaum etwas davon rückgängig machen, jedoch „positive Rechte zur Information, Konsultation und Repräsentation im Entscheidungsprozeß der Unternehmen" schaffen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genießt höchste Priorität. Die Autoren des Plans meinen, innerhalb von zwei Jahren nach Amtsantritt eine Million Arbeitsplätze zu schaffen. Gegenwärtig sind drei Millionen arbeitslos. Dies und einen wirtschaftlichen Aufschwung will sie durch höhere Investitionen erreichen, ohne daß die öffentliche Verschuldung wächst oder die Inflation Auftrieb erhält.

Kinnocks „alter Hut"

Um dieses Ziel zu erreichen, präsentiert Neil Kinnock wieder einen seiner „alten Hüte". Er will einen Teil des nach Aufhebung der Devisenbewirtschaftung 1979 ins Ausland geflossenen Kapitals zurückholen, indem Steuervorteile gestrichen werden. Auf diesem Weg kommen, so die Berechnungen der Labour- und TUC-Experten, entweder rund 20 Milliarden Pfund (knapp 80 Milliarden Mark) der etwa 50 bisher abgewanderten Milliarden zurück in die Inselwirtschaft oder durch höhere Steuerzahlungen der Auslandsinvestoren ungefähr vier Milliarden Pfund zusätzlich in die Staatskasse.

Dann will Kinnock auch einen weiteren Lieblingsplan verwirklichen: die Gründung einer staatlichen Investitionsbank, gespeist aus Regierungszuschüssen und Einlagen vorzugsweise solcher Institutionen, die heute im Ausland anlegen, zum Beispiel Pensionskassen.

In dem Bericht wird festgestellt, daß die Struktur der im öffentlichen Besitz befindlichen Unternehmen „nicht perfekt" sei, allerdings werde man unter die Privatisierungspolitik der jetzigen Regierung einen Schlußstrich ziehen. Die Rückführung einiger Unternehmen in den öffentlichen Besitz wird nicht ausgeschlossen. Dabei soll es sich um solche in Schlüsselpositionen handeln, für die eine langfristige Strategie erforderlich ist.

Um die eigene Wirtschaft zu stärken, wäre eine Labour-Regierung auch zu Importbeschränkungen bereit. Sie will sich andererseits jedoch darum bemühen, daß Großbritannien „eine positive Kraft in Europa und der Welt darstellt und sich als Nation für ein Wiedererstarken Europas einsetzt".

Papst verurteilt vor Afrikareise Apartheidpolitik

AP, Rom/Johannesburg

Papst Johannes Paul II. hat gestern in Rom erneut die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung verurteilt. Am Tag vor seiner dritten Afrikareise bezeichnete er das Ansteigen der Gewalt in Südafrika als Folge der Rassentrennung. Er sicherte allen Menschen in Afrika, die unter Rassendiskriminierung, Hunger, Krieg und anderen Formen von Gewalt leiden, seine Anteilnahme und Unterstützung zu. Noch im Juni 1984 hatte der Papst in einer Audienz dem südafrikanischen Präsidenten Pieter Botha gegenüber die Politik der Rassentrennung verurteilt. Johannes Paul II. bricht heute zu einer zwölftägigen Reise auf, die ihn nach Zaire, Togo, Kamerun, Kenia, Marokko sowie in die Zentralafrikanische Republik und die Elfenbeinküste führen wird.

Die Unruhen in Südafrika haben jetzt auch auf die Hafenstadt Durban im Osten des Landes übergegriffen, die bisher weitgehend verschont geblieben war. Gestern lieferten sich Jugendliche Straßenschlachten mit der Polizei, nachdem dort am Dienstag abend ein Mann von einem schwarzen Polizisten erschossen worden war. Ursache der Spannungen in Durban ist offenbar die Ermordung der schwarzen Rechtsanwältin und Bürgerrechtlerin Victoria Mxenge.

Offizielle Kontakte Stockholm–Moskau

G. M. Kopenhagen

Erstmals seit vier Jahren ist es jetzt zwischen der Sowjetunion und Schweden wieder zu offiziellen Kontakten auf höchster Ebene gekommen. Nachdem 1981 das sowjetische U-Boot U-137 in den Schären von Karlskrona gestrandet war, waren die Beziehungen zwischen beiden Ländern deutlich abgekühlt. Seit Dienstag besucht nun der Erste Stellvertretende sowjetische Außenminister Viktor Maltsev Schweden. Während das Zusammentreffen mit Ministerpräsident Olof Palme und Außenminister Lennart Bodström von Schweden als reiner Höflichkeitsbesuch eingestuft wird, geht es heute mit Staatssekretär Pierre Schori um Sicherheitsfragen, eine Verbesserung des Handelsaustausches und um eine Beilegung strittiger Grenzbeziehungen in der Ostsee.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wieder „Bodenreform"?

„Verbraucherverbände kritisierten Bonner Subventionspolitik"; WELT vom 24. Juli

In dem Bericht über eine Äußerung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, in der diese die Subventionspolitik zugunsten der Landwirtschaft mit der Vokabel „Lebensmittelsteuer" kritisiert, wird im letzten Teil des Berichtes die Behauptung aufgestellt, daß die großen Betriebe (über 80 ha) angeblich das Hundertfache an Subventionen erhielten, im Vergleich zu einem Betrieb von 5 ha.

Diese Zahl bedarf sicherlich einer genauen Prüfung und Interpretation. Unterstellt man jedoch einmal die Richtigkeit der hierdurch aufgezeigten Tendenz: Logischerweise erhalten die großen Betriebe eine höhere Subvention (z. B. über die Mehrwertsteuer) als kleinere Betriebe. Sie haben ja auch entsprechend größere Einnahmeausfälle zu verkraften.

Leider ist allenthalben die Zunahme der Polemik gegen die größeren Betriebe festzustellen, indem man diesen unterstellt, sie könnten eigentlich die Preisreduzierungen aufgrund der EG-Agrarpolitik ganz gut ohne entsprechende nationale Hilfen verkraften. Hierbei nimmt leider die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände von jeher eine Vorreiterrolle ein! Es wird geflissentlich dabei übersehen, daß der größere Betrieb auch entsprechend höhere Unkosten hat (manchmal sogar überproportional).

Im letzten Absatz wird dann festgestellt, daß sich das Mißverhältnis zwischen Groß und Klein seit 1979 nicht geändert habe. Frage dazu: Darf der größere Betrieb nicht etwas mehr verdienen als der kleine? Ist etwa die Ideologie der „Bodenreform" doch noch nicht tot?

U. v. d. Ohe,
Landwirt (92 ha)
Haarstorf

NWDR-Historie

Sehr geehrte Redaktion,

der Bericht Werner Baeckers „Von Anfang an dabei (2)" ist recht interessant, nur haben sich einige Irrtümer eingeschlichen: Das Fernsehen im Anfangsstadium, von dem Baecker spricht, gehörte zum alten NWDR (Nordwestdeutscher Rundfunk) mit den Studios Berlin und Köln. Ich war 1953/54 der erste Chefredakteur dieser Anstalt mit dem Gebiet Zeitgeschehen. Werner Pleister war nicht Programmdirektor, wie Baecker meint, sondern der Intendant. Programmdirektor war Herr von Plato. Jürgen Roland gehörte zu meiner Abteilung und startete damals schon das „Stahlnetz", Beginn der Kriminalfilme, die dieser begabte Regisseur dann machte.

Und wenn man schon die „Rundfunkschule" des NWDR erwähnt, dann sollte man Alexander Maas nicht vergessen, den man damals den „roten Maas" nannte, weil er als Hauptmann im spanischen Bürgerkrieg gegen Franco gekämpft hatte. Ernst Schnabel war übrigens nicht nur Lehrer an der Rundfunkschule, sondern auch Intendant des Rundfunks beim NWDR.

Mit kollegialem Gruß
Klaus Besser,
Köln 41

Kraftmeierei

Um jedes Mißverständis auszuschließen: Für die CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag stehen bei der Diskussion um Arbed-Saarstahl weder machtpolitische Überlegungen noch taktische Fragen im Vordergrund. Entscheidend ist, daß sich die CDU auch in der Opposition nachdrücklich für die Interessen des Saarlandes einsetzt.

Die CDU hat eindringlich vor einem Konfrontationskurs gegen den Bund gewarnt, wie ihn die Regierung Lafontaine derzeit praktiziert, weil das Land damit nur Schiffbruch erleiden kann. Wer ultimative Forderungen, Kraftmeierei und erpresserisches Verhalten als Mittel der Verhandlungsführung wählt, fordert den Mißerfolg geradezu heraus.

Lafontaine hat sich offenbar selbst überschätzt. Sein Konfrontationskurs zeigt Negativ-Wirkung.

Dies geht auch aus einem Brief aus dem Kanzleramt an Ministerpräsident Lafontaine hervor. Dort heißt es, der Bundeskanzler bedaure es außerordentlich, daß Lafontaine „die Auseinandersetzung um Arbed-Saarstahl in polemischer Weise in die Öffentlichkeit getragen" habe. Damit habe er „dem Unternehmen und den dort Beschäftigten schweren Schaden zugefügt". Die Konsequenzen müsse „die saarländische Landesregierung verantworten".

Die Strukturprobleme des Landes sind nach Überzeugung der CDU-Landtagsfraktion nur kooperativ zu lösen. Bisher hat die neue saarländische Regierungspartei allerdings nicht einen einzigen ernsthaften Versuch gemacht, mit der CDU ins Gespräch zu kommen. Das macht deutlich, wie ernst es die SPD mit ihrem Vorschlag nach einem gemeinsamen Vorgehen der saarländischen Parteien meint.

Mit freundlichen Grüßen
Armin König,
Pressesprecher der CDU-Fraktion im Saarländischen Landtag

Wort des Tages

„Ein Tropfen Liebe ist mehr als ein Ozean an Macht und Willen."

Blaise Pascal; franz. Philosoph und Mathematiker (1623–1662)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Violinist und Musikpädagoge **Max Rostal** feierte gestern seinen 80. Geburtstag. Rostal gibt zur Zeit Violin- und Viola-Meisterkurse in seinem Wohnort Bern sowie in Stuttgart. Der in Teschen geborene Musiker war Professor an der Berliner Musikhochschule, ging 1934 nach England und leitete von 1957 bis 1982 die Meisterklasse an der Kölner Musikhochschule; 1958 begann auch seine Tätigkeit am Berner Konservatorium. Als Spezialist für Beethoven-Interpretationen veröffentlichte er den Band „Ludwig van Beethoven: Die Sonaten für Klavier und Violine".

VERÄNDERUNG

Der schleswig-holsteinische Staatssekretär im Kultusministerium, Dr. **Wolfgang Clausen**, hat als neuen Leiter des Schleswig-Holsteinischen Landesamtes für Denkmalpflege Dr. **Johannes Habich** in das Amt eingeführt. Dr. Habich tritt die Nachfolge von Dr. **Hertwig Beseler** an, der im März dieses Jahres in den Ruhestand getreten ist. Habich, geboren 1934 in Danzig, studierte von 1956 bis 1960 an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg und promovierte 1967 zum Doktor der Philosophie. In seiner Eigenschaft als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Vereinigung des Dehio-Handbuches e. V. lernte er seit 1966 den größten Teil der Kulturdenkmale in Schleswig-Holstein kennen. 1969 trat er als wissenschaftlicher Mitarbeiter in den Dienst des Landesamtes für Denkmalpflege und wurde 1972 Konservator. 1983 folgte er einem Ruf in das Saarland und übernahm dort ab 1. April das Amt des Landeskonservators.

AUSZEICHNUNG

Professor Dr. **E. Schmiedt**, Direktor der Urologischen Klinik und Poliklinik der Universität München im Klinikum Großhadern, wurde vom Staatspräsidenten von Bulgarien der Kyrill- und Methodius-Orden Erster Klasse verliehen. Dies ist der höchste bulgarische Orden, der an einen ausländischen Wissenschaftler verliehen werden kann. Mit dieser Auszeichnung wurden die Verdienste von Professor Schmiedt um den Austausch von wissenschaftlichen Erfahrungen und die Ausbildung von bulgarischen Ärzten in modernen urologischen Operationen gewürdigt.

WAHL

Die Journalistin **Lore Ditzen** ist vom Kuratorium des Literarischen Colloquium Berlin (LCB) zum neuen geschäftsführenden Direktor gewählt worden. Lore Ditzen übernimmt damit gleichzeitig die ehrenamtliche Position des Literaturwissenschaftlers **Harald Hartung**, der weiterhin im Programmausschuß des LCB mitarbeiten wird. Geschäftsleiter des Institutes bleibt **Wolfgang Trautwein**.

UNIVERSITÄT

Dr. **Georg Veits**, zur Zeit tätig als Oberingenieur in einem Münchener Ingenieurbüro, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Siedlungswasserwirtschaft im Fachbereich 21 Umwelttechnik der Technischen Universität Berlin erhalten.

*

Professor Dr. **Hartmut Ehrig** hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für das Fachgebiet Automatentheorie und Formale Sprachen im Fachbereich Informatik der Technischen Universität Berlin zum 1. September angenommen.

Der Hamburger Violinvirtuose Professor **Erich Röhn** ist im Alter von 75 Jahren verstorben. Röhn stammte aus dem Spreewald. Seine Ausbildung zum Musiker erhielt er in der Hochschule für Musik in Berlin. 1934 wurde er von **Furtwängler** zum ersten Konzertmeister der Berliner Philharmoniker verpflichtet. 1945 ging er nach Hamburg, wo er erster Konzertmeister des Sinfonieorchesters des NWDR beziehungsweise des NDR wurde. Außerdem leitete er die Meisterklasse der Hochschule für Musik in Hamburg.

PAUL-WERNER VAHLE

11. Mai 1909 – 1. August 1985

In Liebe, Dankbarkeit und tiefer Trauer nehmen wir Abschied

Maria Vahle, geb. Hötte
Horst und Krista Hitzbleck, geb. Vahle
mit Katrin und Marcus
Annette Vahle mit Katinka
Werner Vahle
und alle Anverwandten

Heidkamp 14, 4708 Kamen, am 1. August 1985

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von Blumenspenden bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 02, Konto-Nr. 6 002 026.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb am 1. August 1985 im Alter von 76 Jahren unser Firmeninhaber

Herr PAUL-WERNER VAHLE

Er war uns ein Vorbild an Tatkraft, Leistungswillen und Zielstrebigkeit. Wir verlieren in ihm eine Persönlichkeit, von der wir voller Dankbarkeit Abschied nehmen.

Geschäftsleitung
Betriebsrat und Mitarbeiter der
Paul Vahle GmbH & Co. KG
Fabrik für Stromzuführungen

4708 Kamen, im August 1985

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Anstelle von Blumenspenden bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Stadtsparkasse Köln, BLZ 370 501 02, Konto-Nr. 6 002 026.

Am 4. August 1985 starb im 80. Lebensjahr der Vorsitzende des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft

Dr. jur. Herbert Rauter

Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse
Konsul a. D. der Republik von Panama

In seinem Wesen waren menschliche und fachliche Qualitäten in besonderem Maße vereint.

Seit 35 Jahren hat er uns als Vorsitzender des Aufsichtsrates mit Rat und Tat zur Seite gestanden, die Entwicklung unseres Unternehmens wurde entscheidend durch ihn geprägt.

Wir trauern um eine bedeutende Persönlichkeit, deren unternehmerische Größe und Fairneß uns Vorbild und Verpflichtung bleiben werden.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
PHÖNIX AG
für Zahnbedarf
Essen

Karl Heinz Stroux

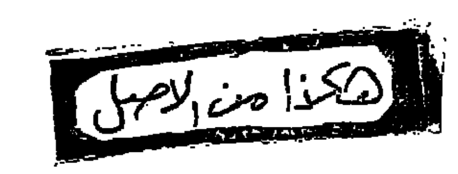
25. 2. 1908 2. 8. 1985

Liebe und Dank

Eva Stroux
und Familie

Er lebt für uns in seiner Zuneigung zu dem Menschen und in seinem Anspruch an dessen Kreativität.

Seinem Wunsch entsprach es,
daß Seelenamt und die Beerdigung auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof
nur im Kreise der Familie stattfanden.





34 Asylanten aus dem Iran suchen in Landshut Zuflucht unter einer Brücke.

„Die sollte man doch gleich in die Isar schmeißen."

Finstere Szenen aus Niederbayern, heute im neuen Stern, ab Seite 56.



Jeder Saarländer ist mit 1430 Mark an den Stahlschulden beteiligt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Wenn die Abgeordneten des saarländischen Landtags demnächst aus *der Sommerpause zurückkehren*, dann werden sie die frisch getankte Kraft gebrauchen können. Auf ihren Tisch liegt die – vom Landesrechnungshof verteilte – Hausaufgabe, *die „verfassungsrechtlich bedenkliche"* Situationen des Landeshaushalts wieder in den Griff zu bekommen.

Nach zwei Nachtragshaushalten, beide vornehmlich zur Stützung des immer noch notleidenden Stahlunternehmens Arbed Saarstahl eingebracht, ist die Finanzlage des jüngsten Bundeslandes prekär:

● Die Verschuldung des Landes, Ende 1984 bereits mehr als sieben Milliarden Mark, nähert sich der Acht-Millionen-Marke. Sie geht damit auf das Doppelte des jährlichen Landeshaushalts (1985: 4,35 Milliarden *Mark) zu. Schon im* Durchschnitt 1984 hatte das Saarland mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6300 Mark die Spitzenposition unter den Flächenländern (Durchschnitt: 3400 Mark) gehalten.

● Jede fünfte Mark – genau 21,9 Prozent – der Landesausgaben wird bereits über Kredite finanziert. Im *Bundesdurchschnitt* liegt diese Quote bei 9,6 Prozent, in einem finanzstarken Land wie Baden-Württemberg nur bei drei Prozent. Als bedenklich wird vom Rechnungshof moniert, daß längst nicht mehr nur Investitionen oder vorübergehender Spitzenbedarf per Kredit finanziert werden, sondern ganz einfach „fortdauernde" Ausgaben.

● Der Schuldenberg geht seinerseits *ins Geld: Nur für Zinsen und* Tilgung gibt das Bundesland mit seiner guten Million Einwohner 40 Prozent seiner Einnahmen aus. Die Zinsen allein verschlingen bereits 20 Prozent der Einkünfte aus Steuern *und Länderfinanzausgleich* – die Flächenländer kommen im Schnitt auf elf Porzent.

Besonders schlimm: Die Finanznot blockiert die Möglichkeiten des Landes, in der jetzt anlaufenden Investitionsphase neue Betriebe an die Saar zu locken. Lockmittel aber wären umso nötiger, als die Landesregierung *unter* Oskar *Lafontaine* nicht eben einen übermäßigen Vertrauensvorschuß bei Unternehmern genießt. Die Ursache der Misere, vom Rechnungshof vorsichtig als „die Subventionspraxis im montanindustriellen Bereich" umschrieben, ist Arbed Saarstahl.

Mit Beihilfen, Krediten und Bürg*schaften von mehr als* drei *Milliarden* Mark haben Bund und Saarland

DIE ● ANALYSE

seither versucht, die „Restrukturierung" des Unternehmens mit seinen einst beinahe 30 000 Beschäftigten zu unterstützen. Doch auch nach dem Personalabbau auf 13 000 Mitarbeiter und einer sichtbaren Straffung des ganzen Gebildes produziert *das Unternehmen*, Tochtergesellschaft der luxemburgischen Arbed S.A., noch kräftige Verluste.

Allein für 1985 hat sich das Saarland auf einen Zuschußbedarf von 200 Millionen Mark eingestellt, weitere 350 Millionen für die beiden folgenden Jahre müssen aus Gründen des EG-Rechts ebenfalls noch 1985 „etatisiert" werden. Doch schon jetzt stöhnt das Land unter einer „Stahllast" von runden eineinhalb Milliarden Mark.

Das heißt: Jeder der etwa 1,05 Millionen Saarländer trägt allein Stahlschulden von fast 1430 Mark, jeder *Saarstahl-Arbeitsplatz* ist mit Landesmitteln – von den Bundesgeldern ganz zu schweigen – von 115 000 Mark subventioniert. Und die Summen werden bis 1988 – wenn Arbed wieder die längst erhofften schwarzen Zahlen schreiben soll – noch um einiges steigen, die Arbeitsplätze noch unter die Marke von 10 000 reduziert werden.

Lafontaine drängt auf Hilfen aus Bonn. Sein Ziel ist dabei die volle Übernahme jener 1,22 Milliarden Mark öffentlich verbürgter Kredite, *an denen das Saarland mit 515 Millionen* Mark beteiligt und die von Bund und Land auch anteilig mit Zinsen und Tilgung bedient werden, durch den Bund.

Sein Poker ist klar:

● *Zahlt der Bund, gibt es keine weiteren* Probleme.

● *Zahlt der Bund nicht und* weigert sich auch das Saarland, sein Schuldenpaket zu erhöhen, dann gibt es keine Zuschüsse für Arbed Saarstahl mehr – das Unternehmen geht in Konkurs.

● Nimmt das Saarland die neuen Lasten in Gestalt weiterer Kredite voll auf die eigenen Schultern, dann gerät es immer tiefer in den Sog der schon jetzt „bedenklichen" Überschuldung. Auf den Bund käme im Ernstfall – wenn auch nicht gesetzlich festgeschrieben – die Sanierung des ganzen Landes zu.

Die Bundesregierung stellt derlei Handlungsalternativen eigene Bedingungen entgegen, vor allem die weitere Beteiligung auch der Banken und der Arbeitnehmer. Gerade *den Banken aber wird* weiteres Engagement in einem ohnehin gefährdeten Unternehmen durch die Verstaatlichungsdrohung Lafontaines nicht leicht gemacht.

Riesenhuber will Kalkar-Brüter in Betrieb nehmen

dpa, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber will bei einem Gespräch *mit dem nordrhein-westfälischen* Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) am 16. August deutlich machen, daß die Bundesregierung die Inbetriebnahme des umstrittenen Schnellen *Forschungs-Brutreaktors* in Kalkar für unerläßlich hält. Die Frage des kommerziellen Einsatzes der Brütertechnologie in der Bundesrepublik Deutschland stellt sich nach den Worten des Ministers derzeit nicht. Notwendig sei jedoch das Sammeln von Betriebserfahrung, um im internationalen Wettbewerb mit anderen Ländern auf diesem Sektor mithalten zu können. Zu den Bedenken der SPD gegen den Reaktor sagte Riesenhuber, generell sei die Brütertechnik an sich nicht gut oder böse, entscheidend nur, was der Mensch daraus mache und wie er damit umgehe. Eine Absage an Kalkar wäre *gleichbedeutend mit* der „Bankrotterklärung" gegenüber einer sinnvollen Forschungsförderung. „Dieses Spiel machen wir nicht mit", fügte Riesenhuber hinzu.

Paz Estenssoro als Staatschef vereidigt

AFP, La Paz

Der neue bolivianische Staatspräsident Viktor Paz Estenssoro *hat* am Dienstag vor dem Kongreß in La Paz den Amtseid abgelegt und *damit zum* vierten Mal das höchste Staatsamt übernommen. In seiner Antrittsrede kündigte er die schnelle Aufnahme von Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Gläubigerbanken und dem Weltwährungsfonds (IWF) an. Die Regierung seines Vorgängers Siles Zuazo hatte sich im Mai vergangenen Jahres für „zahlungsunfähig" erklärt und den Schuldendienst eingestellt. Die Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzlage, charakterisiert durch eine Inflationsrate von *rund 10 000 Prozent, will der* rechtsliberale Politiker über die Reduzierung der enormen Defizite im Bergbau erreichen. Der scheidende Staatschef Siles Zuazo legte in seiner Abschiedsrede die Betonung darauf, daß unter seiner Regierung die bolivianische Demokratie gefestigt worden sei. Die Presse- und Demonstrationsfreiheit *sowie die freie Ausübung der gewerk*schaftlichen Tätigkeit seien respektiert worden. „Niemand hat im Gefängnis oder im Exil gelitten. Keine Mutter und kein Sohn hat den Verlust eines nahestehenden Wesens beweinen müssen", sagte Siles Zuazo.

Gerade in den Städten versuchen die Ökologen, vorhandene Grünanlagen und Bäumbestände zu erhalten, um für die stark belastete Umwelt einen natürlichen Ausgleich zu schaffen. So bemüht man sich, Baumarten anzupflanzen, die den widrigen Einflüssen trotzen können. In einigen Fällen kann dies jedoch zu einem ökologischen Konflikt führen, wie etwa bei der Ungarischen Linde, einem bei uns weit verbreiteten Baum, der Abwehrstoffe gegen Insekten besitzt.

Wo die Ungarische Linde blüht, gehen die Hummeln zugrunde

Von H. de la CHEVALLERIE

Manch einer mag das schon einmal beobachtet haben: Dutzende von toten Hummeln, manchmal auch *tote* Bienen, auf der Erde im Kronenbereich eines Baums liegend, einer Linde, wie sich beim näheren Hinschauen herausstellt. Böse Verdachte keimen auf. *Wurde hier mit giftigen Insektiziden* gespritzt? Sind es Emissionen eines benachbarten Industriegebietes? Nichts von allem. Hier ist es die Natur selbst, die zu einem Abwehrmechanismus greift.

Hummeln und Bienen sind in aller *Regel willkommene Blütenbestäuber* und deshalb im Kreislauf der Natur notwendig. Der betäubend starke Lindenblütenduft, speziell der von der Ungarischen Silberlinde, lockt die Insekten an und verspricht ihnen reichlich Nektar. Noch beim Aufnehmen *des Nektars fallen* die Hummeln aber betäubt zu Boden und verenden.

Einheimische Linden verfallen nicht auf diese Unart.

Nun sollte man meinen, daß man das Problem schnell lösen kann, indem man die ungarische Linde nicht mehr anpflanzt. Doch gerade *hier* liegt der ökologische Konflikt. Denn diese Linde hat besondere, für den städtischen Standort unersetzliche Qualitäten. Der aus der Steppe stammende Baum ist gewohnt, trockene und heiße Sommermonate mit starker *Sonneneinstrahlung* zu überstehen.

Im Laufe von Jahrtausenden hat sich diese Art auf Hitze eingestellt und entsprechende Vorsorge getroffen. *Die Blätter* dieser Linde, die silbrig glänzen, reflektieren einen großen Teil der einfallenden Sonnenstrahlen, mehr als ein normal grün gefärbtes Blatt das könnte. Außerdem sind die Blätter filzig behaart. Dieser „Pelz" fungiert als Verdunstungsschutz.

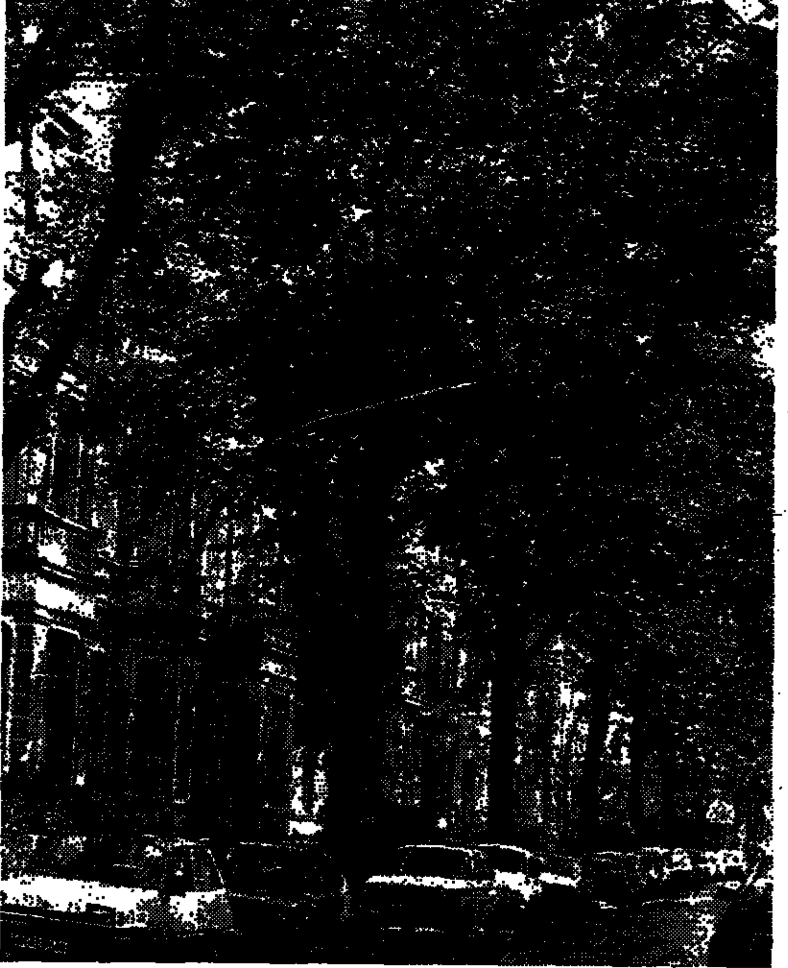
Die hohe Trockenresistenz der Silberlinde ist der Grund, warum Stadtgärtner gerne diesen Baum in überhitzte Stadtquartiere pflanzen. Immerhin sind die Temperaturen im Sommer im Stadtkern 6 bis 8°C höher als am Stadtrand. Die Tilia tomentosa, so heißt die Silberlinde botanisch, ist deshalb die „Nummer eins" unter den Stadtlinden.

Trockenes, warmes Klima begün*stigt außerdem die saugenden Schäd*linge wie Blattlaus und Rote Spinne, die den schon durch Umwelteinflüsse geschwächten Bäumen noch zusätzlich zusetzen. Die Silberlinde zeigt sich *auch diesen Insekten* von *ihrer* unfreundlichen Seite. Keine Blattlaus oder Spinne vergreift sich an dieser Lindenart: Sie ist sozusagen immun gegen saugende Insekten.

Das Phänomen der Hummelvergiftung läßt sich biochemisch in etwa erklären. Der Nektar dieser Lindenart kann neben Glucose, Fructose und Saccharose *auch* Mannose *ent*halten. Mannose ist ein Zucker mit 5 C-Atomen anstelle des üblichen Fruchtzuckers mit 6 C-Atomen. In besonders trockenen Jahren kommt es gerade bei den Silberlinden zu dem nicht fertig entwickelten Zucker Fructose-6-phosphat, der die *normale* Bienennahrung darstellt. Mannose führt, besonders stark bei Hummeln, zu sofortigen Lähmungserscheinungen, die in vielen Fällen innerhalb weniger Stunden zum Tode führen.

Zwischen Hummelsterben und Standortresistenz der Silberlinde besteht ein offensichtlicher ökologischer *Zielkonflikt*, der abgewogen werden muß. Sicher wäre es falsch und auch nicht notwendig, Silberlinden in die freie Landschaft zu pflanzen. Hier würden die Hummeln und Bienen unnötig gefährdet. In der Landschaft sollte die heimische Winter- oder Sommerlinde gepflanzt werden, die für Insekten absolut unge*fährlich ist. In der Stadt* jedoch wird auf die Silberlinde nur ungern verzichtet. Das Hummelsterben muß in der ökologischen Abwägung hingenommen werden, zumal zur Zeit der Lindenblüte im Juli und August nur die Arbeiterinnen und die Männchen ausfliegen, die um diese Jahreszeit sowieso nur noch kurze Zeit zu leben haben.

Ähnliche Unverträglichkeiten für Bienen *und Hummeln gibt* es auch bei anderen Pflanzengattungen. So gibt es bienengiftige Bestandteile in Pollen der Hahnenfußgewächse und im Nektar vom Götterbaum, der aus China stammend überall in Europa wild wächst, von Kastanienarten und Rhododendronarten.



Hart im Nehmen und im Geben: Linden ertragen die widrigen Umwelteinflüsse in den Städten, schaden aber vielen Insekten FOTO: S. LÖNENBACH

Für 24 Stunden war Stille im Äther

Nachrichtenloser Tag in Großbritannien / Medien als „Sauerstoff für Terroristen" bezeichnet

REINER GATERMANN, London

Die britischen Fernseh- und Radiostationen fielen gestern als Nachrichtenvermittler aus. Weder das frühmorgendliche „Good Morning Britain" noch die „News att Noon" oder die „News Night" erschienen auf dem Bildschirm, lediglich der Hinweis, manchmal unterlegt mit Musik, daß *man „bedauert"*, wegen des Streiks keine Nachrichten senden zu können. Ähnlich sah es bei den zahlreichen Radiostationen aus, 24 Stunden Nachrichtenstille im Äther.

Die Journalisten wollten mit diesem Protest „den Rundfunk vor weiteren Programmeingriffen der Regierung schützen". Ausgelöst wurde der Streit, der die öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehgesellschaft BBC in ihre bisher schwerste Krise stürzte, am 28. Juli, als die „Sunday Times" groß auf der ersten Seite berichtete, daß BBC 1 am 7. August im Abendprogramm „Das wahre Leben" unter dem Titel „Am Rand der Union" eine Dokumentation über den Extremismus in Nordirland ausstrahlen werde. Die Polarisation werde dargestellt in den Personen Martin McGuiness und Gregory Campbell. Der eine mutmaßliche Stabschef der nordirischen Terroristenorganisation IRA, die für den Anschluß der briti*schen Provinz Ulster an die* Republik Irland und die „Befreiung der katholischen Minderheit" kämpft, und auf der anderen Seite Gregory Campbell, Anhänger der Protestantischen Demokratischen Union, an dessen Spitze der kompromißlose Pastor Ian Paisley steht.

In dem 45-Minuten-Film können beide ungehindert ihre Ansichten vertreten. McGuiness: „Wir glauben, dem irischen Volk kann nur mit Waffengewalt die Freiheit gebracht werden." Campbell: „Sie können entweder von der IRA ermordet werden oder sie ermorden. Und würden sich die Briten aus Nordirland zurückziehen, würde das „den schlimmsten Bürgerkrieg auslösen, den Irland je erlebt hat."

Als die Regierung von diesem Vorhaben erfuhr, verfaßte der für die BBC zuständige Innenminister Leon Brittan, ohne das Programm gesehen zu haben, einen Brief an den Aufsichtsratvorsitzenden Stuart Young, nachdem dieser schon aus dem Ministerium gewarnt worden war.

Der Innenminister hat aufgrund des Konzessionsvertrages zwischen dem Staat und der BBC das Recht, jedes Programm zu stoppen. Brittan weist in seinem Brief jedoch ausdrücklich darauf hin, daß er davon keinen Gebrauch machen will. Die Entscheidung, was mit dem Film geschehe solle, liege allein beim Aufsichtsrat. Gegen Ende des Schreibens heißt es jedoch: „Zur Diskussion steht nicht die totale Ausgewogenheit des Programms, auch nicht sein Einfluß auf vernünftige Menschen, ihre Abscheu gegenüber dem Terrorismus noch mehr zu steigern. Auch wenn das Programm insgesamt unvorteilhaft für die heutigen Terroristenorganisationen ist, würde ich Sie darum bitten, seine Ausstrahlung nicht zu genehmigen."

Leon Brittan stützt sich dabei auf eine wenige Wochen zuvor gemachte Äußerung seiner Regierungschefin Margaret Thatcher vor amerikanischen Juristen, wo sie die Medien als „Sauerstoff der Publizität" für die Terroristen bezeichnete, der abgedreht werden müsse. Dies war nach dem Flugzeugdrama in Beirut.

Nun entschloß sich der zwölfköpfige, von der Regierung auf fünf Jahre benannte Aufsichtsrat der BBC, sich den Film anzusehen. Erstmals seit 63 Jahren machte er diesen ungewöhnlichen Schritt, denn *normalerweise* ist für die tägliche journalistische Arbeit der von ihm ernannte Generaldirektor, gleichzeitig Chefredakteur, und sein Vorstand verantwortlich. Der stellvertretende Chefredakteur Alan Protheroe, sein Chef war in Urlaub, plädierte für die Sendung in Verbindung mit einem entsprechenden Vorwort und einer folgenden Diskussion über „Fernsehen und Terrorismus". Die Governors betrachteten den Film jedoch als unausgewogen gegenüber den Terroristen, „zu weich". Es sei zudem „unklug", ihn im derzeit gereizten Klima ins Programm zu nehmen. Später kam der Vorwurf hinzu, die Filmemacher hätten es unterlassen, die für den Umgang mit Terroristen notwendigen Genehmigungen ihrer Vorgesetzten einzuholen. Die Journalisten widersprechen dem.

KP Chinas schließt Parteifunktionäre aus

dpa/UPI, Peking

Mehrere hohe chinesische Parteifunktionäre sind aus der KP Chinas ausgeschlossen und ihrer Ämter enthoben worden, weil sie die kriminellen Aktivitäten ihrer Söhne nicht den zuständigen Stellen gemeldet haben, berichtet die Pekinger „Volkszeitung". *Insgesamt* 24 Söhne der gemaßregelten Funktionäre waren Mitglieder einer 60köpfigen Bande, die zwischen 1979 und 1984 in der nordchinesischen Stadt Beian 139 Vergewaltigungen verübten. Das zuständige Gericht der Provinz Heilongjiang hatte fünf Bandenmitglieder zum Tode verurteilt. Gegen vier weitere wurde die Todesstrafe mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verhängt. 27 Angeklagte erhielten Haftstrafen.

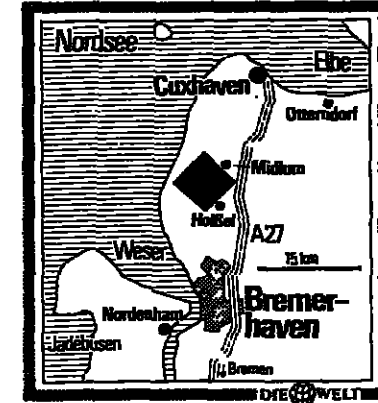
Bedeutendes Erzlager entdeckt

■ Fortsetzung von Seite 1

stellt, vergleichbar ist. Später stellte sich heraus, daß dieser zugeschüttete „Seifenerz-Strand" immer wieder in den Bohrungen auf einer Fläche von vielen Quadratkilometern auftauchte: *Diese überraschenden Dimensionen* ließen es möglich erscheinen, daß man nicht nur ein geologisches Phänomen, sondern eine wirtschaftlich nutzbare Lagerstätte gefunden hatte.

Bei 89 Bohrungen bis in 100 Meter Tiefe wurden Proben genommen und technische Aufbereitungsversuche durchgeführt, um festzustellen, wie man *die drei „Wertminerale"* trennen und konzentrieren könne. Das Vorkommen, das auf einer Gesamtfläche von 8 Quadratkilometern liegt, ist bis zu 15 Meter mächtig und enthält zwischen 10 und 13 Prozent „Schwerminerale". Etwa 6 bis 8 Prozent davon sind ausnutzbare, wertvolle Erze. Der Rest, vor allem Turmalin, Granat und sporadisch das Thorium-Erzmineral *Monazit*, dürften wohl nicht nutzbar sein.

Das Lager enthält etwa 110 Millionen Tonnen Roherz, davon 4,5 Millionen Tonnen Ilmenit, knapp eine Million Tonnen Zirkon und 0,5 Millionen Tonnen Rutil. Diese Zahlen geben eine erste Vorstellung der wirtschaftlichen Bedeutung der Lagerstätte: In der Bundesrepublik wurden im Jahr 1982 377 500 Tonnen Ilmenit, 26 500 Tonnen Rutil und 51 270 Tonnen Zirkon verbraucht, die vollständig importiert werden mußten.



Für einen Teil des Lagers bei *dem* Ort Midlum diskutiert man jetzt die Möglichkeiten zum Abbau. Das Schwermineral-Hauptlager befindet sich dort mehrere Meter unter dem Grundwasserspiegel. *Es kann nur im* Tagebau gewonnen werden, und zwar aus einem „wandernden Baggersee", der durch Naßbaggerung geöffnet und mit dem Fortschreiten des Abbaus *ständig* wieder rückwärts aufgefüllt wird, um die Geländeveränderungen und Umweltstörungen so gering wie möglich zu halten. Nach der Abtragung des Abraums durch Bagger *soll* das Schwerminerallager mit Tauchpumpen von Pontons aus abgetragen und per Rohrleitung als Suspension zur Aufbereitungsanlage gepumpt werden.

Das „Modellbergwerk" würde eine Jahresförderung von rund 16 000 Tonnen Rutil, 22 000 Tonnen Zirkon und 130 000 Tonnen Ilmenit haben. Die Aufbereitung des Roherzes erfolgt dann nach gängigen Verfahren und mit Anlagen, wie sie die westdeutsche Industrie auch für überseeische Seifenerzlagerstätten mit Ilmenit-Rutil-Zirkon-Förderung liefert.

Ein solches Bergwerk würde etwa 65 Mann beschäftigen und im Abbaubetrieb Investitionen von 1,5 Millionen Mark sowie jährliche Betriebskosten von 2,2 Millionen Mark erfordern. Die Investitionen in der Aufbereitungsanlage sind auf 30 Millionen Mark und die jährlichen Betriebskosten auf 15 Millionen Mark geschätzt.

Die derzeit gültigen Weltmarktpreise liegen für Rutil bei rund 900 Mark, für Zirkon bei 250 Mark und für Il*menit bei 60 Mark pro Tonne*. Der Aufwand für die Gewinnung von einer Tonne Roherz (von der Gewinnung bis zur Aufbereitung zum verkaufsfähigen Konzentrat) liegt bei 9,50 Mark. Der Ertrag aus dem Verkauf der Wertminerale würde damit etwa 14,50 Mark pro Tonne Roherz betragen. Diese bemerkenswert günstige Kalkulation der Rentabilität des Abbaus ist für eine Betriebszeit des Erzseifen-Bergwerks von 13 bis 14 Jahren gerechnet.

Propaganda soll Polen zur Wahl treiben

● Fortsetzung von Seite 1

„Propagieren patriotischer und sozialer Werte" auf dem Gebiet der Unterhaltung Optimismus und Hoffnung in der Bevölkerung verbreiten. Urban sagte, die Regierung wolle nicht mehr wie bisher die Lage Polens in einem falschen rosigen Licht darstellen. Statt dessen solle die Gesellschaft „mit bescheidenem und vernünftigem Optimismus in die Zukunft schauen".

In der polnischen Parteiführung möchte man verhindern, daß der in Polen *am meisten gehörte und folg*lich einflußreichste Rundfunksender in polnischer Sprache, der in München stationierte US-Sender „Radio Freies Europa", die Boykottaufrufe der „Solidarität" und der polnischen Opposition derart unter der Bevölke*rung popularisieren kann, daß* es zu einer psychologischen Niederlage Jaruzelskis kommt. Die Situation ist für die Warschauer Regierung vor allem deshalb kritisch, weil es keinerlei Anzeichen für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation in Polen gibt. Die neue Propaganda-Offensive der polnischen Regierung wird folglich von politischen Beobachtern als Versuch gewertet, sich am Zopf der eigenen Propaganda selber aus dem *Sumpf* zu ziehen.

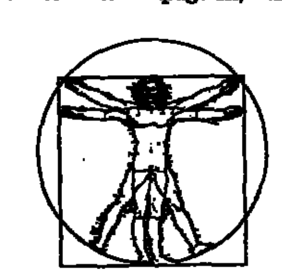
NOTIZEN

Tetanus in der 3. Welt

Genf (DW.) – In der Dritten Welt sterben jährlich 1 Million Neugeborene an Tetanus. Dies teilte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit. Um diese Infektionskrankheit, die nach Angaben der WHO von vielen Gesundheitsbehörden unterschätzt wird, in Griff zu bekommen, sei eine Impfung der *Mütter und eine stärkere Gesund*heitsüberwachung der neugeborenen Kinder notwendig.

Illegaler Tierhandel

Frankfurt (dpa) – Vor dem Kauf von Hyazinth-Aras, den bis zu einen Meter großen leuchtendblauen südamerikanischen Papageien, warnen



die Behörden. Importe dieser vom Aussterben bedrohten Tiere seien nach der Artenschutzgesetzgebung illegal, betonte ein Experte des *Bundesamtes für Ernährung und* Forstwirtschaft. Die Hyazinth-Aras werden neuerdings wieder verstärkt in die Bundesrepublik eingeführt. Tierhändler und Vogelliebhaber, die einen solchen Papagei erwerben, müssen mit hohen Bußgeldern und der Beschlagnahme der Tiere rechnen.

Weniger Studienbewerber

Dortmund (DW.) – Rund neun Prozent weniger Bewerber als im Vorjahr haben sich bei der Zentral*stelle für die Vergabe von Studien*plätzen (ZVS) für das Wintersemester 1985/86 beworben. Davon sind vor allem die Studiengänge Medizin (minus 14 %), Architektur (minus 16 %) Agrarwissenschaft (minus 18 %) und Jura (minus 25 %) betroffen. Wachsendes Interesse verzeichnen dagegen Biologie (plus 6 %) und Betriebswirtschaft (plus 9 %).

Leben an der Domwand

Bakterien verstärken Schäden an historischen Gebäuden

Von RICHARD SCHWALBE

Bakterien, die aus Luftschadstoffen Säuren bilden, ist der Hamburger Mikrobiologe Prof. *Eberhard Bock auf der Spur*. In einem kürzlich begonnenen Forschungsprojekt prüft er, ob die Kleinstlebewesen sich an Wänden von Gebäuden ansiedeln und dort Schäden verursachen. Die Untersuchungen sollen weitere Klarheit über *die Folgen von Umwelteinflüssen* bringen und helfen, geeignete Schutzmaßnahmen speziell für historisch bedeutende Bauten zu entwikkeln.

Genauer bekannt ist bisher vor allem die Wirkung von Schwefeldioxid *auf Stein. Dieser aus der* Verbrennung von Kohle und Öl stammende Schadstoff verändert die chemische Struktur besonders von porösen Baustoffen wie Sandstein. Es bildet sich Gips, der durch Regenwasser ausgeschwemmt werden kann. Die Steine *bröckeln und sanden – meist* noch im Zusammenspiel mit Frost – allmählich ab. Im fortgeschrittenen Stadium kann so die Standfestigkeit ganzer Bauwerke gefährdet sein.

Prominentestes Beispiel für die Wirkung von Luftschadstoffen in der Bundesrepublik ist der Kölner Dom. An ihm haben daher Bock und seine Mitarbeiter vom Institut für allgemeine Botanik der Universität Hamburg mit dem ersten Teil der Untersuchungen begonnen. *Ihr Ziel ist es* herauszufinden, ob Bakterien die bekannte Zerstörung noch weiter fördern. Spezielle Aufmerksamkeit ist dabei auf diejenigen Kleinstlebewesen gerichtet, die sich von Stickoxiden ernähren. Als Stoffwechselprodukt scheiden diese Bakterien Salpetersäure aus, die den Stein zersetzt.

Bereits in der ersten Phase der Untersuchungen gelang den Forschern eine Reihe erstaunlicher Entdeckungen. *Aus kleinen Mengen* abgeschabten Gesteinsmehls ließen sich im Labor die gesuchten Bakterien isolieren und auf Nährböden vermehren. Elektronenmikroskopische Aufnahmen zeigten, daß diese *Organismen* sich hervorragend vor den lebensfeindlichen Bedingungen auf den Steinen schützen können.

Sie bilden Kolonien, die in kleine Schleimkügelchen eingeschlossen sind. *Diese Kügelchen* können Wasser über längere Zeit speichern. Au*ßerdem verhindern sie das Eindrin*gen von Stoffen, die die Bakterien möglicherweise bedrohen. Damit können die Kolonien auch unter den „wüstenähnlichen" Bedingungen der Steinwände überleben.

Am erstaunlichsten ist nach Bocks Worten jedoch, daß sich auch Bakterien fanden, deren Zellform von der *Gestalt bisher bekannter Arten* abweicht. Normalerweise haben die Mikroorganismen ein stäbchenförmiges oder kugeliges Äußeres. Auf der Oberfläche des Kölner Doms existieren jedoch auch Kleinstlebewesen mit völlig ungleichmäßig gestaltetem Zellaufbau.

Bisher erkennbar ist auch, daß die Salpetersäure-Bildner, die in der Natur gewöhnlich mit einem Anteil von etwa einem Prozent unter den Mikroorganismen vertreten sind, am Kölner Dom wesentlich häufiger vorkommen. Dies deutet darauf hin, daß sie dort gute Lebensbedingungen *vorfinden und* sich dank eines ausreichenden Nährstoffangebots gut vermehren können.

In der nächsten Phase des Hamburger Forschungsprojekts sollen daher – nachdem noch von weiteren historischen Bauwerken Proben genommen wurden – die gefundenen Bakterien auf geeigneten Nährböden gezielt vermehrt werden. Anschließend ist es dann möglich, sie auf Prüfsteine aufzubringen. Werden diese Steine in einer Klimakammer stickoxidhaltiger Luft ausgesetzt, läßt sich herausfinden, in welcher Weise der Luftschadstoff von den Mikroorganismen verarbeitet wird. Genau erkennbar sind dann auch die ausgelösten Gesteinsveränderungen.

Daß Bakterien umfangreichen Schaden an eigentlich sehr dauerhaf*ten Materialien* verursachen können, hatte das Hamburger Institut schon zuvor nachgewiesen. In Betonrohren der Abwassernetze unter unseren Straßen zersetzen schwefelsäurebildende Bakterien die Wände. Nährstoff ist dabei Schwefel, der sich aus Schwefelwasserstoff bildet. Der wiederum stammt aus den Zersetzungsvorgängen, die im Abwasser stattfinden.

WELT DER WIRTSCHAFT

Stunde der Juristen

Ha. (Brüssel) – Wenn die Politiker nicht weiter wissen, schlägt meistens die Stunde der Juristen. In der EG streiten sie sich nun über die Frage, ob der Ministerrat gerichtlich zu belangen ist, weil er wegen des Bonner Vetos außerstande war, sich auf eine Senkung der Getreidepreise zu einigen.

Gestützt auf Artikel 175 des Römischen Vertrages hat die EG-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und den Rat – wie es diese Bestimmung vorsieht – formell zum Handeln aufgefordert. Dieser antwortete inzwischen. Von einer Pflichtvernachlässigung könne nach seiner Ansicht keine Rede sein. Erstens habe es auch in der Vergangenheit immer wieder Verzögerungen bei der Festsetzung der Agrarpreise gegeben; und außerdem habe er noch im Juli ausdrücklich den Willen bekräftigt, die Suche nach einen Kompromiß im Herbst fortzusetzen.

In Wahrheit herrscht zwischen den EG-Organen längst Übereinstimmung darüber, daß die von der Kommission im Verwaltungswege vorgenommenen Preissenkungen für das gesamte Getreidewirtschaftsjahr gelten sollen. Alles andere wäre auch weltfremd, denn Getreide wird nun einmal nicht das ganze Jahr über geerntet. Trotzdem ist es nicht Rechthaberei, wenn sich die EG-Exekutive auf eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof vorbereitet. Sie muß sich schon wegen der Einspruchsmöglichkeiten von Handel oder Verbänden gegen den Vorwurf absichern, mit der Preisentscheidung ihre vertraglichen Kompetenzen überschritten und mehr als die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Getreidemarktes im Sinn gehabt zu haben.

Geschmack

hg – „Es war schon immer etwas teurer", sagte der Verbraucher, ließ die Bratwurst links liegen und den Braten einpacken. Davon träumen Lebensmittelhändler und wundern sich, daß ihr Traum nicht in Erfüllung geht. Sie brauchen sich nicht zu wundern: Warum spielen sie den *billigen Jakob*, wenn sie doch wollen, daß König Kunde wieder auf den besonderen Geschmack kommt? Warum reden sie ihm ständig ein, daß hochwertige Qualität auch zum Niedrigstpreis zu haben sei? Ist sie wohl nicht, wie der Ärger mit dem Frostschutz-Wein beweist. Warum werden in vielen Supermärkten die Sortimente so bereinigt, daß nur noch Null-Acht-Fuffzehn-Artikel übrigbleiben? Hier ist der niedrigste Tagespreis einziger Maßstab für Leistungsfähigkeit, und es gibt sicher eine Menge Verbraucher, die das so gut finden. Es gibt aber auch viele, die gern manchmal Braten hätten. Und was finden sie in ihrem Supermarkt? Die olle Bratwurst. Diese Strategie könnte am Ende auch für den Handel etwas teurer werden.

STAHLSTREIT / Der EG-Ministerrat billigt den Kompromiß mit den USA

Im September gibt es neue schwierige Verhandlungen mit Washington

WILHELM HADLER, Brüssel

Der EG-Ministerrat hat den Kompromiß über die Begrenzung europäischer Stahlexporte in die USA gebilligt und damit die drohende Zuspitzung des Handelskonflikts mit Washington vorerst abwenden können. Schon im September allerdings wird es zu neuen schwierigen Verhandlungen kommen, da das im Herbst 1982 vereinbarte Massenstahlabkommen ausläuft; auch die neuen Vereinbarungen gelten nur bis zum Jahresende.

Das „Arrangement" bezieht sich auf 16 Stahlerzeugnisse, die 1982 keiner ausdrücklichen Mengenbeschränkung, sondern nur einer Konsultationsklausel unterworfen worden waren. Dazu gehören vor allem hochwertige Bleche und Stahldrähte, deren Handelswert 1984 zusammen rund 380 Mill. Dollar betrug.

Die EG hat sich auf amerikanisches Drängen hin bereit erklärt, für die restlichen fünf Monate dieses Jahres die Ausfuhr dieser Erzeugnisse auf 198 000 Shorttons (rund 177 000 metrische Tonnen) zu begrenzen. Aufs ganze Jahr berechnet darf sie jedoch mit voraussichtlich 712 000 Tonnen immer noch rund 12,7 Prozent mehr liefern als im vergangenen Jahr.

Die Industrieminister brauchten sieben Stunden, um sich auf die Verteilung der noch zulässigen Exportmengen auf die einzelnen Mitgliedsländer zu verständigen; dabei kam erschwerend hinzu, daß Bonn seine Zustimmung zum Abkommen über die „Konsultationsprodukte" von einer befriedigenden deutsche Quote für sogenannte Ölfeldrohre abhängig gemacht hatte.

Bei den Verhandlungen über Exportbeschränkungen für Röhren hatte sich die Gemeinschaft zu Beginn dieses Jahres nicht mit ihrer Forderung durchsetzen können, Erzeugnisse, die an die deutsche Hoesch-Tochter in Texas geliefert werden, von der Kontingentsregelung auszunehmen. Entsprechend mußten Exportopfer im Umfang von zusätzlich 80 000 Tonnen auf die EG-Partner verteilt werden.

Bonn hatte sich bereit erklärt, die Hälfte dieser Menge auf die deutsche Quote anrechnen zu lassen. Über die Restmenge war es jedoch noch zu keiner EG-internen Verständigung gekommen. Der Kompromiß verschaffte der deutschen Delegation unter Leitung von Staatssekretär Dieter von Würzen weitgehend Genugtuung. Nach langem Tauziehen erhielt Bonn außer den von den übrigen Mitgliedsländern bereits zugestandenen 20 000 Tonnen weitere Liefermöglichkeiten von 15 700 Tonnen.

Insgesamt hat sich die Gemeinschaft verpflichtet, nicht mehr als zehn Prozent des US-Marktes an diesen Röhren zu versorgen. Dies bedeutet für 1985 Exportmöglichkeiten von 257 700 Shorttons, von denen die Bundesrepublik nunmehr 112 870 Tonnen erhält. Die Aufteilung der Quoten für die Stahlerzeugnisse, für die bisher keine Mengenbegrenzung bestand, war ebenfalls schwierig. Hier fühlten sich besonders die Niederlande nach der vorgeschlagenen Regelung benachteiligt. Schließlich wurde Den Haag zugesagt, aus einer „Gemeinschaftsreserve" von einem Prozent gegebenenfalls zusätzliche Mengen zu erhalten. Von den zur Verfügung stehenden 198 000 Tonnen sollen entsprechend ihren traditionellen Lieferanteilen die Bundesrepublik rund 46 500, Frankreich 50 700, Belgien/Luxemburg 47 500, Großbritannien 24 000, Italien 10 700, Griechenland und die Niederlande je 8000 und Dänemark 500 Tonnen bekommen.

Das neue „Arrangement" soll zwar – wie die EG ausdrücklich vereinbart hat – die bevorstehenden Gespräche über die Erneuerung des Massenstahlabkommens nicht präjudizieren. Es gibt aber keinen Zweifel, daß Washington auf einer Einbeziehung der „Konsultationsprodukte" in ein System fester Mengenbeschränkungen beharren wird. Dabei dürften die jetzt vereinbarten Quoten Ausgangspunkt der Verhandlungen werden. Die Beschränkung gilt zwar nur für fünf Monate, basiert aber auf der Zusage der EG, als Bezugsgröße für die Exportminderung eine Kürzung der Vorjahresausfuhren um ein Viertel zu akzeptieren.

OFFENE IMMOBILIENFONDS

Gewerbliche Objekte für flexible Nutzung gefragt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Gewerblich genutzte Objekte – Bürobauten, Einzelhandelsflächen, Verwaltungs- und Dienstleistungsgebäude – bieten auch künftig ausreichend Anreize für Investitionen von Immobilienfonds. Dabei ist jedoch ein Wandel hinsichtlich Standort, Qualitäts- und flexibler Nutzungsanforderung deutlich sichtbar. Daher wird sich die künftige Anlagepolitik der neun offenen Immobilienfonds in der Bundesrepublik verstärkt an den Marktverhältnissen der Region oder des Standortes orientieren.

Wilhelm Rohrbach, Geschäftsführer der Deutsche Grundbesitz- und Investmentgesellschaft mbH (DGI), bezeichnete bei einem Immobilien-Colloquium Gebäude für gemischte Dienstleistungen als typische Fonds-Objekte der Zukunft, für die sich jetzt schon ein Markt abzeichne. Sie müßten sowohl Büroflächen als auch Flächen für Forschung und Entwicklung, für Kundenbetreuung und Ausstellungen sowie Lagerflächen zur Verfügung halten.

Im Bereich des Einzelhandels sei ein Wandel der Fonds-Objekte von Einkaufszentren auf der „grünen Wiese" oder Warenhäusern zum Einzelhandel in Innenstädten, in Nachbarschaftszentren oder mit gemischter flexibler Büronutzung eingetreten. Schließlich werde sich der Bedarf an Flächen für Büronutzung am Grad des möglichen Einsatzes elektronischer Datenverarbeitung orientieren. Das habe dazu geführt, daß sich in den letzten zehn Jahren die Hauptnutzungsfläche je Arbeitsplatz von 10 auf 18 qm und die Bruttogeschoßfläche je Mitarbeiter von 20 auf 34 qm erhöht hat.

Gegenüber den gewerblich genutzten Objekten, die fast 60 Prozent des Gesamt-Fondsvermögens von 8,1 Mrd. DM (30. 6. 1985) ausmachen, haben gemischt genutzte und reine Mietwohnobjekte (zusammen 0,8 Mrd. DM Fondsvermögen) zunehmend an Bedeutung verloren. Maßgebend dafür war nach den Worten Rohrbachs die dürftige Ertragskraft der Anlagen aufgrund des relativ geringen Mietniveaus.

Der lebhafte Mittelzufluß der letzten Monate hat die Fondsverwaltungen zu größeren Anlagekäufen angeregt. Für Gerhard Gathmann, Vorstandsmitglied der Deutsche Immobilien Fonds AG, sind heute vor allem Bauinvestitionen auf der Grundlage gedrückter Baupreise interessant. Bei fertigen Objekten sei allerdings kein Preisverfall in begehrten Spitzenlagen festzustellen.

In den letzten zweieinhalb Jahren sind den neun BVI-Immobilienfonds rund 2,8 Mrd. DM an Mitteln zugeflossen. Allein im ersten Halbjahr 1985 waren es 505 (468) Mill. DM.

Ausgeschüttet wurden allein 1984 rund 314 Mill. DM. Das entsprach Ausschüttungsrenditen zwischen vier und 5,5 Prozent. Der gesamte Anlageerfolg (Ertrag plus Wertsteigerung) lag im Zehnjahresbereich zwischen 59 und 103 Prozent.

Erdrückende Zinslast

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Amerikas gewaltiges Haushaltsdefizit, das im kommenden Finanzjahr nach neuen Kalkulationen des Investmenthauses Salomon Brothers trotz der Sparbeschlüsse des Kongresses nur von 210 auf 190 bis 200 Milliarden Dollar sinken wird, wirkt sich auf mannigfache Weise aus: partei-, innen-, außen-, währungs-, geld- und natürlich konjunkturpolitisch. In der Praxis sind zuerst immer die Finanzmärkte dem Gewittersturm ausgesetzt. Einen ersten Belastungstest hat der Kapitalmarkt in dieser Woche zu bestehen. Die Treasury muß 1,75 Milliarden Dollar borgen, um die Einnahmelücke zu füllen.

Für den Monat August ist das ein einsamer Rekord. Vor drei Jahren begnügte sich das US-Finanzministerium noch mit der Unterbringung von elf Milliarden Dollar in Notes und Bonds. Abgelöst wurden damit fällige Papiere im Wert von 4,2 Milliarden Dollar, während der Rest in der Kasse blieb. Diesmal werden für auslaufende Titel 12,3 Milliarden Dollar benötigt, und übrig bleiben 9,4 Milliarden Dollar an neuem Geld. Aber auch diese Summe hält nicht lange vor, da das Schatzamt am 15. August 12,7 Milliarden Dollar an Zinsen für 900 Milliarden Dollar ausstehende Schuldverschreibungen zu zahlen hat.

Dies ist das Kernproblem, auf das sich die Defizitexplosion im US-Haushalt reduzieren läßt: Washington ist dabei, von der Zinslast erdrückt zu werden. Im Finanzjahr 1984 zum Beispiel, als das Defizit mit 185,3 und die akkumulierte Verschuldung des amerikanischen Bundes mit 1600 Milliarden Dollar zu Buch schlugen, erforderte der Zinsendienst allein 153,8 Milliarden Dollar. Angesichts des neuen Defizitrekords und der auf 1800 Milliarden Dollar gestiegenen Schulden liegt er 1985 auch bei billigerem Geld erheblich höher. Nach der Sommerpause beginnt im Kongreß das Ringen um das neue Verschuldungslimit. Heraufgesetzt werden muß es auf sage und schreibe 2000 Milliarden Dollar.

Vor diesem Hintergrund wird der Zorn der Praktiker vor dem Versagen der Politiker am Potomac verständlich. Allgemein werden die Einsparungen – 55 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1986 – als wirklichkeitsfremde Traumzahlen gewertet, was inzwischen auch von einsichtigen Senatoren und Abgeordneten bestätigt worden ist. Nach einer groben Rechnung müßte der Anteil des Defizits am US-Bruttosozialprodukt von zur Zeit 5,6 Prozent auf zwei Prozent gedrückt werden, um den Anteil des Schuldendienstes am Gesamtbudget einzufrieren und noch negativere Auswirkungen zu vermeiden.

Statt dessen nimmt der Anteil weiter zu mit dem Ergebnis, daß ein immer größerer Prozentsatz der Ausgaben für unproduktive Zwecke verwendet wird, was das Wirtschaftswachstum zwangsläufig abbremst. Schäden von der Infrastruktur bis zur Verteidigung sind nicht auszuschließen. Darüber hinaus reicht die Finanzierung der Defizite weit in die Zukunft hinein: Im Durchschnitt beträgt die Laufzeit der Treasury-Papiere 56 Monate, bei Bonds können es bis zu 30 Jahre sein. Schon jetzt nimmt der Zinsdruck wieder zu; besonders scharf beobachtet wird in dieser Woche das Verhalten ausländischer Anleger, die bisher US-Schatztitel in großem Stil übernommen haben. Es ist ein Vertrauenstest.

Wie groß die Risiken der ungelösten Defizitprobleme sind, zeigt eine Zusammenstellung des Congressional Research Service. Danach ist der Anteil der öffentlichen Bundesschulden am US-Bruttosozialprodukt seit 1981, dem ersten Reagan-Jahr, von 28 auf 40 Prozent in die Höhe geschnellt. Auch wenn die US-Wirtschaft bis zum Ende dieser Dekade im Jahresschnitt real um 3,3 Prozent wachsen würde, steigt der Schuldenanteil bis 1990 auf 49 Prozent, während der Defizitanteil bei 5,1 Prozent verharrt. Der Zinsendienst nimmt von 3,4 auf 4,1 Prozent zu.

Dies ist der Idealfall, der kaum eintreten wird. Legt man die Konjunkturzyklen der Nachkriegszeit zugrunde, dann müßte der jetzt 33 Monate währende Aufschwung Ende 1986 in eine Rezession umkippen. Das heißt, die US-Wirtschaftspolitik kann in ein Dilemma geraten, weil die enormen Defizite keinerlei Freiraum für Steuersenkungen oder höhere Staatsausgaben bieten. In den USA ist nichts so dringend, wie eine tiefgreifende Korrektur des Haushalts.

AUF EIN WORT



„Die Selbständigkeit muß stärker als bisher als eine berufliche Alternative dargestellt werden. Wichtige Aufgabe der Unternehmer ist es daher, mehr junge Menschen für den Beruf des Unternehmers zu begeistern."

Dr. Alfred Voßschulte, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. FOTO: HORST BOHM

HWWA erwartet mäßiges Wachstum

dpa/VWD, Hamburg

Die meisten Industrieländer können nach Schätzungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr mit einem Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts von zwei bis drei Prozent rechnen. Der jüngsten Konjunkturanalyse des Instituts zufolge, dürfte gleichzeitig der Welthandel um jeweils knapp fünf Prozent pro Jahr zunehmen. Das HWWA stützt seine Prognose darauf, daß nach Auslaufen der seit etwa einem Jahr vor allem in den USA zu beobachtenden Konjunkturverlangsamung die „eigentlichen Wachstumskräfte" wieder Oberhand gewinnen. Vor allem dürfte die Investitionsneigung weiter zunehmen.

„DDR"-WIRTSCHAFT

In der „Wartephase" vor dem neuen Fünfjahresplan

PETER WEERTZ, Berlin

Gegenwärtig befinde sich die Wirtschaft der „DDR" vermutlich in einer „Wartephase" vor dem neuen Fünfjahresplan, der 1986 bis 1990 die ökonomische Entwicklung bestimmen soll, meint das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem Lagebericht zur Jahresmitte. An den Leitlinien – Wachstum durch Intensivierung – werde sich voraussichtlich wenig ändern.

Das Berliner Institut fragt sich allerdings, ob Ost-Berlin auch in Zukunft die restriktive Investitionspolitik beibehalten werde. Denn der auslaufende Fünfjahresplan 1981–85 war durch die Konzentration auf das Vorhandene geprägt: Nutzung heimischer Ressourcen, Modernisierung bestehender Produktionsanlagen. Dies habe freilich, so das Institut, zu einer größeren Belastung der Umwelt und einem geringeren wirtschaftlichen Wirkungsgrad geführt.

Technischer Fortschritt lasse sich nur begrenzt durch die Rekonstruktion alter Anlagen umsetzen, warnt das Institut. Eine langfristige Wachstumsstrategie, die neue Technologie einschließe, erfordere ebenso wie die notwendige Berücksichtigung von Umweltaspekten eine expansive Investitionspolitik. Nach Angaben des Instituts ist die Investitionstätigkeit seit 1980 ständig zurückgegangen. Schon zu Jahresbeginn hatte das Institut registriert: bessere Versorgung, aber Investitionsrückgang.

Im ersten Halbjahr sind das produzierte Nationaleinkommen um 4,1 (Vorjahr 5,5), die industrielle Warenproduktion um 4,4 (4,3), der Einzelhandelsumsatz um vier (4) und der Außenhandel um fünf (5) Prozent gewachsen.

ENTWICKLUNGSHILFE

Volkmar Köhler kritisiert Brüsseler Vergabe-Praxis

HEINZ STÜWE, Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Volkmar Köhler, hat die Praxis der EG-Entwicklungshilfe scharf kritisiert. Von den Delegierten in den Empfängerländern, die die Projekte nach dem Lomé-Abkommen betreuen, kämen immer wieder „bittere Klagen über den bürokratischen Aufwand bei jedem Beschaffungsvorgang und unzureichende Entscheidungskompetenzen".

In den umständlichen Entscheidungsabläufen und der Unterbesetzung der technischen Dienste vor Ort sieht der CDU-Politiker den Grund dafür, daß von den Mitteln des 5. Europäischen Entwicklungsfonds für das ausgelaufene Lomé-II-Abkommen (4,6 Mrd. Ecu) erst 67,5 Prozent abgerufen und erst 32,5 Prozent ausgezahlt seien. „Angesichts der Notlage in Afrika ist das auf die Dauer nicht erträglich. Wir erwarten Antworten aus Brüssel", sagte Köhler vor Journalisten.

Dem im Dezember letzten Jahres unterzeichneten dritten Lomé-Vertrag mit 66 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP), der gestern auf der Tagesordnung des Bundeskabinetts stand, gab der Unionspolitiker gute Noten. Das Abkommen muß noch vom Bundestag ratifiziert werden.

Gegenüber Lomé-II wird für den Zeitraum 1985 bis 1990 die Finanzhilfe von 12,4 auf 19 Mrd. DM aufgestockt. Da sich spätestens in drei Jahren die Frage stelle, wie Lomé-IV aussehen solle, regte Köhler an, rechtzeitig über eine Erweiterung des Mitgliederkreises nachzudenken. Lomé dürfe keine „Sonderverpflichtung gegenüber ehemaligen Kolonien" sein.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Zahlungen an die DDR
aus dem Bundeshaushalt
in Millionen DM (gerundet)

Jahr	Mill. DM
1981	1.048
1982	981
1983	847
1984	785

1984	Mill. DM
Transit*	525
Post*	215
Straßenbau	60
Straßenbenutzung*	50
Wasserstraßen	36
Einreisegenehmigungen	12
Visagebühren	6
Rückerstattung Schienenverkehr	-121

* Pauschal

DEUTSCHE MARK 1980

imu 85 07 09

Die „DDR" kassiert ab. Insgesamt 785 Millionen Mark erhielt Ost-Berlin im letzten Jahr aus dem Bundeshaushalt. Die „DDR" benötigt das Geld dringend zur Finanzierung der Importe, da die Deutsche Mark im Gegensatz zur Ost-Mark auf dem Weltmarkt ein begehrtes Zahlungsmittel ist. QUELLE: IMU

Flotter Pkw-Markt

München (sz.) – Mit einer Produktion von 4,21 Mill. Pkw in der Bundesrepublik wird 1985 nach Schätzungen des Münchner Ifo-Instituts das bisherige Rekordergebnis von 1979 um sieben Prozent übertroffen werden. Sowohl die Auslands- als auch die Inlandsnachfrage hätten sich im ersten Halbjahr günstiger als erwartet entwickelt. Schubartig scheine sich der Nachfragestau seit der Beseitigung der Unklarheiten in Zusammenhang mit der Katalysatordiskussion aufzulösen. Es könne damit gerechnet werden, daß 1985 voraussichtlich 2,44 Mill. Pkw in der Bundesrepublik neu zugelassen werden – zwei Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Für 1986 rechnen die Konjunkturforscher gar mit 2,7 Mill. Neuzulassungen und einem Produktionsplus von vier bis fünf Prozent auf etwa 4,4 Mill. Fahrzeuge.

EG-Beitrag steigt

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, der eine Aufstockung der Mittel für die Europäische Gemeinschaft von bisher 1,0 Prozent auf 1,4 Prozent des Mehrwertsteueraufkommens vorsieht. Der Gesetzentwurf setzt eine Vereinbarung des EG-Rates vom 7. Mai 1985 in nationales Recht um. Die daraus resultierenden zusätzlichen Zahlungen des Bundes an die EG schätzt das Bundesfinanzministeriums 1986 auf vier Milliarden DM, 1987 auf 4,3 Milliarden DM, 1988 auf 4,5 Milliarden DM und 1989 auf 4,7 Milliarden DM. Die Gesamtabführung des Bundes erreicht damit 21, 22, 23 und 24 Milliarden DM in den genannten Haushaltjahren.

Kündigungsschutz-Urteil

Kassel (VWD) – Arbeitgeber müssen nach dem Urteil des Bundesarbeitsgerichts vor jeder geplanten Entlassung eines Arbeitnehmers prüfen, ob er gegebenenfalls auf einem geringer bezahlten Arbeitsplatz weiterbeschäftigt werden kann. Unterläßt dies der Arbeitgeber, so ist die ausgesprochene Kündigung sozial ungerechtfertigt (Az.: 2 AZR 62/83).

Belgien intervenierte

Brüssel (VWD) – Zur Stützung des bfr hat die Banque Nationale de Belgique in der Woche zum 5. August Dollar und D-Mark im Gegenwert von rund 14,3 Mrd. bfr verkauft. Wie ein Zentralbank-Sprecher weiter mitteilte, verringerten sich durch die Interventionen die Devisenreserven des Landes um 12,2 Mrd. auf 29,3 Mrd. bfr.

Marktsignale gefordert

Berlin (Wz.) – Den Weg der EG-Agrarpolitik aus der Krise bezeichnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) als mühsam. Unverändert seien die Überschüsse das zentrale Problem. Trotz hoher Subventionen und Marktordnungen habe die EG-Agrarpolitik ihr Hauptziel, die Absicherung der Einkommen vieler kleiner und mittlerer Betriebe, nicht erreicht. Das Berliner Institut empfiehlt daher: weniger Dirigismus und mehr Marktsignale zum Strukturwandel; außerdem die finanzielle Förderung der Abwanderung aus der Landwirtschaft als Komponente einer aktiven Agrarpolitik.

200-Millionen-Anleihe

Bonn (DW.) – Die Europäische Investitionsbank begibt über ihr deutsches Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank eine Anleihe über 200 Mill. DM. Die Anleihe ist mit einem Jahreskupon von 6¾ Prozent und einer Laufzeit von 12 Jahren ausgestattet. Der Verkaufskurs wurde auf 99 Prozent festgesetzt.

Mehr HBV-Mitglieder

Düsseldorf (AP) – Im Gegensatz zu den meisten anderen DGB-Gewerkschaften registriert die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) weiterhin wachsende Mitgliederzahlen. Wie die HBV in Düsseldorf mitteilte, konnte die Zahl der Mitglieder bis Ende Juli auf fast 367 000 erhöht werden. Allein im ersten Halbjahr 1985 seien 22 000 Neueintritte verbucht worden. Die Gewerkschaft habe damit die höchste Mitgliederzahl seit ihrer Gründung erreicht.

Abkommen mit China

Bonn (dpa/VWD) – Das Bundeskabinett hat gestern den Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 10. Juni zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China zur Vermeidung der Doppelbesteuerung beschlossen. Mit dem Abkommen sollen steuerliche Hindernisse beim grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr abgebaut werden.

US-HANDELSPOLITIK

Reagan-Kabinett empfiehlt Importquoten für Schuhe

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA drohen höhere Handelsschranken, nachdem das Kabinett mengenmäßige Importbeschränkungen für Schuhe empfohlen hat. Für die Maßnahme hatte sich die International Trade Commission (ITC) in Washington ausgesprochen, die erhebliche Schäden in der amerikanischen Schuhindustrie durch ausländische Dumpingpraktiken feststellte. Ihr folgte der wirtschaftspolitische Rat der Reagan-Administration unter Leitung von Finanzminister James Baker. Nach dem Gesetz hat der Präsident bis zum 1. September Zeit. Möglich ist jedoch eine Entscheidung noch in dieser Woche, da er Sonntag seinen Urlaub in Kalifornien antritt und erst am 2. September zurückkehrt.

Offen ist, wie die Quoten im einzelnen aussehen und welche Länder betroffen sind. Die Restriktionen richten sich hauptsächlich gegen Taiwan, Südkorea und Brasilien; in die Mühle geraten können aber auch italienische und spanische Hersteller. Schon Mitte Juni hat die EG Gegenmaßnahmen angedroht. Nach der ITC-Empfehlung soll die Einfuhr von Lederschuhen zwei Jahre lang auf jährlich 474 Mill. Paar beschränkt werden. In den folgenden drei Jahren wird sie dann stufenweise auf 564 Mill. Paar aufgestockt. Ausgenommen sind Sport- und Billigschuhe.

Im vergangenen Jahr importierten die USA 726 Mill. Paar Schuhe im Wert von 4,7 Mrd. Dollar. 1985 werden es 25 Prozent mehr sein. Zurückgreifen kann Präsident Reagan auf die Schutzklausel im Artikel 201 des US-Außenhandelsgesetzes. Seit 1968 mußten rund 500 – 1984 allein 95 – Betriebe in den USA schließen.

AUSLANDSFERTIGUNG / IW warnt vor Investitionen in den Billiglohnländern

Ära niedriger Arbeitskosten vorbei?

PETER JENTSCH, Bonn

Vor einer weiteren Verlagerung arbeitsintensiver Fertigung in Entwicklungs- und Schwellenländer, insbesondere aber in den ostasiatischen Raum, warnt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie über Arbeitskosten und Arbeitsbedingungen in acht fernöstlichen Entwicklungsländern. Das IW kommt zu dem Ergebnis, daß zumindest in den fünf wirtschaftlich am weitesten entwickelten Ländern – Hongkong, Südkorea, Taiwan, Singapur und Malaysia – die Ära arbeitsintensiver Produktionen auf der Basis niedriger Arbeitskosten zu Ende geht.

Eben das war aber bisher das Hauptmotiv für deutsche Unternehmer, ihre Produktion in die Niedriglohnländer auszulagern. Zwar liegen auch heute noch die Arbeitskosten der asiatischen Schwellenländer weit unter denen der Bundesrepublik. So steht etwa Singapur mit umgerechnet 5,64 Mark je Stunde an der Spitze der fernöstlichen Lohnskala. Und das ist nur ein Fünftel des deutschen Arbeitskosten-Niveaus, das 1983 bei 27,42 Mark lag. In Indonesien, Thailand und den Philippinen schwanken die Arbeitskosten zwischen 0,72 und 1,21 Mark je Stunde. Diese niedrigen Kosten und die Konzentration auf in den Industrieländern gefragte Massenprodukte verschaffen diesen Ländern einen Wettbewerbsvorteil, den sie konsequent nutzen, und animieren auch deutsche Unternehmer, dort produzieren zu lassen.

Hinzu kommt, daß auch die schlechten Arbeitsbedingungen in diesen Ländern ihre Konkurrenzfähigkeit erhöhen. Zwar bestehen in allen acht untersuchten Staaten Arbeitsgesetze. Doch in den in diesen Ländern vorherrschenden Kleinbetrieben werden die Arbeitnehmer oft unter Mindestlohn beschäftigt, von der Beachtung der Arbeitsschutzbestimmungen ganz zu schweigen.

Freilich neigt sich dieser Zustand dem Ende zu. Nach Darstellung des IW geht mit der Abkehr von der arbeitsintensiven Produktion und einer starken Hinwendung zu neuen kapitalintensiven Techniken neben einem größeren Bedarf an Fachkräften auch ein Anstieg der Löhne einher. Gleichzeitig bauen diese Staaten ein Sozialversicherungssystem auf, dessen Finanzierung die Personalzusatzkosten und damit die Arbeitskosten weiter steigen läßt. Damit verlieren diese Länder ihren bisher wichtigsten Wettbewerbsvorteil.

Als Motive für Investitionen in diesen Ländern nennt das IW unter diesen Bedingungen heute die Überwindung von Handelshemmnissen, die Erschließung neuer Märkte und Rohstoffbasen sowie den Ausbau bestehender Marktanteile.

LLOYD'S

517 Mitglieder zahlungsunfähig

WILHELM FURLER, London

Eine derart große Lücke in der Zahlungsfähigkeit von Mitgliedern der Londoner Versicherungsbörse Lloyd's hat es in der langen Geschichte des Londoner Versicherungsmarktes noch nicht gegeben. Immerhin 517 Lloyd's-Mitglieder, so viele wie nie zuvor, waren bei der letzten, jährlich durchgeführten Erhebung nicht in der Lage, die erforderliche Zahlungsfähigkeit nachzuweisen. Die Lücke, die zwischen den Versicherungsansprüchen an die einzelnen Syndikate bei Lloyd's und dem verfügbaren Vermögen der Syndikat-Mitglieder klafft, liegt bei 65,5 Mill. Pfund (250 Mill. DM).

Hinter diesem ernüchternden Befund steckt in erster Linie die finanzielle Katastrophe, die 1525 Mitglieder der Versicherungsbörse Lloyd's, die als „Namen" ihr Vermögen oder einen Teil davon dem bei Lloyd's zugelassenen Versicherungsbroker Minet Holding anvertraut haben, ereilt hat. Sie sehen sich plötzlich Verlusten von mindestens 130 Mill. Pfund und damit in nicht wenigen Fällen dem finanziellen Ruin gegenüber.

Diese mehr als 1500 „schlafenden Namen" (weil nicht aktive Mitglieder von Lloyd's), darunter so erlauchte wie die Herzogin von Kent oder die von Marlborough, gehören Versicherungssyndikaten an, die von der Lloyd's-Agentur Richard Beckett Underwriting Agencies verwaltet werden. Diese wiederum ist Teil der Broker-Gruppe Minet Holdings.

Für die gewaltigen Verlustsummen werden in erster Linie „Regenschirm-Abschlüsse" verantwortlich gemacht: So wurden den von Richard Beckett angeführten Lloyd's-Syndikaten entgegen den Richtlinien der Versicherungsbörse möglichst hohe Provisionen aus möglichst vielen Policen im Bereich der amerikanischen *Produkt-, Umwelt- und Gesundheitshaftung* in Aussicht gestellt. Doch extrem hohe Versicherungsansprüche insbesondere aus Asbest-Schadensfällen und aus der Bhopal-Katastrophe *führten zu dem* Debakel.

Die Lloyd's-Geschäftsführung hat inzwischen den 517 „Namen" mitgeteilt, daß sie in der nächsten 28 Tage zu belegen haben, ob sie den Forderungen *nachkommen können*. Anderenfalls werden sie von der weiteren Lloyd's-Mitgliedschaft ausgeschlossen. Das Defizit würde zunächst vom Lloyd's Central Fund getragen.

AFRIKA / Der Kontinent ist von der Schuldenkrise weit härter getroffen als jede andere Region der Welt

Das Opfer hoher Zinsen und des teuren Dollar

dpa/VWD, Nairobi

Noch vor einigen Jahren wurde die Verschuldung Afrikas als „Bagatelle" angesehen im Hinblick auf die Rekordschulden Lateinamerikas. Heute kann es niemanden mehr beruhigen, daß die 170 Mrd. US-Dollar (476 Mrd. DM) afrikanischer Auslandsschulden nur etwa die Hälfte der lateinamerikanischen Verbindlichkeiten ausmachen (360 Mrd. Dollar).

In Wahrheit ist Afrika von der Schuldenkrise weit härter getroffen als jede andere Region der Welt: Nach Angaben der Organisation Afrikanischer Einheit (OAU) beliefen sich bereits 1982 die Gesamtschulden auf 51 Prozent des afrikanischen Nationalprodukts, 1983 waren es 59 Prozent – und die Tendenz ist steigend.

Vor drei Jahren schon mußten die 50 unabhängigen Staaten laut OAU 20 Prozent ihrer Exporteinnahmen für den Schuldendienst ausgeben; 1983 waren es über 27 Prozent. Experten sprechen gar von durchschnittlichen Raten um die 50 Prozent bei den afrikanischen *Ländern*. Nirgends wachsen die Schulden schneller: allein in den vergangenen zwölf Monaten um rund 20 Mrd. Dollar.

Die afrikanischen Schuldner zählen zu den Ärmsten der Armen. Allein etwa 90 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten haben die Länder südlich der Sahara angesammelt – Staaten mit jährlichen Pro-Kopf-Einkommen unter 400 Dollar.

Das Dilemma: Ausgerechnet zur Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit haben die Regierungen weniger Geld zur Verfügung denn je. Nach Angaben der Weltbank wird der Schuldendienst bis 1987 auf 24 Mrd. Dollar steigen und sich damit gegenüber 1982 fast vervierfachen. Der jährliche Netto-Kapitalzufluß wird in dieser Zeit um mehr als die Hälfte auf 15 Mrd. Dollar zurückgehen.

Trotz des Eingeständnisses eigener Fehler sehen afrikanische Politiker die Industrieländer und Gläubiger als Mitschuldige, wenn nicht Hauptschuldige der Krise. Afrika sei das Opfer hoher Zinsen und des hohen Dollarkurses geworden. *1971*, so Tansanias Präsident Julius Nyerere, habe der Durchschnittszinssatz für afrikanische Länder bei 4,2 Prozent gelegen, zehn Jahre später bei 10,1 Prozent. Laut OAU fiel der Anteil zinsgünstiger „weicher" Kredite für Schwarzafrika von 1972 bis 1983 von 63 auf 47 Prozent. Der Anteil kommerzieller „harter" Anleihen sei von 14 auf 36 Prozent gestiegen.

Der Verfall der Preise für Rohstoffexporte bei gleichzeitigem Ansteigen der Industrieimporte sei die weitere Ursache. Ungeachtet kurzfristiger Aufwärtsbewegungen hätten die durchschnittlichen Rohstoffpreise 1982 den niedrigsten Stand seit 40 Jahren erreicht, klagt die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA). Nyerere, einer der schärfsten Kritiker der Weltwirtschaftsordnung, errechnete, das bettelarme Tansania habe 1984 etwa für den Kauf eines Traktors mehr als die doppelte Menge Baumwolle exportieren müssen als zehn Jahre zuvor.

„*Afrika darf* seine Kinder nicht hungern lassen, nur um seine Schulden zu bezahlen" – der dramatische Appell Nyereres bei der jüngsten OAU-Gipfelkonferenz scheint überspitzt. Doch Experten weisen auf den Zwang afrikanischer Länder hin, trotz Nahrungsmittelknappheit und Hunger im eigenen Land vor allem den Anbau von Exportprodukten voranzutreiben – nicht zuletzt, um die Schulden bezahlen zu können.

Von der Krise sind alle betroffen – am stärksten gerade jene afrikanischen Länder, die früher als die Reichen galten. Nigeria nahm während des kurzen Ölbooms über 20 Mrd. Dollar auf, Sudan allein wegen der Aussicht auf Ölreichtum elf Milliarden Dollar. Das Kupferland Zaire steht mit 5,5 Mrd. Dollar in der Kreide, Sambia mit 4,4 Mrd. Aber auch das arme Somalia hat 1,6 Mrd. Dollar Schulden, Ghana 1,7 Mrd. und das Wüstenland Mauretanien 1,9 Mrd.

In fast allen Ländern behindert die Schuldenlast die Ansätze einer Industrialisierung. Devisenknappheit, verschärft durch den Zwang zum Schuldenabbau, führt dazu, daß industrielle Rohstoffe und Ersatzteile nicht mehr importiert werden können. Laut OAU arbeiten die meisten Industrien *daher* mit einer *Auslastung* unter 50 Prozent. Viele Anlagen mußten geschlossen werden.

RANDSTAD / „DGB diskriminiert 200 000 Arbeitnehmer"

Boom mit der Zeit-Arbeit

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Leider gebe es in der Bundesrepublik nur wenige Mittel für die von Arbeitgebern wie Arbeitnehmern gleichermaßen gewünschte Flexibilisierung der Arbeitszeit. Das gewerbliche Angebot von Zeit-Arbeit aber, lange Zeit verteufelt und derzeit von etwa 800 Unternehmen ernsthaft betrieben, gehöre nun mit herausragendem Erfolg dazu.

Werner Then, Geschäftsführer der Frankfurter Randstad GmbH, belegt das für die deutsche Tochter des holländischen Randstad-Konzerns (1984er Umsatzplus von 60 Prozent auf 719 Mill. hfl oder 645 Mill. DM) mit extrem schönen Zahlen des hiesigen Geschäfts: In 1984 ein Umsatzplus von 35 Prozent auf 53 Mill. DM und nach bisherigem Verlauf von 1985 die solide Aussicht auf sogar 50 Prozent Umsatzplus.

Ein Boom, den ähnlich („wohl etwas schwächer als bei uns") alle deutschen Zeit-Arbeitsfirmen jetzt erleben. Beim deutschen Randstad-Teil führte er dazu, daß man mit Rekrutierung entsprechender (auf keinen vollen Jahresjob erpichter) Arbeitskräfte derzeit bereits 2400 „überbetriebliche Arbeitsplätze" bietet – 900 mehr als vor Jahresfrist und demnächst noch bis zu 500 weitere neue Plätze.

Längst sei das Geschäft über seine vor einem Vierteljahrhundert typischen Anfänge (etwa: Hausfrauen-Reaktivierung für zeitweise Büroarbeit) hinausgewachsen. Randstad/Deutschland z. B. biete nun eher mehr gewerbliche als kaufmännische Kräfte bis hinauf zum Diplom-Ingenieur.

Then hebt den Boom ins Allgemeine: Schon etwa 60 000 Dauerarbeitsplätze würden heute in der Bundesrepublik mit bis zu 200 000 Menschen variabel besetzt, was sich in den nächsten Jahren in der Dauerarbeitsplatzzahl verdoppeln bis verdreifachen könnte. Um so ärgerlicher ist für ihn, daß zwar die Arbeitsämter längst ihre Vorbehalte gegen Zeitarbeit-Firmen aufgegeben haben, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aber, anders als fürs kaufmännische Personal die DAG (schon seit 1970), keinen Tarifvertrag für Zeit-Personal sehen möchte.

Die da beim DGB bestehende ideologische Barriere geißelt Then mit drastischen Worten: Es sei „erschütternd", wie hier die Gewerkschaftsspitze eine jetzt schon 200 000 Personen zählende Arbeitnehmerschar ohne stichhaltigen Grund ohne tarifvertraglichen Schutz lasse. Denn nicht jede Zeitarbeit-Firma fülle dieses Vakuum mit gleichwertiger Betriebsvereinbarung.

ALFA ROMEO / Kapitalschnitt beim staatlichen italienischen Automobilhersteller

Probleme mit neuem Partner zu lösen?

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Auf der einberufenen Hauptversammlung des staatlichen italienischen Automobilunternehmens Alfa Romeo am 26. August in Mailand werden die Aktionäre, die Staatsholding Iri und ihre Bereichsholding Finmeccanica die Herabsetzung des Kapitals *von 600 auf 393,7 Mrd. Lire und* dessen Wiederauffüllung auf 600,2 Mrd. Lire beschließen. Die Operation ist nach dem italienischen Aktienrecht notwendig geworden, nachdem die *aufgelaufenen Verluste mehr als ein* Drittel des Kapitals aufgezehrt haben. In italienischen Branchenkreisen wird damit gerechnet, daß dies nicht die letzte Operation dieser Art bleiben wird. Beobachter glauben nicht, daß es Alfa Romeo gelingt, den Break Even Point so zu senken, daß schon in zwei bis drei Jahren der Bilanzausgleich erreicht werden kann.

Einer Ankündigung von Alfa-Romeo-Präsident Ettore Massacesi gegenüber Gewerkschaftsvertretern zufolge wird das Unternehmen in diesem Jahr mit einem „wesentlich höheren Verlust" abschließen als in 1984 mit 100 Mrd. Lire (158 Mill. DM). Gleichzeitig wird der Ausstoß voraussichtlich um *50 000 Stück unter dem* Produktionsziel von 220 000 Fahrzeugen liegen. Entgegen den ursprünglichen Plänen gelang es weder in den unteren Mittelklassebereichen noch in der oberen Hubraumklasse neue Marktsegmente hinzuzugewinnen. Als Fehlschlag erwies sich auch das seit Anfang der achtziger Jahre mit der japanischen Nissan zusammen bei Neapel gebaute Mittelklassemodell Arna, dessen Verkauf bisher nur etwa ein Drittel der ins Auge gefaßten Stückzahlen erreicht hat.

Um international auf Dauer bestehen *zu können, bleibt nach Ansicht* von Beobachtern für Alfa Romeo nur noch die Anlehnung an einen Partner. Nach einer Erklärung von Alfa-Romeo-Präsident Ettore Massacesi *kann* „nur eine Teilprivatisierung die Zukunft des Unternehmens sichern" und die Voraussetzungen schaffen, um „ohne Minderwertigkeitskomplexe die Konkurrenz mit besser organisierten und effizienteren Wettbewerbern" aufzunehmen. Einer Teilprivatisierung zugestimmt hat jetzt auch der *wirtschaftspolitische* Sprecher der Sozialistischen Partei Italiens, der dabei darauf hinwies, daß dies wahrscheinlich der Preis sei, der für eine stärkere Präsenz von Alfa Romeo auf den internationalen Märkten gezahlt werden müsse.

Branchenbeobachter bezweifeln allerdings, daß das Unternehmen in Westeuropa einen Partner findet. *Durch die in den vergangenen Jahren* erfolgte Ausdehnung der Produktion auf Klein- und Mittelklassewagen ist das Qualitätsimage der Marke stark verblaßt. Größere Chancen räumen *Beobachter einer engeren Bindung* mit dem japanischen Nissan-Konzern ein. Etwas Luft schaffen könnte auch eine Kooperation mit General Motors. Mit diesem US-Konzern führt Alfa Romeo Gespräche über den *gemeinsamen* Verkauf von jährlich 20 000 bis 30 000 Automobilen auf dem US-Markt und die gemeinsame Entwicklung eines Antriebsaggregats.

Isar-Amper hält Strompreise stabil

sz. München

Der hohe Kernenergieanteil (rund 64 Prozent) an der Stromerzeugung der Isar-Amperwerke AG, München, wird es ermöglichen, wie es in einem Zwischenbericht der Gesellschaft heißt, die Strompreise aus heutiger Sicht bis in das Jahr *1986* hinein konstant zu halten. Auf die Kernenergie führt es der Vorstand auch zurück, daß im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) wieder ein „befriedigendes" Ergebnis erzielt worden *ist, das* eine „angemessenen Dividende und eine Dotierung der Rücklagen nicht unter Vorjahreshöhe" ermögliche. Für 1983/84 waren in die Rücklagen 14,5 Mill. DM geflossen und 7,50 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden.

Die nutzbare Stromabgabe der Isar-Amperwerke stieg 1984/85 um 4,2 (6,4) Prozent auf etwa 7,6 Mrd. kWh. Der Umsatz verbesserte sich dabei um rund 4,3 Prozent auf 1,46 Mrd. DM. Eine Rekordhöhe von rund 710 Mill. DM erreichte das Investitionsvolumen, von dem annähernd 550 Mill. *DM* auf den Bau neuer Kraftwerke entfielen.

ZAHNÄRZTE / Änderung bei Kosten für Zahnersatz

Abrechnung wird klarer

Stü. Bonn

Zahnärzte müssen von 1986 an die Material- und Laborkosten für Zahnersatz und Kieferorthopädie getrennt nach den in eigenen Praxislabors und in gewerblichen Labors erbrachten Leistungen ausweisen. Das hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem Schreiben an die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM) in Bonn angekündigt. Die AWM hatte die Bundesregierung zu diesem Schritt aufgefordert, um mehr Kostentransparenz herzustellen.

Der 1981 neugefaßte Kontenrahmen für die Abrechnung mit den Krankenkassen verpflichtet die Zahnärzte bereits, die Material- und Laborkosten aufzugliedern. Die Vorschrift wurde jedoch durch eine nicht befristete Übergangsregelung zu einer Kann-Bestimmung abgeschwächt und konnte so leicht umgangen werden.

Zwei Drittel der Material- und Laborkosten sind, wie aus dem Brief des Ministers hervorgeht, im Jahr 1984 von den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen getrennt nach Praxislabors und gewerblichen Labors ausgewiesen worden, etwa ein Drittel wurde aber noch ohne Aufteilung abgerechnet. Diese Möglichkeit will Minister Blüm jetzt streichen.

Die AWM, die einige gewerbliche Zahntechnik-Labors vertritt, sieht darin einen wichtigen Schritt, um die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. „Kostendämpfung setzt Kostenkenntnis voraus", heißt es in einer Stellungnahme. Nur wer genau wisse, wo die Kosten anfallen, könne den Hebel zur Kostendämpfung wirksam ansetzen.

MK-Fonds: Gute Wertentwicklung

sz. München

Von der insgesamt guten Börsen*entwicklung im ersten Halbjahr 1985* konnten die Fonds der MK Münchner Kapitalanlage AG, München, voll profitieren. Dies gilt insbesondere für den in deutschen Aktien anlegenden Alfakapital, der einen Wertzuwachs von 24,4 Prozent verzeichnen konnte. Auf plus 11,7 bzw. 11,4 Prozent kamen die beiden internationalen Aktienfonds Analytik und Investors. Wegen der wechselnden Tendenzen am deutschen Rentenmarkt erreichten die in DM-Titeln investierenden Rentak und Rentex dagegen mit *3,9* sowie 3,6 Prozent nur geringere Wertsteigerungen.

Im Gleichschritt mit der Branche verzeichnete jedoch auch MK bei den Rentenfonds mit insgesamt 11,8 Mill. DM den höchsten Mittelzufluß, während sich bei den Aktienfonds per saldo ein Abfluß von 8,6 Mill. DM ergab. Lediglich der Alfakapital kam noch *auf plus 0,5 Mill. DM.* Alles in allem ergab sich noch ein Mittelzufluß von 3,2 Mill. DM; vor Jahresfrist waren es noch 5,2 Mill. DM. Das gesamte Fondsvermögen der MK erhöhte sich seit Jahresanfang um 21 Mill. auf 274 Mill. DM.

LEBENSMITTEL-FILIALISTEN / Reales Minus

Marktanteil ausgeweitet

HANNA GIESKES, Bonn

Braten *statt* Bratwurst – *Entscheidungen* dieser Art werden dem Verbraucher nach Ansicht der Lebensmittel-Filialisten im zweiten Halbjahr 1985 leichter fallen als zuvor. Karl *Rütten, Hauptgeschäftsführer in der* Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-Filialbetriebe (ALF), begründet seine Zuversicht mit den „sehr günstigen" Preisen. Er erwarte, „daß die Nachfrage nach besseren Qualitäten steigt", sagte Rütten gestern in Bonn.

Laut amtlicher Statistik habe das Preisniveau für das Lebensmittelsortiment im Juli 1985 wieder genau beim Vorjahresstand gelegen, teilt der Verband weiter mit; Saisonartikel seien sogar um zehn Prozent billiger gewesen. *Rütten ist sicher, daß der* „äußerst scharfe Wettbewerb" im Einzelhandel dafür sorgen wird, daß dies so bleibt.

Ausuferungen dieses Wettbewerbs *müßten indes verhindert werden*, betonte er und begrüßte die zu diesem Zweck vom Deutschen Industrie- und Handelstag avisierte Schlichtungsstelle für Streitfälle in Sachen Preisschleuderei. Im übrigen hielten sich die 36 ALF-Mitglieder „strikt an das Berliner Gelöbnis".

Die *Lebensmittel-Filialisten* sind vom Verlauf des ersten Halbjahres 1985 enttäuscht. Zwar habe es ein nominales Umsatzplus von 2,5 Prozent gebracht, aber nach Abzug der auf neue Flächen entfallenden Umsätze *sei für die alten durchweg ein* Minus herausgekommen. So befänden sich die „ohnehin geringen" Gewinne – 1984 einen halben Prozentpunkt vom Umsatz vor Steuern – weiter unter Druck.

Im vergangenen Jahr konnten die Lebensmittel-Filialbetriebe ihren Umsatz um 5,8 Prozent auf 43,8 Mrd. DM erhöhen, teilt der Verband weiter mit; preis- und flächenbereinigt habe sich jedoch ein Rückgang ergeben. Allerdings schnitten die ALF-Mitglieder noch erheblich besser ab als die gesamte Branche, die es nur auf ein durchschnittliches nominales Wachstum von 2,4 Prozent gebracht hatte.

Auf diese Weise gelang es den Filialisten, ihren Anteil am gesamten institutionellen Lebensmitteleinzelhandelsumsatz (139,7 Mrd. DM ohne Handwerk) um fast einen Prozentpunkt auf 31,4 Prozent zu steigern. *Dazu* haben die der ALF angeschlossenen sechs Warenhausfilialbetriebe allerdings nicht beigetragen: Ihr Umsatz verringerte sich um vier Prozent auf 5,5 Mrd. DM, ihr Marktanteil schrumpfte von 4,2 auf 3,9 Prozent. Die ALF-Unternehmen beschäftigten in ihren 8400 Verkaufsstellen, Zentralverwaltungen und Zentrallägern Ende vergangenen Jahres rund 116 000 Mitarbeiter, drei Prozent mehr als 1983. Die Zahl der Auszubildenden wuchs um 15 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Mit Jubiläums-Bonus

Düsseldorf (Py.) – Aufgrund der anhaltend guten Geschäftsentwicklung erwartet die Karlsruher Lebensversicherung AG, Karlsruhe, für 1985 *wieder einen zufriedenstellenden* Abschluß. Im 1. Halbjahr erzielte die Karlsruher im Neugeschäft ein Plus von 5,2 Prozent auf 2,08 Mrd. DM. Als besonders bemerkenswert bezeichnet *es dabei die* Gesellschaft, *daß* bei einer deutlichen Beruhigung im Vermögensbildungsbreich kapitalbildende Verträge um mehr als 20 Prozent wuchsen. Die Karlsruher erreichte zur Jahresmitte 27,5 Mrd. DM (plus 7 Prozent) Versicherungsbestand. Im 150. Gründungsjahr läßt die Karlsruher Leben ihre Kunden über eine verbesserte Gewinnbeteiligung und die Aktionäre über einen Jubiläumsbonus von 6 Prozent zur Dividende von 18 Prozent an guten Ergebnissen teil*haben. Das Grundkapital wurde* von 12,7 auf 17,1 Mill. DM bei 60 Prozent Einzahlung erhöht.

Schwächeres Geschäft

Hannover (dpa/VWD) – Die Deutsche Hypothekenbank AG, Hannover/Berlin, schließt aufgrund der bisherigen Entwicklung eine Abschwächung des Hypothekengeschäfts für *das 2. Halbjahr 1985 nicht aus.* Dagegen erwarte man ein angemessenes Neugeschäft bei Kommunaldarlehen. Im Hypothekengeschäft weise die Entwicklung der Zinsrückstände noch immer nach oben. Bei der Verwertung notleidender Objekte komme es zunehmend zu Zins- und *gelegentlich zu Kapitalausfällen, für die* das Institut aber vorgesorgt habe.

Guter Start

Hannover (dpa/VWD) – Einen guten Start für den Messeneuling „Biotechnica '85" in Hannover vom 8. bis 10. Oktober erwartet die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG. Bisher hätten sich 150 internationale Unternehmen, Forschungsinstitute und Universitäten angemeldet. Die Fachmesse soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Forschung und Industrie auf dem Gebiet der Biotechnolgie aufzeigen.

Flow übernimmt Woma

Duisburg (os) – Das amerikanische Unternehmen Flow Industries, Inc., hat zum 1. Juli 80 Prozent der Gesellschaftsanteile der Woma Apparatebau *Wolfgang Maasberg & Co.* GmbH, Rheinhausen, übernommen. Die verbleibenden 20 Prozent hält Unternehmensgründer Wolfgang Maasberg. Er bleibt dem Unternehmen, das sich auf Wasser-Hochdruck-Technik spezialisiert *hat*, als Beirat und Berater verbunden. Die *US-Unternehmensgruppe Flow* erzielte im letzten Jahr einen Umsatz von 300 Mill. DM. Woma, 1962 gegründet, setzt mit weltweit über 400 Mitarbeitern etwa 60 Mill. DM um.

TELEKOMMUNIKATION / Chinesischer Markt

US-Konkurrenz drängt vor

H.-A. SIEBERT, Washington

In dem Wettrennen um die Modernisierung und Erweiterung des Telekommunikationssystems in der *Volksrepublik China sind die deutschen*, französischen, britischen und vor allem japanischen Anbieter nicht mehr unter sich. Auf den Zug springen jetzt auch amerikanische Firmen, und *zwar in großem Stil*. Wie auf einer Veranstaltung im US-Handelsministerium mitgeteilt wurde, wollen sie sich aus dem Auftragskuchen, der für die nächsten sechs Jahre auf 5 Mrd. Dollar veranschlagt wird, ein möglichst großes Stück herausschneiden. Peking will die Zahl der Telefone auf *10 Mill.* verdoppeln und das Ferngesprächsnetz ausbauen.

Um ein hohes Maß an Aufmerksamkeit zu erregen, bereitet die BellSouth Corp., die früher zum größten Telefonkonzern der Welt, AT&T, gehörte, für Ende Oktober eine Mammutkonferenz über Nachrichtentechnologie in der chinesischen Hauptstadt vor. An ihr nehmen etwa 50 hochkarätige Gerätehersteller teil. Gastgeber ist neben BellSouth die ChinaTech, ein Joint Venture amerikanischer Investoren und der chinesischen Regierung. Hauptthemen sind das Dienste-integrierende digitale Fernmeldenetz, Satelliten-Erdstationen, Faseroptik und Network-Planung.

Das US-Handelsministerium fördert die Aktion. Der Anteil amerikanischer Lieferungen im Bereich der Telekommunikation fällt mit 3 Mill. Dollar kaum ins Gewicht, obwohl die Gesamtexporte 1984 nach China 3 *(Einfuhren: 3,4) Mrd. Dollar* überstiegen. Dollar. Das Ministerium sagte voraus, daß der beiderseitige Handel 1985 um 24 Prozent zunehmen wird.

ADVERTISING AGENCY REGISTER

Service für die Agenturen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Eine unkonventionelle, gleichwohl erfolgreiche Idee aus den USA und Großbritannien will auch in der Bundesrepublik Fuß fassen: In Düsseldorf ist jetzt ein „vertraulicher Service für Werbeagenturen" gegründet worden. Ute Hirschbiegel, einst Geschäftsführerin des Art Directors Club und Personalberaterin, ist jetzt auch Chefin der deutschen AAR – Advertising Agency Register. Ihr Anspruch: „Drei Buchstaben verändern die Werbewelt."

Die Grundüberlegung des 1975 in New York von Lindy Payne gegründeten „Werbeagenturen-Registers": Der werbetreibenden Wirtschaft soll die nervenaufreibende, zeitraubende und teure Suche nach einer Agentur erspart werden, den Werbeagenturen ebenso zeit- und kostenaufwendige Präsentationen, die im ärgsten Fall wie das Hornberger Schießen ausgehen, weil es sich der Kunde doch anders überlegt hat bzw. nur einen von vielleicht zehn Anbietern zu seiner Hausagentur machen kann. Oder aber: Die geeignetste Agentur ist gar nicht zur Präsentation aufgefordert worden.

Lindy Payne und die seit 1980 mit derselben Idee in New York etablierte Leslie Winthrop haben herausgefunden, wie Kunden und Agenturen zusammenfinden. Agenturen erwerben für etwa 3000 Dollar (hier 10 000 DM) pro Jahr die AAR-Mitgliedschaft und stellen ein Informationspaket zusammen, das aus aktuellen Arbeitsbeispielen, Werbespots, Filmen oder Videobändern und einer Selbstdarstellung der Agentur und ihrer füh*renden Leute* besteht. *Diese Pakete* werden den Agentursuchern zur Verfügung gestellt.

AAR nimmt die Vorauswahl nach den Kundenanforderungen vor. Eine Vorstellung von 5 bis 10 Agenturen erfordert dann nur einen Tag. Ute Hirschbiegel: „Wir ergreifen nie Partei für bestimmte Agenturen. Wir sagen, wer in Frage kommt, nicht, wen der Kunde nehmen soll." Den Kunden kostet die Beratung, absolut vertraulich, 1000 DM pro Tag. Weder Agentur noch Kunde zahlen ein Erfolgshonorar. Ein zu gründender unabhängiger Beirat soll das überwachen.

In den USA und in Großbritannien, dank neuer Büros in Paris, Brüssel und Madrid zunehmend international, hat dieser Service (insgesamt 20 Mitarbeiter) Erfolg. In den USA, auf dem größten Werbemarkt der Welt, verlassen sich inzwischen 40 Prozent aller führenden Unternehmen auf die Hilfe von AAR. In England werden 65 Prozent aller Agenturen über AAR gefunden. Lyndy Paine nennt Estée Lauder, Toyota, Chase Manhattan, Colgate, Commodore als Kunden ebenso wie Havas, Marshalk-Campbell-Ewald, Thompson, McCann Erickson, BBDO, DDB, Grey sowie Young & Rubicam aus der Agenturszene.

Innerhalb von drei Jahren sollen 150 von 200 für eine Zusammenarbeit passende Agenturen für AAR gewonnen werden. Schließlich wechseln zwischen 6 und 25 Prozent aller Werbeetats jährlich. Ute Hirschbiegel: „AAR lag für Deutschland in der Luft."

DEUTSCHE WINTERTHUR VERSICHERUNGEN / 1985 nur in der Sparte Leben eine verhaltene Entwicklung

Münchner Hagel brachte technischen Verlust

DANKWARD SEITZ, München

Zuversichtlich beurteilt man bei der Deutschen Tochter der Schweizer Winterthur-Gruppe das Versicherungsgeschäft für das laufende Jahr, wenn auch in der Leben-Sparte noch eine etwas verhaltene Entwicklung zu verzeichnen ist. Insgesamt konnten die vier Münchner Winterthur-Gesellschaften in den ersten fünf Monaten 1985 nach Angaben von Generaldirektor Helmut Braun ihre Beitrags*einnahmen um 5 Prozent* gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit steigern. Die Nicht-Leben-Sparten kamen *dabei* auf ein *Plus* von 8 Prozent. Von größeren Schäden sei man bisher verschont geblieben.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung ließ schon 1984 nach den Worten von Braun die Gruppe „kräftig vorankommen". Insgesamt konnten die vier Gesellschaften (*Sach, Leben, Garantie/Kaution* und Rechtsschutz) ihre Prämieneinnahmen um 8,6 (7,3) Prozent auf 592,6 Mill. DM steigen. Überdurchschnittlich seien die Zuwachsraten sowohl im Koposit- als auch im Lebensversi*cherungsgeschäft gewesen, so daß* man hier Marktanteile habe hinzugewinnen können.

In der Sachsparte, die von der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft betrieben wird, wurden mit 356,5 Mill. DM rund 7,9 (5,6) Prozent mehr Beiträge einge*nommen. Auf das selbstabgeschlossene* Geschäft entfielen davon 344,3 (321,7) Mill. DM.

Ganz im Zeichen der Münchener Hagelkatastrophe stand die Schadenentwicklung. Die Belastung hieraus bezifferte Braun auf 21,3 Mill. DM, davon 15,2 Mill. DM für die Fahrzeugversicherung. Daß sich dennoch die Schadenquote mit 79,8 (77,5) Prozent in Grenzen hielt, ist auf eine Verbesserung in einigen anderen Sparten zurückzuführen.

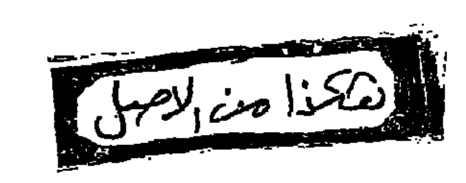
Trotz der Belastungen durch den *Hagel schloß die versicherungs*technische Rechnung nach Angaben von Braun vor Schwankungsrückstellungen noch mit einem Gewinn von 1,45 (4,95) Prozent der verdienten Nettoprämie ab. Nach Schwankungsrück*stellungen ergibt sich allerdings ein* geringer Verlust von 0,9 (plus 1,2) Prozent. Dank guter Kapitalerträge bei einer Durchschnittsverzinsung von 7,5 (7,1) Prozent der 712,0 (668,8) Mill. DM betragenden Kapitalanlagen sei aber mit 2,43 (6,58) Prozent der verdienten Beiträge noch ein befriedigendes Geschäftsergebnis erzielt worden.

Bei der Winterthur Lebensversicherungs-Gesellschaft lag das Neugeschäft mit 1,47 Mrd. DM um 10,2 (10,6) Prozent über dem Vorjahr. Der Versicherungsbestand erreichte rund 6,14 Mrd. DM (plus 7,4 nach 6,6 Prozent). Die Beitragseinnahmen stiegen um 9,2 (9,6) Prozent auf 218,3 Mill. DM. Wegen der Einführung der Direktgutschrift *an die Versicherten (26,6 Mill.* DM) sind die Einnahmen mit dem Vorjahreswert nicht vergleichbar. Einen im Branchenvergleich wieder recht guten Wert stellt die Stornoquote von 4,8 (5,0) Prozent dar.

Daß nach dem schon guten Überschuß 1983 wieder ordentlich verdient wurde, kann daraus geschlossen werden, *daß die Abschlußkosten*quote auf 19,4 (20,3) Prozent und die Betriebskostenquote auf 7,6 (7,9) Prozent gesenkt werden konnten. Die Durchschnittsverzinsung der auf 1,59 (1,45) Mrd. DM aufgestockten Kapitalanlagen wird mit unverändert 7,4 Prozent angegeben. Für Beitrags*rückerstattungen* wurden 65,2 (90,1) Mill. DM aufgewandt. Nach Entnahme von 36,3 (52,8) Mill. DM verbleiben knapp 268 Mill. DM.

Weiterhin recht erfreulich hat sich nach Angaben von Braun die Rechtsschutzversicherung in ihrem dritten vollen Geschäftsjahr entwickelt. Sie kam auf Beitragseinnahmen von brutto 5,2 Mill. DM (plus 21,1 nach 27,0 Prozent) und erzielte „erstmals" einen versicherungstechnischen Gewinn.

Einen „erneut etwas geringeren, aber noch befriedigenden Jahresüberschuß" erreichte die Winterthur-Garantie. Sie steigerte ihre Beitragseinnahmen um 15,2 (9,9) Prozent auf 12,6 Mill. DM.



Von der inneren Ruhe, in einem Mercedes zu sitzen.

Wenn Sie in Ihrem Mercedes Platz genommen haben, ist die Hektik des Alltags wie verflogen.

Der ganze Streß und Lärm, so scheint es, ist draußen vor der Tür zurückgeblieben.

Die Ruhe im Auto überträgt sich auf Sie. Und damit bringen Sie auch Ruhe in den Verkehr.

Diese Ruhe ist freilich kein Zufall, sondern das Ergebnis aufwendiger Forschung.

So „fahren" wir zum Beispiel auf unserem Geräuschprüfstand auch hohe Geschwindigkeiten. Dabei entgeht uns nichts. Denn mit Hilfe hochempfindlicher Meß- und Aufzeichnungsmethoden spüren wir jedes Geräusch auf, das Sie später irgendwann einmal aus der Ruhe bringen könnte.

Zum Beispiel Geräusche, die durch Schwingungen der Aggregate oder Radaufhängungen verursacht werden könnten.

Wo es nicht möglich ist, Geräusche zu vermeiden, sorgen wir durch akustische Isolation der Bauteile dafür, daß sie zumindest nicht weitergeleitet werden. Oder wir helfen mit Dämmstoffen nach.

Das Ergebnis: Eine Ruhe, die ein angenehmes und ermüdungsfreies Fahren auch über längere Strecken ermöglicht.

Natürlich tragen dazu auch noch andere Faktoren bei: Zum Beispiel das gute Klima – durch die fein dosierbare Lüftung und die links und rechts getrennt regelbare Heizung.

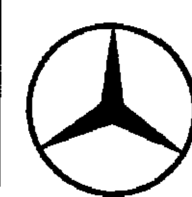
Die sinnvolle Anordnung der Bedienungselemente.

Der hervorragende Sitzkomfort.

Die sorgfältig aufeinander abgestimmte Achs- und Sitzfederung, die möglichst viele Erschütterungen auffangen soll.

Und natürlich der großzügig bemessene Innenraum. Denn auch Enge kann den Menschen nervös machen.

So haben wir alles getan, um den Fahrer nicht vom Lenken abzulenken. Und ihm die innere Ruhe und Kondition zu geben, von der die Sicherheit im Straßenverkehr letztlich am allermeisten abhängt.



DAIMLER-BENZ AG

Bankaktien unter Druck

Schwächere Wall Street schaffte Unsicherheit

DW. – Den Kursrückschlag an der Wall Street vom Mittwoch hat der deutsche Aktienmarkt relativ gut verkraftet. Dies lag in erster Linie an den im Markt vorhandenen niedriger limitierten Kaufaufträgen, von denen jedoch nur ein Teil zum Zuge kam. Eindeutig schwächer lagen die Bankaktien, die unter Verkaufsaufträgen aus dem Ausland zu leiden hatten. Sie sind Nachwirkungen der politisierten Schuldenkrise lateinamerikanischer Länder. Der stabilisierte Dollar sorgte andererseits bei den exportorientierten Papieren für Stabilität.

Trotz der positiven Auswirkungen, die sich für die Banken aus der fortschreitenden Zinssenkung auf dem deutschen Kapitalmarkt ergeben, verlor der Kurs der Deutschen Bank zeitweise 10 DM. Bei den anderen Bankaktien hielten sich die Einbußen in engeren Grenzen. Der festere Dollarkurs ließ die Titel der Großchemie – sie hatten schon am Dienstag Gewinne erzielt – weiter leicht anziehen. Autoaktien fingen sich im Börsenverlauf und wurden praktisch auf Basis ihrer Vortagsnotierungen gehandelt. Im Versicherungsbereich setzten Aachen-Münchener Beteiligung ihren Anstieg fort. Seinen Grund hat er in der fortschreitenden Neuordnung des Beteiligungsbereiches, von dem man sich an der Börse Sondererträge verspricht. Einbußen gab es dagegen im Bereich der Maschinenbauaktien. Die Meldungen über den rückläufigen Auftragseingang aus dem Ausland im Juni waren der Anlaß zu Gewinnmitnahmen.

Frankfurt: Blaue Quellen und Rheinelektra erholten sich je um 5 DM sowie Holzmann um 6 DM. Chemieverwaltung büßten 24 DM, Wella 10 DM und Esslinger Maschinen 20 DM ein. Bilfinger und Agiv gaben jeweils um 4,50 DM nach.

Düsseldorf: Verseidag und Düwag stiegen je um 2,50 DM und Leffers um 4 DM. Um 3,50 DM verminderten sich Schiess, um 5 DM Heinrich Sehmann und um 6 DM Sternbräu. Bilfinger gaben um 8,50 DM nach und Sternbräu büßten 6 DM ein.

Hamburg: HEW gingen mit plus 0,50 DM und NWK-Vz. unverändert aus dem Markt. Beiersdorf wurden um 2,50 DM zurückgenommen, Pheonix Gummi gaben um 1 DM nach und Bremer Vulkan fielen um 1,30 DM.

Berlin: Berliner Gank gaben um 3 DM nach, Orenstein um 3,50 DM und Herlitz St. um 12 DM. Bekula legten 0,10 DM und DUB-Schultheiss gewannen 5 DM.

München: Agrob St. erhöhten sich um 5 DM, AKS um 0,50 DM und Flachglas um 1,50 DM. Deckel AG gaben um 4 DM nach, Großkraft Franken um 1 DM und Leonische Draht um 3 DM.

Stuttgart: Hesser erhöhten sich um 15 DM, Sekt Wachenheim um 20 DM und Stuttgarter Hofbräu Vz. um 15 DM. Aesculap gewannen 7 DM. Schwäbische Zellstoff verloren 12,90 DM, Kolbenschmidt sanken um 4 DM und Daimler um 4 DM.

Nachbörse: etwas leichter

WELT-Aktienindex: 196,87 (198,77)
WELT-Umsatzindex: 2634 (2784)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

	7.8.	6.8.
Creditanst.-Bkv.Vz.	330	336
Gösser-Brauerei	514	514
Länderbank Vz.	335	335
Österr. Brau AG	480	480
Perlmooser	568	568
Reininghaus	848	845
Schwechater Br.	316	312
Semperit	115	110
Steyr-Daimler-P.	172	173
Universale/Hochtief	278	275
Veitscher Magnesit	540	535
Index	95,42	95,10

Tokio

Kopenhagen

	7.8.	6.8.
Den Danske Bank	376	372
Jyske Bank	795	785
Kopenh. Handelsbk.	342	339
Novo Industri	347	350
Privatbanken	344	341
Ostasiat. Komp.	245	244
Dan. Sukkerfabr.	490	505
For. Bryggerier St.	950	950
Kgl. Porc. Fabr.	325	360

Zürich

Brüssel

	7.8.	6.8.
Arbed	1700	1680
Brux. Lambert	1890	1860
Cockerill Ougrée	217	216
Ebes	2880	2875
Gevaert	3950	3635
Kreditbank	–	8880
Pétrofina	5690	5690
Soc. Gén. d. Belg.	1785	1785
Sofina	7230	7200
Solvay	4435	4400
UCB	4985	4990
Index	2305,13	2302,24

Madrid

Hongkong

Singapur

	7.8.	6.8.
Cycle + Car.	3,44	3,44
Cold Storage	2,65	2,66
Dev. Bk. of Sing.	5,3	–
Fraser + Neave	5,6	5,55
Kl. Kepong	2,38	2,35
Mal. Banking	5,7	5,7
Nat. Iron	2,28	2,3
OCBC	8,35	8,25
Sime Darby	1,89	1,87
Singapur Land	2,35	2,38
Un. Overs. Bank	5,64	5,68

Paris

Sydney

	7.8.	6.8.
Bridge Oil	4,82	2,84
Brok. Hill Prop.	6,72	6,74
Coles	3,8	3,85
CRA	5,78	5,86
CSR (Thelss)	3,28	3,3
Metals Expl.	0,5	0,51
MIM-Holdings	2,7	2,68
Myer Emporium	3,25	3,2
North Broken Hill	2,32	2,32
Oakbridge	1,15	1,14
Peko Wallsend	4,65	4,65
Poseidon	4,15	4,35
Thomas Nat. Tr	2,27	2,25
Waltons Bond	0,4	0,43
Westpacific Banking	4,82	4,81
Western Mining	4,12	4,2
Woodside Petr	1,3	1,3
Index	931,80	937,10

Optionshandel

Frankfurt: 07. 08. 85
1848 Optionen = 96 850 (109 350) Aktien,
davon 420 Verkaufsoptionen = 21 850 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-130/6,9, 10-140/3, 1-110/21, 1-130/12,5, 1-140/6, BASF 10-191/31, 10-200/22, 10-201/18, 10-211/15, 10-220/10, 10-230/5,7, 10-240/3,4, 10-260/5, Bayer 10-200/28, 10-220/9,8, 10-230/5, 10-240/3,5, 10-250/2, Bay. Hypo 1-410/10, 4-410/10, Bekula 10-95/8, 4-110/4,6, BMW 10-367,50/55, 10-420/16,7, 10-480/4,5, 1-480/8, 1-500/4, 4-500/9, Bay. Vereinsbk. 1-400/33, Commerzbk. 10-200/22,1, 10-210/13, 10-220/8, 10-230/5,4, 10-240/4,4, Conti 10-150/9, 10-160/3,6, 1-170/4,8, Daimler 10-889,50/30, 1-900/6, 1-950/25,1, Dt. Babcock St. 10-160/4,4, 1-170/10, Dt. Babcock Vz. 4-170/13, Deutsche Bk. 10-530/39, 1-560/47, Dresdner Bk. 10-250/29,2, 10-260/22,2, 10-270/16, 1-250/38, 1-260/31,7, GHH St. 1-170/25, 1-180/9,5, Hoechst 10-201/19, 10-230/5, 10-240/3, 1-240/10, Hoesch 10-110/9, 10-120/3, 10-130/1, Karstadt 10-213/26,15, Klöckner 10-60/5, 10-65/2,5, 1-60/9,5, 1-65/4,4, Lufthansa St. 1-210/23, 4-250/10, Lufthansa Vz. 10-185,50/20,15, Linde 1-490/16, Mercedes 10-860/225,75, 10-600/179, Mannesmann 10-126/27,8, 10-176/18, 10-186/14,6, 10-300/8, 1-200/18, Nixdorf 1-600/15, 4-600/29,3, Preussag 1-300/10, Rütgers 1-500/10,8, RWE St. 10-180/7,8, 1-170/22, 1-190/8,4, RWE Vz. 1-180/11, 1-190/8, Kali + Salz 1-300/15,6, 1-320/10,4, Siemens 10-570/15, 10-580/13, 10-600/8, 1-570/35, 1-600/20, Thyssen 10-110/13,6, 10-120/6,4, 10-130/3,8, 1-110/20,1, 1-118,25/14, Veba 10-190/47,2, 10-200/37, 10-210/38, 10-220/19,5, 10-230/10, 10-240/6,1, 10-250/3, 1-190/51,25, 1-200/42, VW 10-275/39, 10-290/28, 10-295/21, 10-300/20, 10-305/15, 10-310/13, Alcan 1-80/8, 4-80/9,5, Chrysler 4-110/7,4, General Motors 10-210/11,4, Norsk Hydro 10-35/3,2, 10-38,4/1,05, 1-40/2,4, Philips 10-40/5, 10-45/1,2, 1-45/2,7. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-120/2,5, 10-130/4,9, 10-140/12,2, 1-110/1,2, 1-120/3, BASF 10-210/2, 10-220/4,5, 1-200/3, 1-220/6,6, Bayer 10-210/2, 10-220/6, 1-210/3,2, BMW 10-390/5, 1-380/5,2, 1-390/5,6, Commerzbk. 1-200/3,1, Conti 10-150/5,6, 1-150/6,2, Daimler 10-830/7, 10-850/12, 1-810/17,1, Deutsche Bk. 10-650/12,6, 1-530/7, Degussa 4-350/10, Dresdner Bk. 10-250/2,7, 10-260/7,5, 1-250/3,3, Harpener 1-290/7,6, Hoechst 10-210/2, 1-210/4, 1-220/7, Hoesch 10-110/2, 1-110/4, Klöckner 10-65/5,5, 1-60/4, 1-65/6,1, Lufthansa St. 10-210/3,3, Linde 10-490/4,2, 1-480/12, Mercedes 10-730/8, Mannesmann 10-190/4, 1-190/6,6, Preussag 1-281/4,5, Kali + Salz 1-290/15, Siemens 10-510/3, 10-520/4, 10-550/11, Thyssen 10-120/3, 1-110/1, Veba 10-220/2, 10-230/3,5, 1-220/4,1, 1-230/6, VW 10-280/2, 10-290/4, 10-295/6, 10-300/8, 10-310/12,5, 1-280/1,5, Alcan 4-75/4, Chrysler 10-100/3,6, 10-110/10,5, 1-100/5, Elf 1-65/4, IBM 10-360/4,2, 1-380/14,5, Litton 1-210/12, Norsk Hydro 4-35/3, Philips 1-40/1,9, 4-40/2,3.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7.8.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4½–4¾	4⅝–4⅞
3 Monate	8–8¼	4⅝–4⅞	4½–4¾
6 Monate	8¼–8½	4¾–5	4⅝–4⅞
12 Monate	8⅝–8⅞	4⅞–5⅛	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7.8. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1315,00	1681,50
10 US-Dollar (Indian)**	1285,00	1630,10
5 US-Dollar (Liberty)	470,00	649,80
1 £ Sovereign alt	211,75	264,20
1 £ Sovereign Elizabeth II.	208,75	260,78
20 belgische Franken	161,75	212,90
10 Rubel Tscherwonez	219,25	277,31
2 südafrikanische Rand	205,25	255,65
Krüger Rand, neu	916,00	1094,14
Maple Leaf	930,75	1100,96
Platin Noble Man	810,00	963,30
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,25	271,61
20 schweiz. Franken „Vreneli"	168,00	220,02
20 franz. Franken „Napoléon"	162,75	214,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	861,75	1048,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	170,25	218,89
10 österr. Kronen (Neuprägung)	88,50	117,99
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	398,75	488,78
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	93,00	128,82

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7.8.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs⁴)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York[3])	2,8572	2,8652	2,8323	2,81	2,91
London[1])	3,821	3,835	3,794	3,75	3,93
Dublin[1])	3,115	3,129	3,078	3,021	3,160
Montreal[3])	2,1000	2,1080	2,0788	2,04	2,14
Amsterd.	88,775	88,995	88,560	86,780	90,770
Zürich	121,04	121,24	120,90	119,75	122,50
Brüssel	4,954	4,974	4,906	4,80	5,00
Paris	32,720	32,880	32,185	32,00	33,75
Kopenh.	27,885	57,805	27,495	26,925	28,165
Oslo	33,990	34,110	33,355	33,25	35,00
Stockh.**)	33,730	33,890	32,980	32,75	34,50
Mailand[2])**)	1,4955	1,5055	1,4670	1,46	1,56
Wien	14,212	14,252	14,184	14,13	14,35
Madrid**)	1,702	1,712	1,642	1,68	1,83
Lissabon**)	1,685	1,705	1,563	1,25	2,06
Tokio	1,1930	1,1960	–	1,15	1,21
Helsinki	46,990	47,190	46,130	46,00	48,00
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,122	2,170	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0045	2,0235	–	1,95	2,06
Johannbg.*)	1,2865	1,2855	–	0,95	1,20

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert; **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Absatzbewegung aus dem Englischen Pfund hielt am 7. 8. an. Im Freiverkehr wurden Kurse unter 3,80 erreicht, zur Notiz konnte sich der Kurs auf 3,828 erholen. Dem Vernehmen nach griff die Bank of England zeitweise kursglättend ein. Der US-Dollar profitierte von der Pfund-Schwäche am meisten und erreichte in der Spitze 2,8650. Gegen Geschäftsschluß wurden allerdings nur noch Kurse um 2,8525 registriert. Die amtliche Notiz lag mit 2,8612 um 2,18 Pfg. über Vortag. Im Freiverkehr konnte der Südafrikanische Rand einen Großteil des gestrigen Rückgangs aufholen und gewann etwa 6 Promille hinzu. US-Dollar in: Amsterdam 3,2155; Brüssel 57,3400; Paris 8,7105; Mailand 1904,25; Wien 20,1090; Zürich 2,3619; Ir. Pfund/DM 3,122; Pfund/Dollar 1,3390; Pfund/DM 3,828.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7.8.: In D-Mark 2,22646 (Parität 2,24184); in Dollar 0,77979 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 7. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die FF-Depots gaben am 7. August im Tagesverlauf leicht nach, am Terminmarkt notierten die FF/DM-Abschläge verringert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88–0,78	2,53–2,43	4,85–4,75
Pfund/Dollar	0,43–0,41	1,14–1,11	1,93–1,87
Pfund/DM	2,00–1,60	7,30–5,90	12,4–11,0
FF/DM	25–9	64–48	118–100

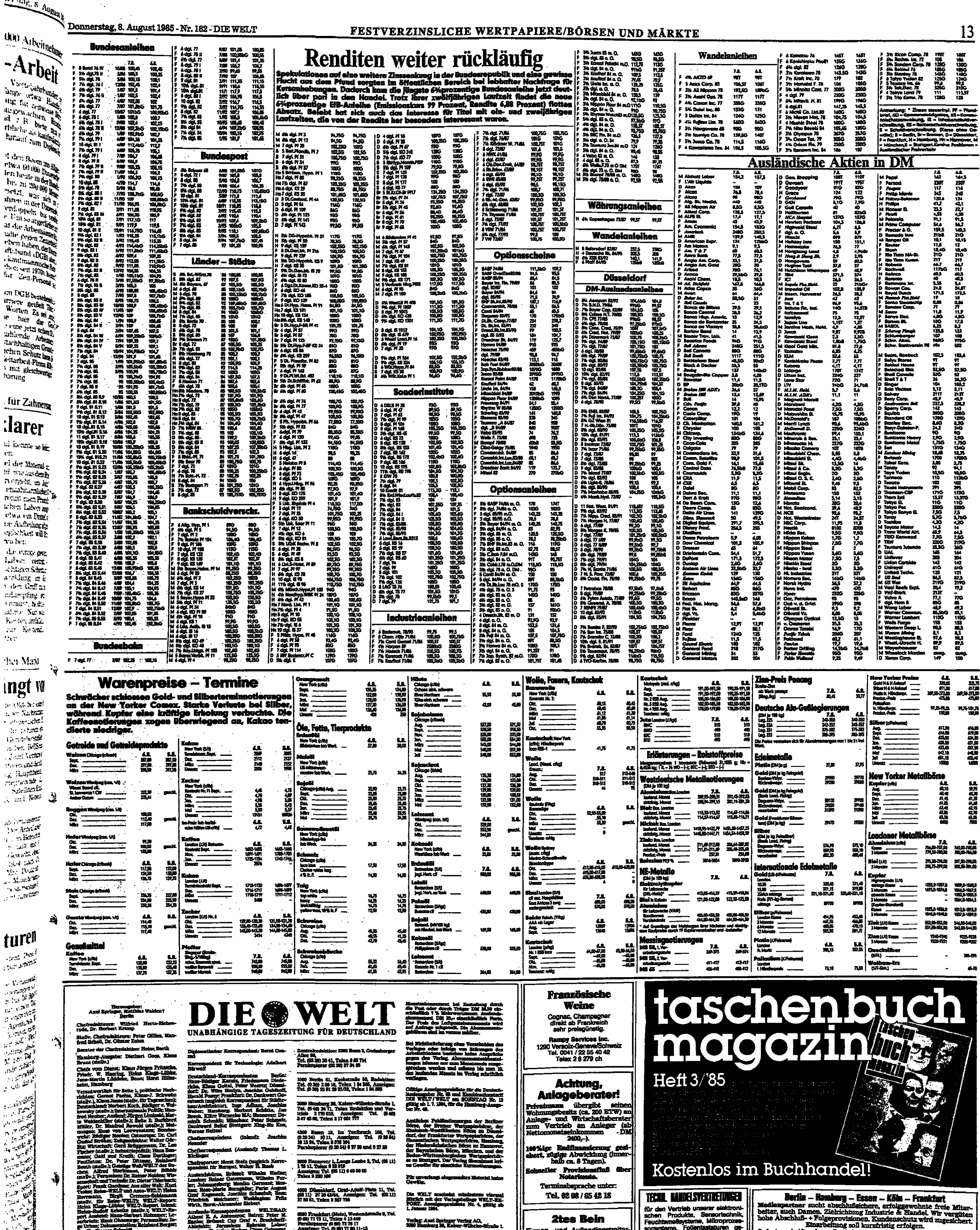
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7.8.: Tagesgeld 4,45–4,60 Prozent; Monatsgeld 4,75–4,85 Prozent, Dreimonatsgeld 4,75–4,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7.8.: 10 bis 29 Tage 4,06 G–3,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7.8.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Aug. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/9 (Typ A) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,23) – 6,25 (5,59) – 6,50 (5,77) – 7,00 (5,99) – 8,50 (6,34). Ausgabe 1985/10 (Typ B) 4,50 (4,50) – 6,00 (5,25) – 6,25 (5,58) – 6,50 (5,81) – 7,00 (6,08) – 8,50 (6,45) – 8,50 (6,74) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,71, 2 Jahre 5,53. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,40, Rendite 6,40.





Renditen weiter rückläufig

Spekulationen auf eine weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik und eine gewisse Flucht aus dem Pfund sorgten im öffentlichen Bereich bei lebhafter Nachfrage für Kursanhebungen. Dadurch kam die jüngste 6¾prozentige Bundesanleihe jetzt deutlich über pari in den Handel. Trotz ihrer zwölfjährigen Laufzeit findet die neue 6¾prozentige EIB-Anleihe (Emissionskurs 99 Prozent, Rendite 6,88 Prozent) flotten Absatz. Belebt hat sich auch das Interesse für Titel mit ein- und zweijährigen Laufzeiten, die von der Rendite her besonders interessant waren.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,25	102,15

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen Gold- und Silberterminnotierungen an der New Yorker Comex. Starke Verluste bei Silber, während Kupfer eine kräftige Erholung verbuchte. Die Kaffeenotierungen zogen überwiegend an, Kakao tendierte niedriger.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6.8.	5.8.
Sept.	287,80	287,50
Dez.	297,80	297,80
März	298,50	297,50

Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	222,59	gestr.
Amber Durum	225,44	

Roggen Winnipeg (can. $/t)

Kakao New York ($/t)	6.8.	5.8.
Terminkontr. Sept.	2089	2085
Dez.	2112	2127
März	2148	2152
Umsatz	2506	1998

Zucker New York (c/lb) Kontrakt Nr. 11	6.8.	5.8.
Sept.	4,65	4,75
Okt.	4,70	4,89
Jan.	4,98	5,05
März	5,35	5,43
Mai	5,50	5,57

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Was ist das Feinste im ganzen Land?

In der Papierindustrie wird wieder eine Diskussion geführt, die die Branche seit Jahrzehnten beschäftigt. Es geht um die simple Frage: Was ist eigentlich Feinpapier?

Hinter dem Versuch einer präzisen Begriffsbestimmung stehen handfeste Marktinteressen, denn: Trotz der enormen Mengenkonjunktur, in der sich dieser Industriezweig seit etwa zwei Jahren befindet, sind die Erlöse insgesamt keinesfalls berauschend. In dem kleinen Marktsegment Feinpapier werden jedoch noch halbwegs ordentliche Renditen erwirtschaftet.

Und das hat begehrliche Blicke hervorgerufen; bei solchen „Papierern", die bisher gar nicht oder nur mäßig auf diesem Sektor tätig waren, und bei solchen, die ihren bisherigen Anteil am Feinpapiergeschäft durch zunehmend aggressive Werbung ausdehnen möchten. Angesichts dieser Marktsituation sollte die Frage „Was ist ein Feinpapier?" einmal erörtert werden.

Im Jahre 1950 gründeten einige Firmen, die hochwertige Papiere herstellten, die Gütezeichengemeinschaft Feinpapier. Der Zweck dieses Zusammenschlusses war klar umrissen:

a) den Qualitätsgedanken in der deutschen Feinpapierindustrie hochzuhalten und zu fördern,

b) auf Antrag diejenigen Erzeugnisse der angeschlossenen Fabriken, die dem Qualitätsstandard der Feinpapiere entsprechen, durch ein einheitliches Gütezeichen, das markenrechtlich geschützt ist, auszuzeichnen, um auf diese Weise

c) den Papierabnehmern im In- und Ausland die anerkannte Hochwertigkeit dieser Papiere zu verbürgen,

d) die Entwicklung weiterer objektiver Meßmethoden der gütemäßigen Mindestanforderungen an Feinpapier zu unterstützen.

Ästhetik bestimmt die Komponente

Es erwies sich als außerordentlich schwierig, die Unterscheidungskriterien der Feinpapiere gegenüber jenen Papieren klar zu umreißen, die zwar auch aus Zellstoffen bestehen, aber doch die Merkmale der eigentlichen edlen Papiere vermissen lassen. Das Problem der Branche war „Niemandsland", in dem man die Qualitäten der einen oder anderen Art nicht klar erkennen konnte, wodurch der Verbraucher bei verschiedenen Preisangeboten weitgehend hilflos war.

Trotz jahrelangen Bemühens ist es der Gütezeichengemeinschaft nicht gelungen, dieses „Niemandsland" zu erobern. Inzwischen ist sie sanft entschlummert.

Das Problem ist also geblieben und hat jetzt an Aktualität und Härte zugenommen.

Bei der Frage „Was ist Feinpapier?" gelingt noch am ehesten eine Bestimmung nach Arten. Die als Feinpapier anerkannten Qualitäten gliedern sich zur Hauptsache in Druck-, Schreib- und Zeichenpapiere.

- Zur ersten Art zählen Papiere für die verschiedenen Druckverfahren, also für den Tief-, Buch- und Offsetdruck. Dazu gehören als besonders hochwertige Erzeugnisse etwa Bibel- und Landkartenpapiere. Sicherheitspapiere (wie Banknoten- und Wertzeichenpapiere) gehören zu den wertvollsten Erzeugnissen der Papierindustrie.
- In die große Gruppe der Schreibpapiere fallen nicht allein hochwertige Briefpapierkassetten und -packungen, sondern auch Schreibmaschinenpapier als Hartpost- oder Bankpostqualitäten.
- Bei den Zeichenpapieren und -kartons werden zwei Hauptgruppen unterschieden: für künstlerische Zwekke, für hochwertige technische Zeichnungen. Zur ersten Gruppe zählen die Aquarellpapiere und Malkartons höchster Qualitäten, zur zweiten die glatten, ausgezeichnet radierfähigen technischen Zeichenwerkstoffe ebenso wie die hochtransparenten Zeichenpapiere.

Bei den wesentlichsten Feinpapier-Arten tritt mehr und mehr das Ästhetische in den Vordergrund. Hier vor allem bietet sich deshalb die Chance, den Begriff des feinen Papiers klarer zu umreißen. Um es einfach zu formulieren: Auch Konsum- oder Industriepapiere können (werden Zusammensetzung und Funktionsfähigkeit gewertet) im Sinne des Wortes durchaus feine Papiere sein.

Erst wenn die ästhetischen Komponenten gewertet werden, treten die Konturen der Papier-Arten schärfer zutage:

- Konsumpapier – für die im wesentlichen holzhaltigen Sorten;
- Feinpapier umfaßt alle höherwertigen, zellstoffbestimmten Arten;
- Edelpapier (oder Feinstpapier) ist das Feinste vom Feinen, ein Produkt von sauberer Durchsicht und starkem Ausdrucksvermögen, fast unbegrenzt haltbar und farbecht, dessen Verwendungszweck fast immer auch ästhetische Erwartungen erfüllen muß.

Feinpapier – mehr als zweckbedingte Produktion

Die Gütezeichengemeinschaft hatte dieses Kriterium schon 1950 deutlich erfaßt und so formuliert: „Feinpapier ist ein Erzeugnis, das nicht allein nach dem Befund seiner feststellbaren Eigenschaften, sondern auch ästhetisch bewertet werden muß. Es ist mehr als nur zweckbedingte Industrieproduktion."

Die in Frechen bei Köln, in Düren, Zerkall in der Eifel, Gmund am Tegernsee und in Meerssen in den Niederlanden ansässigen, dem Feinst-Papier verschriebenen Firmen könnten also nach diesem Kriterium bald eine „Gütegemeinschaft Edelpapier" gründen. Denn für den Verbraucher verschleiert das Wort „Feinpapier" mittlerweile mehr, als es erhellt. Im Sinne einer Markttransparenz sollte sich darum bald etwas ändern – König Kunde wird es gewiß honorieren.

GOTTLIEB W. BETZNER

Die Welt des „Papierers" auf einen Blick: Das Maultier trägt die Stoffe des Lumpen-Sammlers – ein ehrbarer Beruf, dessen Ausübung mancherorts sogar verpachtet wird. Das Mühlrad treibt ein Stampfwerk an, in dessen Trog die zerkleinerten Stoffreste 24 Stunden lang zum schöpfbereiten Brei, dem „Ganzzeug", verarbeitet werden. Durch das Schöpfen des Papiermaché aus der „Bütte" entstehen Bögen, die in der Presse „gegautscht" (zwischen Filzlagen gepreßt) und zum Trocknen auf die Leine gehängt werden.

KUPFERSTICH VON PHILIP GALLE, 1537-1612 (Ullstein Bilderdienst).

Tradition: 100 Jahre im Dienste des feinen Papiers

Der deutsche Fein- und Feinstpapiermarkt würdigte vor genau einer Woche ein bedeutendes Jubiläum: Auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken konnte die Firma Poensgen & Heyer Römerturm Feinpapier in Frechen bei Köln. Der Jubilar fühlt sich topfit. „Hundert Jahre jung", formuliert selbstbewußt der Geschäftsführende Gesellschafter Franz Schweigert. Das Unternehmen ist um Antworten nicht verlegen, wenn um nähere Begründung für den Optimismus nachgesucht wird.

Sein Programm umfaßt vier Hauptproduktgruppen:

- Feinstpapiere/Feinstkartons in Weiß und farbig,
- Echt Bütten,
- Wasserzeichenpapiere (diese drei plano und ausgerüstet), sowie
- Trauerpapiere.

Insgesamt werden den Kunden fast 6000 unterschiedliche Konzepte dafür angeboten, wie durch Einfallsreichtum und Erfahrung gängige oder auch unkonventionelle Papier-Ideen in die Tat umgesetzt werden können. Schweigert: „Wir sind heute in der Lage, auch ausgefallenste Wünsche des grafischen Gewerbes und der Werbebranche zu erfüllen."

Längst assoziiert so das Römerturm-Zeichen Qualität und Kreativität bei hochwertigen Papieren. Wie aber hat es begonnen? Um 1885 kamen feine Papiere noch vorwiegend als Importe aus England und dem übrigen Ausland zum deutschen Verbraucher. Deutsche Papierfabriken stellten hochwertiges Papier nur in minimalen Mengen her.

Ein junger Papierkaufmann, Wilhelm Heyer, war entschlossen, diesen Zustand zu ändern, und verstand es, den ebenfalls in Köln ansässigen Konkurrenten Karl Ed. Poensgen von seinen Vorstellungen zu überzeugen. Am 1. August 1885 schlossen sie sich zum Großhandelsunternehmen Poensgen & Heyer zusammen.

Deutsches Filialnetz nach Strategieplan aufgebaut

Erfolge am Markt blieben nicht aus und bestätigten schnell, daß die „Philosophie des Feinpapiers" der beiden Firmengründer auf richtigem Gespür beruhte. Da der Sitz der Firma in der Nähe des historischen Kölner Römerturms lag, wurde die Ortsbezeichnung „Am Römerturm" zum Beinamen und der Turm selbst zum Firmenzeichen gekürt.

Zur Strategie des Unternehmens gehörte von Anfang an der Aufbau eines Filialnetzes. Schon 1886 wurde in Hamburg die erste Niederlassung gegründet. Zwei Jahre später folgte Berlin, dann 1889 München und, nach einer zehnjährigen Pause, 1899 Leipzig und zur Jahrhundertwende Frankfurt. Durch dieses Filialnetz war es der jungen Firma möglich, den Großteil des deutschen Marktes abzudecken. In Zusammenarbeit mit den führenden deutschen Papierfabriken gelang es auch, immer mehr eigene Feinpapier-Sorten und -Kartons anzubieten und den ausländischen Einfluß fast völlig zurückzudrängen – zweifellos eine große unternehmerische Leistung.

Die stärkste Zäsur in der Entwicklung der Firma brachte der Zweite Weltkrieg: Hauptsitz und alle Filialen waren zerstört. Doch schon 1945 begannen die Nachfolger der Firmengründer in zweiter und dritter Generation mit dem Wiederaufbau. Nach gut zwei Jahren waren sämtliche Niederlassungen in Betrieb. Lediglich für Leipzig mußte eine Neugründung vorgenommen werden; sie fand in Braunschweig ihren Sitz.

Auch in dieser Zeit des Neubeginns wurde an der Firmenphilosophie, „die" absolute Feinstpapiergroßhandlung zu sein, festgehalten. Neben den alten Wasserzeichenpapieren und Kartons kamen im Laufe der Jahre etliche neue Kreationen heraus, die die Marktposition von Poensgen & Heyer festigten.

Nach einer fast zehnjährigen Konsolidierung begann ab 1957 wieder eine Phase der Expansion. Bis 1984 kamen vier neue Filialen hinzu (Bielefeld, Stuttgart-Fellbach, Köln, Bremen). 1967 wurden großzügig dimensionierte Büro- und Lagerhallen für die Zentrale in Frechen bei Köln bezogen. Schon 1954 war ein eigenes Papierverarbeitungswerk in Düren-Lendersdorf aufgebaut worden. Was bringt die Zukunft? Franz Schweigert ist sehr zuversichtlich und nennt dafür drei Gründe:

1. Poensgen & Heyer verfügt auf allen betrieblichen Ebenen über einen ausgezeichneten Mitarbeiterstab. Richtig motivierte Man-Power ist gerade heute von entscheidender Bedeutung für die Stellung eines Unternehmens am Markt.

Firmenphilosophie betont Kreativität

2. Das Netz aus neun Filialen hat sich als optimal für eine intensive Betreuung der Kunden erwiesen. Nur durch ständige Präsenz beim Geschäftspartner und nachdrückliche Serviceleistungen ihm gegenüber ist auf Dauer Marktbehauptung möglich.

3. Zur Firmenphilosophie gehört der Grundsatz, einerseits jedes einzelne Produkt und seine Lage am Markt einer ständigen Überprüfung zu unterziehen, andererseits immer wieder zu untersuchen, ob der sich stetig schnell ändernde Markt neue Kreationen fordert. Flexibilität und Kreativität müssen heute die herausragenden Eckpunkte einer dynamischen Produkt- und Marktstrategie sein.

Das Unternehmen ist sicher, mit diesen Voraussetzungen gut gerüstet das zweite Jahrhundert beginnen zu können.

WOLFGANG B. HANN

Edel ist nur der rauhe Rand . . .

Eines der höchstwertigen unter den Feinstpapierarten ist „das Bütten". Dieses Papier hat seine Bezeichnung erhalten, weil es bis zur Einführung der Papiermaschine Anfang des 19. Jahrhunderts ausschließlich von Hand aus einem Holzgefäß, der Bütte, geschöpft wurde.

Zu diesem Zweck verwendeten die „Papierer" eine Schöpfform. Sie bestand – und besteht bei einigen Firmen, die bis heute für ihre Kunden handgeschöpfte Papiere herstellen – aus einem Holzrahmen mit feiner Netzbespannung. Auf ihr werden die Fasern der zerkleinerten und gestampften Lumpen, Hanf und Leinen, durch Schütteln zum Papier verfilzt.

Bei diesem Schöpfvorgang entsteht durch abfließendes Wasser ein rauher, unregelmäßiger Rand an den vier Seiten des Blattes. Das ist der Büttenrand, charakteristisches Merkmal aller Büttenpapiere.

Bis zur Erfindung der Papiermaschine gab es den Begriff „Büttenpapier" nicht, da alles Papier von Hand aus der Bütte geschöpft und somit „Büttenpapier" war. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich der Begriff „Büttenpapier" herausgebildet, um das Produkt gegenüber dem den Markt immer stärker beherrschenden Erzeugnis der Papiermaschine hervorzuheben.

Um 1840 gab es 1200 Bütten und 60 Papiermaschinen in Deutschland. Seit dieser Zeit hat die Papiermaschine immer mehr an Boden gewonnen, während die Zahl der Bütten zurückging.

Neben dem handwerklichen Verfahren des Handschöpfens hat sich jedoch auch für Büttenpapier eine maschinelle Herstellungsart herausgebildet. Es ist das auf Grund einer englischen Erfindung zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte Verfahren der „Rundsiebmaschine".

Der Vorgang des Schöpfens mit der Hand wich hierbei der kontinuierlichen Schöpfarbeit durch ein Endlos-Sieb. Es befindet sich auf einem in der Schöpfbütte rotierenden und mit einem Sieb bespannten Zylinder und nimmt den Papierbrei auf. Die nasse Bahn wird durch Filze vom Sieb abgenommen und, erst dann in Bogen getrennt, auf der Maschine entwässert und getrocknet.

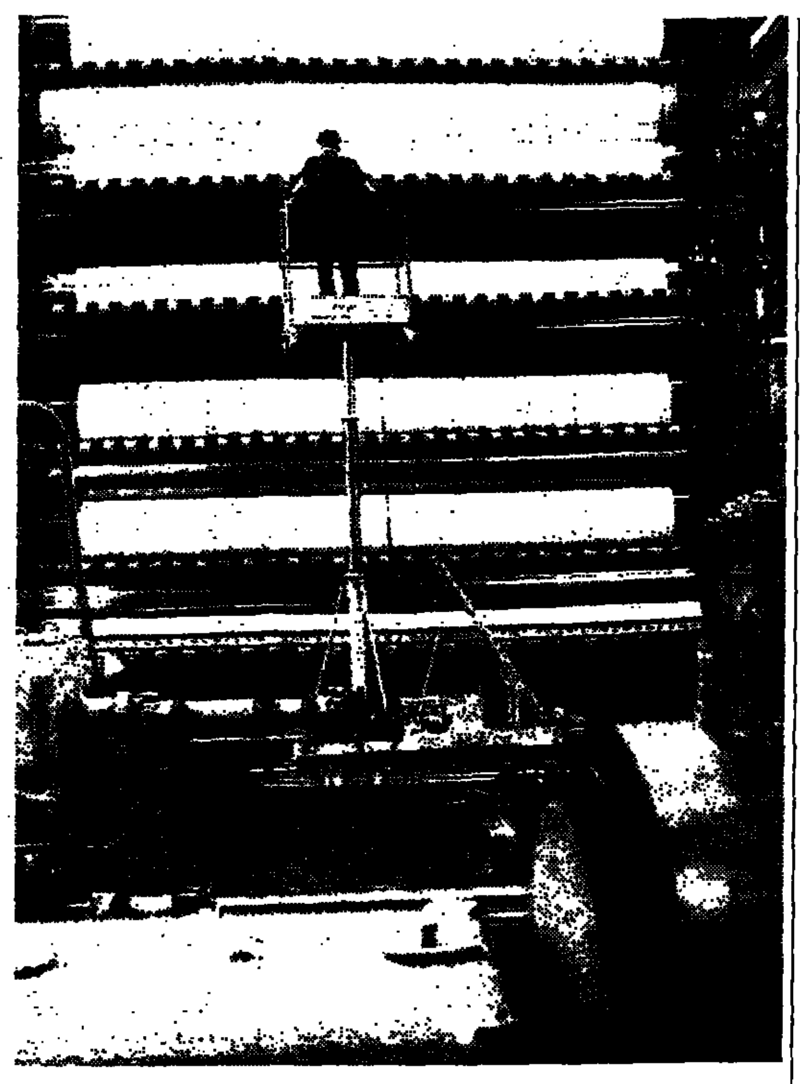
Bei diesem Verfahren entstehen Bogen, die einen natürlichen Büttenrand zeigen und sich in Aussehen und Eigenschaften vom handgeschöpften Papier kaum unterscheiden. Auch dieses maschinell geschöpfte Papier wird als „Echt Bütten" bezeichnet. Büttenpapier ist holzfrei und wird aus hochwertigsten Zellulosen erzeugt, meist mit einem erheblichen Anteil an Lumpen (Hadern).

Echte Büttenpapiere werden sowohl als Schreib-, Schreibmaschinen- als auch als Druckpapiere hergestellt. Auch Aquarell-Zeichenpapiere und -kartons sowie dekorative Einbandpapiere, Vorsatz- und Künstlerpapiere können echtes Bütten sein. Die sehr gute Eignung von echten Büttenpapieren für hochwertige Drucktechniken zeigt sich besonders in ihrer bevorzugten Verwendung für Werke der klassischen und modernen Druckgraphik. Ein besonderes Kennzeichen für echtes Bütten sind seine Wasserzeichen, die besonders klar heraustreten, weil sie zugleich mit dem Erzeugungsvorgang entstanden sind: Die Form des Zeichens befindet sich als Drahtbild auf den Büttensieb. Entlang seiner Kontur lagert sich weniger Papier ab; daher erscheint das Wasserzeichen wegen der geringeren Bogenstärke heller.

Heute können Papiere minderer Qualität nachträglich mit einem imitierten Büttenrand versehen werden. Diese Papiere sind ohne weiteres an der Art des Randes erkennbar, denn ein echtes Büttenpapier – hand- oder mit dem Rundsieb geschöpft – weist im unbeschnittenen Zustand eben den faserigen Rand auf, während die Ränder imitierter Büttenpapiere einen scharfen Grat zeigen.

KLAUS RENKER

Großhandel: Liefer-Engpaß vermieden



Papiermaschinen produzieren täglich über 100 Tonnen Feinpapier. Dollarkurs und Lagerquote begünstigen den Export FOTO: KARSTEN DE RIESE

Einen ungewöhnlichen Verlauf nahm für den Papiergroßhandel das Geschäftsjahr 1984. Dieser Umstand wird bei der Betrachtung der mengenmäßigen und zahlenmäßigen Umsatzentwicklung besonders deutlich. Beide Kennziffern stiegen in nicht unerheblichem Ausmaß: Mit 1,265 Millionen Tonnen ist die Gesamtabsatzmenge um elf Prozent gegenüber dem Vorjahr angewachsen, der wertmäßige Umsatz bei Schreib- und Druckpapieren um 20 Prozent auf etwa 4,2 Milliarden Mark.

Lange Zeit gab der Grund für diesen unerwarteten Anstieg der Nachfrage den Marktbeobachtern Rätsel auf. Verschiedentlich wurde sogar die Vermutung geäußert, daß überhöhte Lagerbildung im Zusammenhang mit mehrmaligen Preissteigerungen eine künstliche Aufblähung des Bedarfs herbeigeführt habe.

Am Jahresschluß zeigten dann jedoch die laufenden Statistiken über die Lagerveränderungen deutlich eine Tatsache: Der Großhandel verzeichnete keine wesentliche Bestandserhöhung. Die zusätzlichen Lieferungen dienten mithin beinahe ausschließlich der Deckung des Mehrbedarfs. Der Grund: Die Werbung wurde im Rahmen der Konjunkturbelebung in erheblichem Maßstab ausgedehnt – darin im wesentlichen lag die wirkliche Ursache für die außerordentliche Belebung des Marktes.

Die Lieferzeiten betrugen zeitweise für verschiedenen Sorten bis zu zwölf Wochen – eine nicht unbedeutende Bewährungsprobe für den lagerhaltenden Großhandel. Das Lagergeschäft weitete sich wesentlich mehr aus als das Streckengeschäft, nämlich mengenmäßig um 14,5 Prozent.

Damit erfüllte der Großhandel zugunsten seiner Lieferanten wie auch seiner Kunden eine seiner wichtigsten, aber auch schwierigsten Aufgaben. Die Marktentwicklung war ja keineswegs vorherzusehen, so daß die Entscheidungen über die Lagerhaltung unter Inkaufnahme großer Risiken gefällt wurden. Während so der Großhandel, trotz mancher Anspannung, die Belieferung seiner Kunden – vor allem der Druckereien – auch in Zeiten langer Lieferfristen der Fabriken sicherstellte, entlastete er auch seine Lieferanten, die die besonderen Möglichkeiten des Exports, vor allem auch bei steigenden Dollarkursen, nutzen konnten.

Der Anteil des Papiergroßhandels am Inlandsmarktabsatz deutscher Hersteller betrug 1984 bei graphischen Papieren (ohne Pressepapiere, wie Zeitungsdruck) 44 Prozent; in verschiedenen wichtigen Sorten, etwa bei holzfreien Papieren und bei selbstdurchschreibenden Papieren, bewegte er sich um 70 Prozent. Bei gestrichenen Papieren (ohne holzhaltig maschinengestrichene Rollenpapiere) erreichte der Großhandel einen Marktanteil von 67 Prozent. Trotz dieses außerordentlichen Umsatzaufschwungs hielt der Wettbewerb im Großhandel weiter an, so daß sich schließlich nur ein mäßiges durchschnittliches betriebswirtschaftliches Ergebnis von 1,5 Prozent des Umsatzes ergab.

Der Großhandel hat also seinen Abnehmern keine übermäßigen Kosten aufgebürdet, obwohl er wegen der Umsatzausweitung umfangreiche Mehrkosten besonders in der Lagerhaltung und für den Transport zu tragen hatte.

Das Jahr 1984 aber wird eine Ausnahmeerscheinung bleiben. Diese Prognose stützt schon das bisherige Geschäft des laufenden Jahres. In ihm wird eine Stabilisierung erwartet. JOSEF LANZHAMMER

VERARBEITUNG / Verpackungen sind Hauptprodukt

Technik mit Weltruf

Die Papier und Pappe verarbeitende Industrie stellte 1984 mit 98 452 Beschäftigten 5,5 Millionen Tonnen Papier- und Pappewaren im Werte von 17,6 Milliarden Mark her. Damit konnte diese Industriegruppe die Stagnation der Jahre 1982 und 1983 überwinden und an die Zuwachsraten von 1979 und 1980 anknüpfen. Für 1985 und die folgenden Jahre wird ein moderates Mengenwachstum von rund zwei Prozent jährlich erwartet.

Den größten Umfang an der Gesamtproduktion nehmen Verpackungen mit einem Anteil am Produktionswert von 52,4 und einem Anteil an der Produktionsmenge von 71,7 Prozent (jeweils 1984) ein. Es folgen: Hygienepapierwaren mit 21,4 und 15,9 Prozent, Schreibwaren und Bürobedarf mit 9,3 und 5,2 Prozent, buchbinderische Erzeugnisse mit 4,3 und 0,1 Prozent, Tapeten mit 3,6 und 2,5 Prozent, und Spezialartikel wie Technische Papiere, Etiketten, oder Kunst- und Dekorationserzeugnisse mit neun und 4,6 Prozent.

Menge und Vielgestaltigkeit der hergestellten Güter, die einen zuverlässigen Schutz bei Transport und Lagerung benötigen, sowie der Handel, der eine geeignete Vorverpakkung der angebotenen Güter voraussetzt, erfordern eine hochentwickelte Verpackungsindustrie. Die Produktion von Verpackungen wird in den kommenden Jahren in dem Maße weiter zunehmen, in dem die Herstellung gegenständlicher Güter wächst. Der Wachstumspfad der Verpakkungsproduktion wird sich also etwas unterhalb der realen Entwicklung des Sozialproduktes bewegen.

Insgesamt hat die Produktion von Papier- und Pappewaren von 1970 bis 1984 mengenmäßig um 44,5, wertmäßig um 132,4 Prozent zugenommen. Pro Kopf der Bevölkerung verbrauchten die Bundesbürger 160 Kilogramm Papier und Pappe (1983). Der Verbrauch ist damit rund viermal so hoch wie im Weltdurchschnitt (1983: 39 Kilogramm), jedoch nur wenig mehr als halb so hoch wie in den USA (1983: 267 Kilogramm).

In den europäischen Ländern liegt der Verbrauch nur im besonders holz- und papierreichen Schweden (212 Kilogramm) deutlich, in Dänemark, Finnland und der Schweiz nur wenig über dem der Bundesrepublik.

In fast allen anderen europäischen Ländern liegt der Papierverbrauch bedeutend niedriger, ganz besonders in den Ostblock-Staaten, wie in der „DDR" (1983: 81 Kilogramm) und in der Sowjetunion, wo nur 35 Kilogramm Papier pro Kopf der Bevölkerung verbraucht wurden. Der Pro-Kopf-Verbrauch von Papier- und Pappewaren ist so Indikator des Lebensstandards in einzelnen Ländern.

Gegenüber konkurrierenden Produkten, etwa im Verpackungssektor, zeichnen sich Papier und Pappe durch günstige Umwelteigenschaften aus. Die Recyclingquote erreicht schon heute nahezu 50 Prozent, speziell im Verpackungssektor sogar über 80 Prozent.

Die Papierwirtschaft in der Bundesrepublik gehört zu den leistungsfähigsten der Welt; die rund 2000 Betriebe der Papier und Pappe verarbeitenden Industrie sind mit modernsten Maschinen ausgestattet. Bei den Großbetrieben erlangen die voll integrierten, elektronisch gesteuerten Fertigungsanlagen in zunehmendem Maße an Bedeutung. HORST KOHL

VDP / Positive Bilanz zum Informationsflug 1985

Stabiler Markt erwartet

Überwiegend positiv bewertete der Präsident des Verbandes deutscher Papierfabriken (VDP), Carl-Ludwig Graf von Deym, die gegenwärtige Auftragslage und das Leistungsniveau der Papierindustrie. Mit der höchsten Steigerungsrate seit 1945 in Höhe von elf Prozent erreichte die Papierindustrie 1984 ein Produktionsniveau von 9,2 Millionen Tonnen, 850 000 Tonnen mehr als 1983. Die Inlands-Nachfrage stieg ebenfalls um elf Prozent, die Nachfrage aus dem Ausland lag sogar um 17 Prozent höher als im Vorjahr. Als Exporteur in die Länder Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz und Österreich rangiert in Europa die Bundesrepublik nach Finnland und Schweden an dritter Stelle. Der Ausfuhr von 31 Prozent der deutschen Produktion steht allerdings ein Import von 41 Prozent gegenüber.

In der Zellstoff- und Papierindustrie hat sich der Umsatz von 1983 auf 1984 um 18 Prozent erhöht, dabei sind die Investitionen um zehn Prozent gestiegen. Die Anzahl der Betriebe und der Beschäftigten haben sich jeweils um ein Prozent verringert.

Bei vermehrtem Umsatz mußten 1984 erhöhte Rohstoffpreise in Kauf genommen werden. Die Erhöhungen gerade beim Altpapier, Zellstoff und im Energiebereich ergeben eine Gesamtkostensteigerung um zehn Prozent. Obwohl die Papierindustrie ihre Verkaufspreise im Durchschnitt um nur acht Prozent anheben konnte, wurde dieser Kostenanstieg durch den Mengenboom aufgefangen, mit dessen Hilfe sich gleichzeitig die Ertragslage verbesserte.

Nach den Erfolgen des Jahres 1984 sorgt eine gegenwärtig stabile Marktlage bei guter Kapazitätsauslastung für ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. So wird auch dieses Jahr mit einer Fortentwicklung der Papierkonjunktur auf hohem Niveau gerechnet, wenngleich die Papierindustrie insgesamt wieder bescheidenere Wachstumsraten erwartet.

Graf Deym äußerte sich vor der Presse anläßlich des diesjährigen Informationsfluges der Zellstoff- und Papierindustrie. Die Stationen dieses „Fly in", zu dem der VDP nach Süddeutschland eingeladen hatte – es war die zwölfte Veranstaltung dieser Art – waren:

- Die Papierfabrik Scheufelen in Lenningen, die seit 1855 besteht und in einem idyllischen Tal gewachsen ist,
- eine Waldbegehung auf der Rusel im Bayerischen Wald (Führung: Staatliches Forstamt Deggendorf) und
- ein 1982 auf der grünen Wiese errichtetes Werk der MD Papierfabriken in Plattling. UTE LENZ

Mehr als nur ein Stück Papier . . .

Die spitzeste Feder in Bonn führen mit Sicherheit drei Herren, wenn es gilt, Politik optisch würdig darzustellen. Die spitze Feder ist wörtlich zu nehmen. Mit ihr den Staatsverträgen und Urkunden, dem Briefpapier des Bundespräsidenten und sogar Menükarten eine repräsentative Würde zu verleihen – das ist Aufgabe der drei Kalligraphen der Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes. Sie sind die einzigen „Schönschreiber" des offiziellen Bonn. Für sie hat Papier noch die Bedeutung wie für die Mönche im Mittelalter: Qualität als Voraussetzung für handwerkliche Arbeit, die vor forschenden Augen besteht.

Repräsentation ist heutzutage eine Frage schmaler Margen zwischen Feinstpapierqualitäten und ihrem Preis: Der Rechnungshof prüft das Roma-Büttenpapier ebenfalls. Das vom Chefkalligraphen Karl-Heinz Emrich verwendete Roma-Bütten ist vergleichsweise kostengünstig und in einer großen Farbskala erhältlich.

Seine Oberfläche muß fest und rauh sein, um der Bandzugfeder eine problemlose Führung zu gewährleisten. Sie muß eine Struktur aufweisen – zum einen, um der verwendeten wasserlöslichen Schriftfarbe Halt zu bieten, zum anderen aber auch aus optischen Gründen. Eine rupffeste Oberfläche muß dem Siegel geeigneten Untergrund bieten.

An Tisch- und Menükarten legen die Kalligraphen andere Maßstäbe an. Aus Frechen bei Köln bezieht das Auswärtige Amt einen Feinkarton in eierschalenfarbener Sonderanfertigung mit einem Gewicht von 246 Gramm pro Quadratmeter und einer leichten Körnung in der Oberfläche. Für Einladungskarten ist eine andere Sonderanfertigung mit einem Gewicht von 280 Gramm im Sortiment. Von beiden Sorten verbraucht die beauftragte Bonner Druckerei, allerdings auch für private Kunden, rund zwölf beziehungsweise vier Tonnen im Jahr.

Nicht immer ist den Papierherstellern der Wunsch des Kalligraphen Vater des Gedankens: Kostengründe zwangen zur Einstellung der Produktion eines bevorzugt verwendeten Opaline-Kartons, und das Roma-Bütten hielt Einzug.

Das Feinstpapier hat einiges zu erdulden: Schnell und akkurat müssen Goldinitiale aufgetragen werden, noch rascher aber und ohne jede sichtbare Spur soll ein Fehler auch ausgemerzt werden können, mit Rasierklinge, Tinkturen oder sonstigen langerprobten Tricks. Niemand ist perfekt, nur: Protokoll, das ist auch der Anschein, als sei es so.

TORSTEN W. KRAUEL

Die Themen der nächsten WELT-Reports

Industrie- und Hallenbau
3. September 1985

Immobilien-Leasing
4. September 1985

Kreditversicherung
5. September 1985

Transport
10. September 1985

Fortbildung
11. September 1985

Selbstmedikation
19. September 1985

Ausländische Versicherungen
26. September 1985

Änderungen vorbehalten

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Anzeigenabteilung
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36
Tel.: (040) 347-41 11, -43 83, -1
Telex: 217 001 777 asd

SCHWIMMEN / 100 m Kraul unter 49 Sekunden: Matt Biondi jagt Michael Groß jetzt über 200 m

Familiäre Feier einer unverhofften Silbermedaille
Rolf Beab mit Sohn Denis auf dem Siegerpodest

sid/dpa, Sofia

Für einen *Moment* wurde der Blick abgelenkt von dem Mann, der im Mittelpunkt steht, wenn es in Deutschland um den Schwimmsport geht. Michael Groß ist in Sofia wieder Europameister geworden. Er hat seine Gegner über 200 m Kraul deklassiert, obwohl er seinen eigenen Weltrekord nicht erreichte. Das ist eine Meldung – Groß beklagt es zuweilen und hält es *auch manchmal für ungerecht* –, die hierzulande schon so selbstverständlich geworden ist, daß wieder zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Diesmal aber wurde *der Blick vom deutschen* Superstar für einen Moment zu Recht abgelenkt.

Da stand in Sofia einer auf dem Siegerpodest und hatte einen kleinen Jungen im Arm. Der brave Funktionär, der die Siegerehrung vornahm, zögerte einen Augenblick, dann hängte er die Silbermedaille um den Hals des blonden, 21 Monate alten Jungen, der davon kaum Notiz nahm – ihn interessierten die Blumen und *die Urkunde viel mehr. Die* Fotografen scharten sich um den Schwimmer und seinen Sohn, die Zuschauer, solcher menschlichen Augenblicke im Hochleistungssport immer mehr entwöhnt, *hatten* ihre Freude dran.

Der Mann, der da oben mit seinem Sohn Denis im Arm stand, ist der Aufsteiger des Jahres 1985 im deutschen Schwimmsport: Rolf Beab, 21 Jahre alt. Über 100 m Brust belegte er in persönlicher Bestzeit (1:03,38) Platz zwei hinter dem Briten Adrian Moorhouse. Die familiäre Medaillen-Feier war für Beab selbstverständlich: „Unser ganzes Familienleben ist auf mein Schwimmen ausgerichtet. Und ich bin dann am besten, wenn meine Frau Susanna und mein Sohn Denis ganz nahe bei mir sind."



Stolzer Vater Rolf Beab mit Sohn Denis (21 Monate). FOTO: DPA

Der Name Rolf Beab ist noch kein Begriff. Das liegt wohl auch ein wenig an ihm selbst. 1978 fiel er zum ersten Mal auf, da war er gerade 14 Jahre alt und gewann bei der Jugend-Europameisterschaft über 100 m Brust. Das reichte ihm offensichtlich. Er ließ das Training schleifen. Heute sagt er: „Danach ging es rapide in den Keller, weil ich dachte, ich könnte jetzt ausruhen. *Ich habe einfach nichts mehr* getan nach diesem Titelgewinn."

Erst 1983 entschloß er sich, diesen Zustand zu ändern. Beab wagte einen *neuen* Anfang bei Bundestrainer Manfred Thiesmann in der Bundeswehr-Sportschule Warendorf. Die Steigerung kam dann ebenso schnell wie der Rückfall nach dem Jugend-Titel: Über 1:05,85 Minuten (1983) und 1:04,66 (1984) schwang er sich zu jetzt 1:03,38 auf. Experten hatten es geahnt, als er – von der Öffentlichkeit unbemerkt – am 2. Juli dieses Jahres in Heidelberg Europarekord über 50 Meter erreichte (28,67).

Weitere Steigerungen sind zu erwarten, *das Rennen von Sofia und* Beabs Worte danach lassen darauf schließen. Er glaubt, sogar Gold sei für ihn möglich gewesen: „Bei 75 Metern war ich schon fest davon überzeugt, *daß ich das Rennen gewinne.* Ich habe niemanden gesehen, rechts und links hat sich nichts bewegt." Daß Moorhouse dann noch vorbeizog „lag wohl daran, daß er einfach besser war". *Das mag sein. Doch vielleicht* liegt das auch daran, daß Beab im Wasser beim Kampf um die Medaille zuviel nachdachte. Immerhin waren es sportlich positive Gedanken: „Während des Rennens habe ich mir gesagt: Du müßtest eigentlich noch mehr trainieren."

Seine Frau Susanna wird dafür Verständnis haben, schließlich gehörte sie unter ihrem Mädchennamen Allwermann mit ihrem Mann zur deutschen *Jugend-Nationalmannschaft*. Und Denis darf die Siegerehrungen schon heute mitmachen. Das neue Ziel des „ganzen Familienlebens": „Ich peile die Olympischen Spiele an." Hoffentlich sind Frau und Sohn auch in Seoul dabei.

Michael Groß forderte sich bei seinem überlegenen Sieg über 200 m Freistil selbst heraus. Nach 100 Metern standen als Zwischenzeit schier unglaubliche 52,08 Sekunden auf der Anzeigetafel im Bad des Stadions „Rote Fahne" – eine Sekunde schneller als bei seinem Weltrekord in Los Angeles. Zu diesem Zeitpunkt gab es nur noch zwei Möglichkeiten: Ein weiterer fabelhafter Weltrekord oder ein Einbruch des Ausnahmeathleten. Das *Experiment* mit der eigenen Kraft – Trainer Oeleker nannte es „Harakiri" – endete letztlich mit einer Siegerzeit von *1:47,95* (0,51 über dem Weltrekord). Groß: „Ich war nicht einmal auf einen Weltrekord aus. Ich wollte nur mal sehen, was passiert, wenn ich so extrem schnell angehe." Ein solches Verhalten in einem so wichtigen Rennen kann sich wohl nur einer wie Groß leisten.

In den USA wird Groß jetzt gejagt – von einem 19 Jahre alten Studenten, *der eine Traumgrenze* des Sports durchbrochen hat. Matt Biondi von der Universität Berkeley erreichte bei den US-Meisterschaften im kalifornischen Mission Viejo über 100 m Kraul *als erster Mensch* eine Zeit unter 49 Sekunden. Mit 48,95 war er um 0,41 Sekunden schneller als sein Landsmann Rowdy Gaines, der den Weltrekord vorher hielt (49,36). Bereits im Vorlauf hatte Biondi 49,24 Sekunden geschafft. Biondi war offensichtlich der einzige, der von seiner Leistung nicht verblüfft war. Nach dem Rennen sagte er: „Ich habe eigentlich damit gerechnet, noch schneller sein zu können. Im Vorlauf bin ich nach einem Fehlstart schlecht weggekommen, und auch die Wende war nicht optimal. Trotzdem sprang da schon ein Weltrekord raus."

Matt Biondis nächste Ziele betreffen Michael Groß: *„Ich will schneller* sein als er. Ich werde seinen Weltrekord über 200 m brechen." Die Entscheidung über diese Distanz fällt bei den US-Titelkämpfen in der Nacht zu Freitag (MESZ).

Noch ein kleiner Rückblick in die Sportgeschichte: *1922* gelang es Johnny Weissmueller, die Grenze von einer Minute zu durchbrechen (58,6). Weissmueller war später der beliebteste „Tarzan"-Darsteller der Filmgeschichte. Im Olympia-Finale von Montreal (1976) kam der Amerikaner *Jim Montgomery* als erster unter die 50-Sekunden-Grenze (49,99).

Zum 750. Mal: Das „Deutsche Schlagerlotto" vom Hessischen Rundfunk

Kein Platz für ausländische Laute

Zum ersten Mal wurde das Wort Schlager publizistisch in einer Ausgabe der Wiener „National-Zeitung" des Jahres 1881 verwendet. Der Kollege von ehedem wollte mit dem neuen Begriff auf die Durchschlagskraft einiger Operettenmelodien hinweisen. Heute, gut 100 Jahre später, haftet dem Wort Schlager ein eher negativer Beigeschmack an. Schlager klingt so furchtbar deutsch. So nach Schnulze.

Wenn dem und der Publikumsgeschmack so wäre, dann hätte am vergangenen Wochenende eine Hörfunkserie im 1. Prgramm des Hessischen Rundfunks keinen Grund zum Feiern gehabt. Zum 750. Mal stand dort nämlich das „Deutsche Schlagerlotto" auf *dem Programm. Aus Jubiläumsgründen* live veranstaltet in Kelkheim mit Gästen, die am deutschen Schlagerhimmel wohlklingende Namen haben: u. a. Hanne Haller, neues deutsches *Grand-Prix-Wunder*, *Mary* Roos, Severine, Bernd Clüver und Petra Pascal.

Im Oktober 1970 wurde die Idee beim Hessischen Rundfunk geboren, eine Sendung nur mit deutschen Titeln in Form einer Hörerlotterie zu wagen. Franz Rüger, der verantwortliche Redakteur, ist seit Anbeginn ein engagierter Kämpfer für deutsche Musik an deutschen Sendern. Ihn ärgert es, daß die ARD-Stationen bis zu *70 Prozent ihrer Musiktitel aus dem* Ausland übernehmen.

„Ich bekomme das kalte Grausen, wenn ich mir die Pop- und Discoscheiben anhöre und erkenne, welchen Mist die ausländischen Produzenten und Plattenhersteller den *deutschen Hörern zumuten.* Dabei gibt es so viele gute Komponisten, Texter, Verleger und Interpreten aus dem deutschsprachigen Raum, inklusive Österreich, Schweiz und den Niederlanden, die es ungeheuer schwer haben, sich bei den Sendern durchzusetzen. Diese Leute müssen ihre Produkte wie saures Bier anbieten. Dagegen hat es die Hackmusik aus Übersee viel einfacher, auf den Sender zu kommen."

Rüger ist beileibe kein „Pop-Nationalist". Ihm liegt nur die hiesige, so oft verkannte und verlachte Schlagerwelt am Herzen, die, wie die HR-Serie beweist, ihre Zuhörer und Fans hat. „Wir erreichen jeden Sonntag etwa 400 000 Hörer zwischen 14.05 Uhr und 15.30 Uhr. Mit dabei ist immer ein Interviewgast, der einen Titel von sich vorstellt. Zu jedem Schlagerlotto laden wir auch – als Preis – einen Gewinner der Vorsendung als Gast ins Studio ein. Vorgestellt werden jeweils zwölf Lieder, wovon sich sechs *placieren können.* Allerdings höchstens viermal, damit kein Titel unter Umständen ein Jahr lang mit von der Partie ist. Zu jeder Sendung melden sich per Postkarte die Hörer und geben *ihre Telefonnummer an.* Wir wählen dann sechs Hörer aus, die wir vom Studio anrufen und die dann ihre Wertung der vorgestellten Titel abgeben. Das geht von sechs Punkten bis zu einem. So sind wir zwar nicht repräsentantiv, aber wir haben die Sicherheit, daß wir nicht von irgendeinem Fan-Club 300 Karten erhalten, weil die ihren Star auf den ersten Rang sehen möchten."

Schummeleien dieser Art, erinnert *sich Rüger, habe es zu Beginn der* Sendereihe öfter gegeben. Deshalb hat er sich die Telefonaktion einfallen lassen. Und damit das Lotto auch eine Lotterie ist, winken Hörern, denen die Glücksgöttin wohlgesonnen ist, einige Gewinne: Schallplatten, Radios oder ein Besuch im Studio.

Daß man durch eine solche Sendung auch Künstlern finanziell unter die bedürftigen Arme greifen kann, beweist die Tatsache, daß das Schlagerlotto-Team – neben Rüger der Moderator Gerhard Opitz – immer wieder die Autogrammkartenwände, auf denen sich die deutschen Lieblinge verewigt haben, zugunsten der Künstlerhilfe des Bundespräsidenten versteigert. Die Hörfunksendung ist bei der mittleren Schlagergarnitur überaus beliebt. Mangel an Interviewgästen hat nie bestanden, und daß in einer Ausgabe nicht gleich mehrere zum Zuge kommen, hat seinen Grund in der Rügerschen Anschauung: „Ich will ja eine Musiksendung machen und keine Plattenwerbung!"

Rückerinnerung an gute alte Dampfradiozeiten bietet seit drei Jahren die Oldie-Ecke. Hier kommt auch der Schnulzenfan zu seinem Recht, wenn er Wencke Myhre nochmals im „Knallroten Gummiboot" schippern hören möchte.

Wer nun glaubt, daß sonntags nur die mittelalterliche Generation am Empfänger sitzt, der irrt gewaltig. Die *Anrufe haben es an den Tag gebracht:* Auch viele 20- und 30jährige hören gerne ab und an deutsche Schlager. Selbst die Produkte eines Heino dürfen dabei nicht fehlen. Sang- und summbare *Musik ist angesagt in einer* Zeit, wo Computerklänge und elektronische Hickhackereien sich in den Plattenrillen breitgemacht haben.

Rüger: „Ich bin nicht unbedingt ein Freund von Heino, was die Art seines Singsangs anbelangt, aber ich weiß, *daß drei Millionen Hörer ihn* gerne hören. Also kann ich nicht an seiner Musik vorbeigehen. Ich mache ja die Programme nicht für mich, sondern für die Menschen, die die Sendungsart Schlagerlotto anspricht."

Hoffentlich wird im Interesse der Hörer nach Rügers ins Haus stehender Pensionierung nicht vergessen, daß das Deutsche Schlagerlotto von deutschen Produktionen lebt. Es wäre schade, wenn eine der letzten Ekken Kontrastprogramm in Pension gehen müßte. ROLF PETERS

SPORT-NACHRICHTEN

Zweite Runde erreicht

Toronto (dpa) – Bettina Bunge und Eva Pfaff haben die zweite Runde der kanadischen Tennis-Meisterschaften in Toronto erreicht. Eva Pfaff besiegte Gigi Fernandez (USA) 6:4, 6:1, Bettina *Bunge die Kanadierin Jill* Hetherington 7:6, 6:4.

Polen Weltmeister

Montreal (sid) – Polen gewann die Weltmeisterschaft der Modernen Fünfkämpferinnen in Montreal vor der UdSSR und Schweden. Die deutsche Mannschaft, vor zwei Jahren *Dritte, belegte nur Platz elf.*

Schach: WM-Termin

Moskau (dpa) – Die im Februar abgebrochene Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow wurde endgültig neu angesetzt: Ab 3. September werden in Moskau 24 Partien gespielt.

Titel verteidigt

Frankfurt (sid) – Werner Betz (Sindelfingen) verteidigte seinen deutschen Steher-Titel bei den Radprofis. Meister im Punktefahren wurde Dieter Giebken (München).

Noch ein Golf-Titel

Hamburg (GAB) – Martina Koch (19) aus Hannover, amtierende Internationale und Nationale Deutsche Amateur-Meisterin im Golf, gewann nun auch die internationalen Titelkämpfe der Schweiz in Lausanne mit *296 (73+76+74+73)* Schlägen bei par 72. Schweizer Meister der Herren wurde Thomas Hübner (Hubbelrath) mit 290 Schlägen vor dem Südafrikaner Dean van Staden (291) und seinem jungen Vereinskollegen Friedrich Kötter (298 *= 76+77+78+67).*

ZAHLEN

FUSSBALL

Zweite Liga, 2. Spieltag: Braunschweig – Aschaffenburg 4:0, Blau Weiß Berlin – Bayreuth 4:0, Solingen – Aachen 2:2, Oberhausen – Freiburg 0:0. – Freunschaftsspiele der Bundesligaklubs: Fürstenfeldbruck – München 2:6, Strand 08 – Hamburg 0:7, Hattersheim – Frankfurt 1:9, Bad Ems – Uerdingen 0:2, Siegen – Bremen 1:8, Gerath – Leverkusen 0:17, Bergheim – Köln 0:8, Saar 05 Saarbrücken – 1. FC Saarbrücken 2:6.

SCHWIMMEN

***Europameisterschaft** in Sofia, Männer*, 100 m Brust: 1. Moorhouse (Großbritannien) 1:02,99, 2. Beab (Deutsch*land) 1:03,38, 3. Wolkow (UdSSR)* 1:03,59, . . . 7. Goebel (Deutschland) 1:04,54. – 200 m Freistil: 1. Groß *(Deutschland) 1:47,95, 2. Lodziewski* („DDR") 1:49,99, 3. Werner (Schweden) 1:50,04, 4. Fahrner (Deutschland) 1:50,54. – *Kunstspringen: 1. Droschin* (UdSSR) 635,57 Punkte, 2. Georgiev (Bulgarien) 604,98, 3. Dörr 592,89, . . . 10. *Killat (beide Deutschland) 561,66.* – Frauen, 100 m Freistil: 1. Friedrich 55,71, 2. Stellmach (beide „DDR") 55,77, 3. *van Bentum (Holland) 56,33, 4. Seick* 57,04, . . . 7. Zscherpe (beide Deutschland) 57,69. – 400 m Lagen: 1. Nord 4:47,08, 2. *Sirch (beide „DDR") 4:48,73,* 3. Blagova (Bulgarien) 4:50,69, . . . 5. Schulz 4:51,92, 7. Zindler (beide Deutschland) 4:53,45. – Wasserball, Gruppe A: Deutschland – Jugoslawien 6:7, Ungarn – Griechenland 8:6, Intalien – Holland 6:5, UdSSR – *Spanien* 14:7.

HANDBALL

Länderspiel, Frauen: Deutschland – Ungarn 13:22.

TENNIS

Warten im Schnee . . .

DW. Kitzbühel

Kitzbühel, der berühmte Wintersportort, zeigt sich im August winterlich. Die Berge sind bis auf etwa 1500 Meter weiß eingeschneit. Und wegen des zusätzlichen Dauerregens war selbstverständlich an Tennis im Freien nicht zu denken. Auch Boris Becker, der aber zum Tennisspielen nach Kitzbühel gekommen war, brauchte den Schläger nicht auszupacken. Denn die Turnierleitung der Internationalen Österreichischen Meisterschaften entschloß sich kurzerhand, das Turnier in die Halle zu verlegen. Angesetzt wurden vorerst aber nur die Doppel-Spiele, da die Veranstalter hofften, daß am Nachmittag eine Wetterbesserung eintreten würde.

Ein genauer Termin für das erste Einzel gegen Diego Perez (Uruguay) wurde deshalb dem Wimbledonsieger auch noch nicht *mitgeteilt*. Am Dienstag abend konnte Becker eine Kostprobe seines Könnens im Doppel geben, aber ebenfalls nur in der Halle. An der Seite von Pavel Slozil (CSSR) dauerte es nur 41 Minuten, bis die Franzosen Tulasne/Courteau *mit 6:4, 6:0 bezwungen waren.*

Recht einseitig verlief der Bruderkampf zwischen John und Patrick McEnroe, die in Stratton (Bundesstaat Vermont) zum ersten Mal bei einem Grand-Prix-Turnier aufeinandertrafen. John siegte in 65 Minuten mit 6:1, 6:2, aber er gestand: „Ich war vor diesem Spiel nervöser als sonst."

STAND ● PUNKT

Blick in die Röhre

Die Fernsehkommission des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und die beiden Fernsehanstalten streiten mal wieder über Honorare und Sendezeiten. Davon hatte der Fernsehzuschauer noch nie etwas. Nur die Hoffnung bleibt.

Endlich rückte das ZDF von der arroganten Forderung ab, für das „Aktuelle Sportstudio" ein Spitzenspiel für die „Sportschau" der ARD *zu blockieren. Wer nichts davon hätte,* wäre der Zuschauer.

Wahrscheinlich wird es auch demnächst Bundesligaspiele live im Fernsehen zu sehen geben. Zumindest wollen die Herren jetzt ernsthaft darüber diskutieren. Gescheitert am Ve*to des DFB war der Plan, schon am* ersten Spieltag der Bundesliga, Samstag um 20.00 Uhr, das Spiel des Pokalsiegers Bayer 05 Uerdingen gegen den Meister Bayern München live zu übertragen. Dabei müßten Zahlen für sich sprechen: Am 6. April betrug *im ZDF die Einschaltquote des* Pokalspiels München gegen Gladbach 37 Prozent, zur gleichen Zeit sahen bei der Rudi-Carrell-Show in der ARD nur 33 Prozent zu.

Der DFB muß seine Einstellung ändern. Ein Blick auf Boris Becker genügt. Seine *Auftritte im Fernsehen* haben einen noch gar nicht überschaubaren Tennis-Boom ausgelöst. Gute Fußballspiele im Fernsehen reizen bestimmt den einen oder anderen, endlich wieder einmal selbst ins Stadion zu gehen. ud

KRITIK

Von Reue keine Spur

Es war wohl ein Musterbeispiel für Fehlplanung und mangelnde Koordination: Das Überkreuzen und Überlappen der Beiträge auf beiden Kanälen zum 40. Gedenktag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima. Gewiß, die Mainzelmänner begannen etwas früher, nämlich „Fünf nach Zehn" mit Erwin Leisers Film **Hiroshima – Erinnern und verdrängen** und der anschließenden Expertendiskussion. Doch diese ging ja bis Mitternacht und verlief somit parallel zu dem WDR-ARD-Beitrag **Premiere in Hiroshima.**

Selten gab es so viele TV-Doubletten zu fast gleicher Zeit: Zunächst entnahm man dem Zweiten und dann dem Ersten Programm die beschämende Tatsache, daß die am 6. August 1945 ums Leben gekommenen Koreaner – bis 1945 ein Kolonialvolk Japans – ihre Gedenkstätte separat von den getöteten Japanern fanden. Auf beiden Kanälen sah man Täter – keineswegs von Reue gebeugte Bomber-Piloten der Air Force – wie auch Opfer: von den Atomstrahlen entsetzlich gezeichnete Überlebende oder von den Folgen heimgesuchte Nachgeborene.

Die ZDF-Sendung mit dem schlüssigen Leiser-Film im Mittelpunkt war dabei sehr viel substantieller. Doch Nina Gladitz' Feature über Herbert Sussan, der 1945 im Auftrag der Air Force Top-secret-Filmaufnahmen von Hiroshima-Opfern gemacht hatte, war ebenfalls intelligent und gekonnt. Bei der ARD kamen wenigstens auch die Jahre vor Hiroshima durch japanische Okkupanten in Nanking und Shanghai massakrierten chinesischen Zivilisten kurz ins Bild. Doch bedauerlicherweise verlor sich der ARD-Beitrag am Schluß in Slapsticks und Möchtegern-Satire.

GISELHER SCHMIDT



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Sport-Reportage
Schwimm-EM
11.10 Sieh an, sieh an
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Fury
15.25 Fauna Iberica
Spechte (2)
15.50 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Ein Platz für Tiere
Zwischen Springböcken und Mundbrütern
Von und mit Bernhard Grzimek
16.55 Deutsch?
Der Schrei des Shi-Kai
Fernsehspiel von Reiner Lücker
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. der 7. Sinn
20.18 Unter deutschen Dächern
Vom Leben mit Waffen
Um die Einstellung der an der Herstellung von Kriegsmaterial beteiligten Menschen zu erörtern, begab sich Wolfgang Landgraeber in die Oberndorfer Waffenschmiede und drehte dort einen Dokumentarfilm aus dem „Grenzgebiet zwischen Wissen und Gewissen".
21.00 Lieder der vier Jahreszeiten
22.30 Tagesthemen
23.00 Schwimm-EM
Ausschnitte vom Tag aus Sofia
23.25 Zum Tode von Walter Richter
Tatort: „Richter in Weiß"
Von Friedhelm Werremeier
Mit Helmut Käutner, Erika Pluhar u. a.
Regie: Peter Schulze-Rohr
1.25 Tagesschau

ZDF

15.00 heute
15.05 Grisu, der kleine Drache
Paris – Paris
15.30 Ferienkalender
16.05 Die Muppets-Show
16.30 Strandpiraten
Auf Freiersfüßen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Der tote Auftraggeber
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Mit Wim Thoelke
20.50 Die große Hilfe
Eine Bilanz der „Aktion Sorgenkind"
21.00 Telemotor
Mit Harry Valérien
Pro und Kontra Radarkontrollen / Kinder im Verkehr / Autotest Renault 5 GTL / Der EG-Abgaskompromiß und seine Folgen – Gespräch mit Michael Lange vom Umweltbundesamt
21.45 heute-journal
22.05 Was nun, Herr Schily?
Fragen an den Grünen Bundestagsabgeordneten von Klaus Bresser, Wolfgang Herles und einem Überraschungsgast
23.05 Fred Astaire: Ein Fräulein in Nöten
Amerikanischer Musicalfilm (1937)
Musik: George Gershwin; Regie: George Stevens
0.40 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Big Valley
Flucht vor Morrison
15.00 Siehste!
Siehste in die Welt: Tanja, die Puppenspielerin
15.30 Musicbox
16.30 Marco
Pepe und der Puma
17.00 Die Schnüffler
Der Fall der traurigen Tänzerin
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Tschip sucht seinen Herrn
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Vier Mädels aus der Wachau
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Isa und Jutta Günther, Alice und Ellen Kessler, Hans Moser, Oscar Sima u. a.
Regie: Franz Antel
20.30 Shane
Tanz in Viator
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Das Brandmal
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Alan Ladd u. a.
Regie: Rudolph Maté
23.50 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.30 Derrick
Via Bangkok
Von Herbert Reinecker
20.30 Schweizermann, ich liebe Dich
Mädchen aus Mauritius auf dem Weg ins „Paradies"
21.15 Ein Viertel Seligkeit
200 Jahre Wiener Heuriger
22.10 Deutschland im August (1)
Von Sylt bis zur Zugspitze
22.40 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Ausschnitte aus Aufführungen der Wiener Staatsoper
23.25 3SAT-Nachrichten

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
Lach- und Sachgeschichten
19.00 Aktuelle Stunde
Regionalmagazin mit Nachrichten und Sport
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.30 Die Sendung mit der Maus
Lach und Sachgeschichten
19.00 MS Franziska (5)
Achtteiliger Fernsehfilm
Von Heinz Oskar Wuttig
Pfannkuchen und Genever

HESSEN
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Nirgendwo ist Poenichen
19. Folge: 1945 – Zum Eyckel
19.30 Nirgendwo ist Poenichen
20. Folge: 1945 – Friede auf Erden
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Cleopatra
Amerikanischer Spielfilm (1934)
Mit Claudette Colbert, Warren William, Henry Wilcoxon u. a.
Regie: Cecil B. DeMille
21.50 Grand Café (5)
Wundertrommel
22.05 Ich und Du
Erziehung – nicht nur Müttersache
Moderation: Hans-E. Pries
23.05 Unsere Leichen leben noch
Spielfilm von Rosa von Praunheim
0.40 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
14.00 Der junge Mr. Lincoln
Amerikanischer Spielfilm (1939)
Mit Henry Fonda u. a.
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Der Willi-Busch-Report
Film von N. Schilling
21.15 Sport unter der Lupe
Sportgeschichte von einst
22.00 Nicht daß wir Fremde waren
Die Juden von Merzig
23.00 Meine Lieblingsgeschichte
Maria Becker liest
„Der Strohhalm"
von Marie-Luise Kaschnitz
23.20 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Trimmel hält Plädoyer
20.25 Elchjagd in Schweden
20.40 Z. E. N.
20.45 Ein neues Christusbild?
Der Maler Herbert Falken
21.15 Geistliche Musik
Heinrich Schütz: Der erste Bußpsalm
21.30 Rundschau
21.45 Bartholomäusnacht
Franz.-ital. Spielfilm (1955)
Regie: Jean Dreville
23.25 Rundschau

FUSSBALL / Ein Mann, der in Belgien gut und teuer wurde, soll für den Hamburger SV Tore schießen

Heinz Gründel hat noch einen Laden in Berlin

Am Wochenende beginnt die 23. Saison der Fußball-Bundesliga. Die Vereine sparen, spektakuläre Neuerwerbungen gab es diesmal *nicht. Mit zwei Millionen Mark hat* der Hamburger SV das meiste Geld in neue Spieler investiert. Einer von ihnen ist ein Rückkehrer: Heinz Gründel, der von Berlin nach *Belgien ging und dort gut und* teuer wurde.

JÖRG STRATMANN, **Hamburg**

Er hat noch einen Laden in Berlin. Und er kann sich kaum etwas Schöneres vorstellen, als dort „Berlinern wieder Obst und Jemüse zu verkoofen". Bis zur endgültigen Rückkehr in seine Heimatstadt wird er sich wohl noch einige Zeit gedulden müssen – aber er hat sich der Stadt geographisch schon genähert. Nach sieben Jahren in Belgien spielt der Berliner Fußballprofi Heinz Gründel (28) wieder in der Bundesliga. Der Hamburger Sportverein hat den Stürmer vom belgischen Erstligaklub Standard Lüttich für zwei Jahre verpflichtet.

Vorläufige Endstation eines Fußballspielers mit einer ungewöhnlichen Laufbahn: Bei Rapide Wedding lernte Gründel das Fußball-Einmaleins. Bei Hertha BSC spielte er 1976, kampfstark aber ballverliebt, erstmals in der Bundesliga und schoß in seinen acht Spielen ein Tor. Doch als der Motorrad-Liebhaber, gerade 20 Jahre alt, bei einem Unfall einen komplizierten Knöchelbruch sowie *einen Achillessehnenabriß erlitt und* drei Monate im Krankenhaus verbringen mußte, war seine erste Bundesliga-Karriere schon beendet. Die Verletzungen heilten zwar, doch Herthas *damaliger Trainer Kuno Klötzer* wollte sich nicht mit dem riskanten Hobby des jungen Sportlers abfinden. Gründel wurde nicht mehr für die Mannschaft nominiert.

Schon 1978 wechselte er daher zum belgischen Klub Thor Waterschei. Keine leichte Entscheidung für den Berliner Jungprofi. Zwei Jahre habe er in der Fremde gelitten, sagt Heinz Gründel – trotz der Erfolge. Mit Waterschei wurde er 1980 und 1982 belgischer Pokalsieger, mit Standard Lüttich ein Jahr später sogar Landesmeister. In der letzten Saison wurde er gar zum besten ausländischen Spieler der Liga gewählt. 80 000 Mark hatte Waterschei *für den Spieler* investieren müssen, den Hamburger SV kostete der Tansfer schon 690 000 Mark. Eine ungewöhnliche und erfolgreiche Laufbahn – nur am falschen Ort?

„Ich habe in Belgien nach den ersten schweren Monaten eine schöne Zeit gehabt", sagt Gründel. Dort wurde aus dem talentierten, aber etwas amateurhaften Spieler ein mit allen Wassern gewaschener Profi, der nach anfänglichem Ungeschick auch in Verhandlungen *mittlerweile* „keinen Manager mehr nötig hat". Ein Stürmer, dem der ehemalige Lütticher Mannschaftskamerad Horst Hrubesch Torgefährlichkeit und Kampfgeist *attestiert. Ein selbstbewußter* Sportler, der selbst um seine spielerischen und technischen Fähigkeiten weiß und der in Testspielen seines neuen Klubs schon viele Tore (in den *ersten zehn waren es 18*) schoß. Er sagt: „Tore sind immer eine gute Empfehlung für einen Stürmer, aber einen Stammplatz habe ich deshalb noch lange nicht." Er ist eben auch *ein Profi, der sich trotz seines natürlichen* Berliner Temperaments im Kreis der neuen Mitarbeiter noch sehr zurückhält. Zum einen, weil „eine große Klappe bei Neuankömmlingen *nun mal nicht* gefragt ist", andererseits aber auch, weil er sportliches Neuland betrete. Aber, so sein Gefühl: „Von der Mannschaft werde ich voll akzeptiert.

Er habe sich zwar immer eine Rückkehr in die Bundesliga gewünscht, sagt Heinz Gründel, doch hier wehe ein anderer Wind. Das Training sei härter, „manchmal viel zu hart". Da sei es kein Wunder, wenn viele talentierte Jugendliche auf der Strecke blieben. Auch auf die hierzulande im Spiel übliche schnellere *Gangart* habe er *sich* einstellen müssen. Doch wenn er sich nicht zutrauen würde, auch unter diesen Bedingungen einen Stammplatz zu behaupten, „hätte ich gar nicht zu kom*men brauchen*".

Da kann ihn auch ein berufsmäßi*ger Fußballkritiker aus Wien* (Max Merkel) nicht verschüchtern, der ihm diese Fähigkeit abspricht. Gründel: „So mancher wird sich auch auf eine gesunde belgische Härte einstellen müssen." Mit dieser Einstellung will er dazu beitragen, daß die veränderte Hamburger Mannschaft ihr Saisonziel „UEFA-Cup-Platz" erreicht – mit attraktiverem Spiel als bislang. Dem Zuschauer müsse mehr geboten werden, sagt er. „Für Fußball, wie er zuletzt zu sehen war, würde ich auch kein Geld ausgeben."

Heinz Gründel, ein Fußballprofi, der über Umwege wieder zur Bundesliga zurückgefunden hat, der auch davon träumt, einmal wieder ohne Druck spielen zu können: „Irgendwann und nebenbei in einem Berliner Oberliga-Verein" wenn er in seiner Heimatstadt wieder mit Obst und Gemüse handelt.

Weltniveau en miniature

mar – Praktisch sind sie nicht, auch nicht für den, der gute Augen hat. Aber sie faszinieren die Kinder, die ja eine große Vorliebe für alles Kleine haben, und auch Erwachsene sind in der Regel von ihnen entzückt.

Wir reden von den sogenannten Miniaturbüchern. In ihnen spiegelt sich der Ehrgeiz der Hersteller, große (Buchdrucker-)Kunst auch im ganz Kleinen zu beweisen. Deshalb gab es bereits zu Zeiten, als an das Guinness-Buch der Rekorde noch nicht zu denken war, den heimlichen und äußerst verbissenen Wettbewerb um das kleinste Buch. Das Mainzer Gutenberg-Museum sonnt sich seit langem in dem Ruhm, mit dem mehrsprachigen Vaterunser von einem halben Zentimeter im Quadrat der Rekordhalter zu sein. Ohne eine sehr starke Lupe ist da allerdings nichts mehr zu lesen.

Bei den „Kleinen Schmunzelbüchern" für 50 Pfg., mit denen Ende der fünfziger Jahre der Verlag Bärmeier und Nikel in den Wettbewerb einstieg, war dies nicht vonnöten. Sie haben viele Nachfolger gefunden: Janoschs Mäuse- und Bären-Geschichten gibt es mittlerweile *en miniature*, der Diogenes-Verlag huldigt im Kleinformat den drei „K": Kinderbuch, Krimi, Klassisches, und soeben preist Heyne den „griffigen Bücherspaß, das originelle, handliche Mitbringsel" für drei Mark, von Bogie über den Pumuckl bis zum Erotischen, als sensationelle Neuheit an.

Bei soviel „Small is beautiful" darf natürlich ein sozialistisches Verlagshaus wie der Dietz Verlag in Ost-Berlin nicht abseits stehen. Allerdings gibt man sich dort gediegen – in der Ausstattung (jeder Band in Leder gebunden – zum Teil Goldprägung), im Preis (von 19,50 DM bis 48 DM) und im Inhalt (vom „Kommunistischen Manifest" bis zu Fidel Castros „Briefen"). Das Format schwankt zwischen 4,0 x 5,5 und 5,5 x 8,0 cm.

Es ist übrigens noch gar nicht so lange her, daß die Ostberliner Pirckheimer-Gesellschaft in einer Ausstellung über „Buch und Kitsch" im Pavillon des Bahnhofs Friedrichstraße die Miniaturbücher als entsetzlichen „bürgerlichen Kitsch" verdammte. Inzwischen ist man also auch hier kräftig mit von der Partie. Vor Kitsch hat sich die Partei eben noch nie gefürchtet, wenn es darum ging, auf irgendeinem Gebiet das heißersehnte „Weltniveau" zu demonstrieren.

Ein Plädoyer für mehr wirklichen Wettbewerb an deutschen Hochschulen

Konkurrenz der Kopfarbeiter

Universitäten können sehr verschieden verfaßt sein und folglich nach höchst unterschiedlichen Regeln ablaufen. Das läßt sich an einem von der Öffentlichkeit wenig beachteten Urteil des rheinland-pfälzischen Oberverwaltungsgerichtes in Sachen Habilitationsverfahren erläutern. Danach ist es rechtlich zulässig, daß in diesem Bundesland sowohl ein Student als auch ein nichthabilitierter Mitarbeiter (der durchaus noch im Doktorandenstudium sein kann) Mitglieder der fünfköpfigen Habilitationskommission, wenn auch ohne Stimmrecht, sind. Was Rechtens ist, muß noch lange nicht sachlich vernünftig sein. Somit bleibt also zu fragen, worauf sich denn eigentlich die Kompetenz von Student und Assistent stützen soll, Leistungen auf einer Stufe der Wissenschaft mitzubeurteilen, die sie selbst noch nicht erreicht haben und in der Mehrzahl der Fälle auch nie erreichen werden.

Das deutsche Universitätssystem, geführt am Gängelband von Universitätsgesetzen, Verordnungen und bürokratischen Direktiven, reagiert im vorliegenden Fall durch eine Abfolge von Prozessen und politischen Interventionen. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß die Antwort im amerikanischen System, das weder in gleicher Weise verrechtlicht noch politisiert ist, ganz anders ausfiele.

Neben verwunderten Kopfschütteln würde man hier die experimentiereifrige Hochschule schlicht dem Urteil des Marktes überlassen und gleichzeitig abwarten, ob sich ihre Habilitanden im Wettbewerb bewähren oder ob sie es vorziehen, sich anderen Universitäten zuzuwenden. Weder die Produktion schlechter noch die Abwanderung fähiger Nachwuchswissenschaftler aber könnte sich eine amerikanische Hochschule leisten, denn sie würde schnell auf der feinen Skala der Bewertungen abrutschen und an allen Ecken und Enden merken, daß sie von Lehrern und Studenten weniger oder überhaupt nicht mehr gefragt ist.

Im Gegensatz dazu braucht sich eine deutsche staatsfinanzierte „Gruppen"-Universität um Signale, die Qualitätsverluste signalisieren, nicht zu kümmern, lebt man doch in unserem Lande von der Fiktion einer weitgehenden Qualitätsgleichheit aller Hochschulen. Mit Liberalität, aber auch mit Hilfe der unerbittlichen Sanktionsmechanismen des Marktes hat das amerikanische Universitätssystem die hochschulpolitischen Stürme der späten sechziger Jahre hervorragend überstanden, Auswüchse wie „Gegen"-Universitäten hinter sich gebracht und seine international führende Stellung unangefochten behauptet.

Gleiches läßt sich im deutschen Fall nicht sagen, was Grund genug ist, in einen Vergleich der institutionellen Regelungen einzutreten. Dieses leistet in hervorragender Weise das jetzt von Walter Rüegg herausgegebene und in Verbindung mit renommierten Autoren geschriebene Buch „Konkurrenz der Kopfarbeiter – Universitäten können besser sein: ein internationaler Vergleich" (Edition Interfrom. Zürich, 157 S., 14 Mark). Seine Autoren empfehlen für das deutsche Universitätssystem: mehr Wettbewerb auf allen Ebenen, sei es im Bereich der Lehre, der Forschung, der Professoren, der Studenten oder der Mittelbeschaffung.

Die Forderung nach mehr Wettbewerb löst bei manchen Zeitgenossen ambivalente Gefühle aus. Man liebt den Wettbewerb der Verkäufer, wenn man Kunde ist; die meisten ziehen die Konkurrenz der Parteien einem Einparteiensystem vor, und fast jeder von uns applaudiert den Athleten im Wettkampf. Im eigenen kleinen Lebensbereich wird jedoch Wettbewerb meist als störend empfunden, legt er doch dort, wo er funktioniert, Schwächen bloß; überdies gefährdet er die eigene Stellung und droht, wenn man nicht mitzuhalten bereit oder in der Lage ist, das Einkommen zu schmälern.

Was also liegt näher, als den Gedanken an Wettbewerb zu verdrängen und Begründungen zu erfinden, die ihn im eigenen Felde nicht nur überflüssig machen, sondern ihn als schädlich hinstellen. Schnell ist das Idealbild des zu höchster Leistung bereiten Wissenschaftlers zur Hand, der die ihm gewährte Wissenschaftsfreiheit einschließlich der übertragenen öffentlichen Mittel mit der Hingabe seiner ganzen Person an die Sache entlohnt.

Wie die Wirklichkeit aussieht, untersucht Walter Rüeggs Band am Beispiel der Universitäten in der Schweiz und in der Bundesrepublik. Die Schweiz hat nach dem übereinstimmenden Urteil der Autoren im Unterschied zu unserem Land die Humboldtschen Ideen besser bewahrt, nicht zuletzt, weil sie ihre Gymnasien vor der Deformierung bewahrte und so nach wie vor eine studierfähige Jugend in die Hochschulen schickt. Das deutsche Universitätssystem hingegen erhält schlechte Noten ob seiner Wettbewerbsunfähigkeit und -unfreudigkeit. Die Autoren zitieren zustimmend eine Bemerkung des international bekannten Universitätssoziologen Joseph Ben-David. Danach kann „ein unbefangener Beobachter ... den Eindruck gewinnen, das deutsche Hochschulsystem in seiner derzeitigen Verfassung sei geradezu in der Absicht entworfen, Wettbewerb unmöglich zu machen" (S. 64).

Und in der Tat, deutsche Universitäten erhalten ihre Studenten zugeteilt. Sie haben – mit der merkwürdigen Ausnahme einiger Fach- und Kunsthochschulen – nicht das Recht, eine eigene Auswahlpolitik zu betreiben. Folglich konkurrieren Studenten auch nicht um Studienplätze an guten Fakultäten, was ihre Motivation und ihre Leistungsbereitschaft zweifellos erhöhen würde.

Deutsche Universitäten stehen untereinander auch nicht im Wettbewerb um Mittel für die Finanzierung ihrer Leistungen in Forschung und Lehre, ausgenommen jenes schmale Segment, in dem es um Drittmittel geht; sie finanzieren sich auch nicht durch Gebühren, Patenteinnahmen oder Stiftungen; statt dessen erhalten sie staatliche Zuweisungen, deren (politische) Verteilungsschlüssel sich der öffentlichen Kenntnis entziehen. Auch der Berufungsmarkt für Professoren ist unterentwickelt, dank einer Kartellabsprache der zuständigen Minister, die den Wettbewerb trotz aller Bekenntnisse zum Föderalismus auch hier verhindern.

Wen wundert es da, daß es den deutschen Universitäten an Kreativität und Anpassungsfähigkeit mangelt. Am Tropf der staatlichen Zuweisungen beantworten sie Budgetkürzungen nicht mit neuen Leistungsangeboten, Studienprogrammen und dem Attrahieren neuer zahlungswilliger Nachfrager; und sie zeigen ebensowenig Talent, private Mäzene, die ihnen Bibliotheken und Gebäude stiften, für sich zu begeistern. Folglich ist die vielbeschworene Autonomie der deutschen Universitäten faktisch viel schwächer verankert als die der amerikanischen privaten und auch staatlichen Hochschulen.

Trotz aller Abneigungen gegen Konkurrenz in der gelehrten Welt: im Wettbewerbsprozeß gedeiht, wie die Autoren überzeugend zeigen, akademische Leistung weit besser und ist die Motivation von Professoren, Administratoren und Studenten erheblich höher als in vergleichbaren staatlich reglementierten Systemen. Und nicht zuletzt: Im Wettbewerb der Ideen, der Theorien und der Hypothesen wird neues Wissen entdeckt, wird Überkommenes in Frage gestellt, wird geistiger Fortschritt gefördert. Was anders ist der Wettbewerb als das Verfahren für die Entdeckung neuer Lösungen – par excellence?

CHRISTIAN WATRIN



Finstere Pläne werden geschmiedet: Christopher Walken (links), Grace Jones und Patrick Bauchau in dem neuen „James Bond" FOTO: UIP

Der neue Bond-Film „Im Angesicht des Todes"

007 spottet seines Alters

Der erste James-Bond-Film erschien vor fast einem Vierteljahrhundert. Dies ist der 14. seiner vorsätzlich rohen und perfekten Gattung. Als, 1962, der immer siegreiche englische Agent ans Kinolicht trat, der Geheimdienstmann Ihrer Britischen Majestät mit Null-Null-Zeichen vor seiner Dienstnummer sieben (also mit der Erlaubnis zu killen) – da gab es noch tieferschrockene und heftige Diskussionen, ob denn soviel Gewalt, Blut und ironisierte Rohheit auf der Leinwand überhaupt erlaubt seien.

Mit der 14. Ausgabe dieser vorsätzlich rüden und perfekten Gattung sind auch die eher feinsinnigeren und empfindsameren Diskussionen längst in Kritik und Publikum versickert. James Bond macht absurdes Kino.

Der Gentleman-Killer wird von uns angenommen fast wie ein filmabstraktes Wesen. Er ist ein Übermensch, immer der gleiche Superheld. Seine rüde, aber immerhin elegante Machart kann an einer Romanvorlage von Fleming längst nicht mehr festgemacht werden. Jetzt saugt man sich seine wiederholsamen Abenteuer aus mühsamen Drehbuchfingern.

Diesmal geht es um einen geheimnisvollen Chip. Den haben die bösen Russen in die Hände bekommen, und einer von ihnen will mit Hilfe des klitzekleinen Dings wieder mal die Weltherrschaft an sich reißen. 007 wird eingesetzt, wird auf die weltumfassende Jagd nach dem sozusagen bluttriefenden und weltgefährlichen Kleinstprodukt der Elektronik angesetzt. Bond nimmt, wie immer, in den stinkfeinen Büros des britischen Geheimdienstes von der anderen Standardfigur aller Bond-Filme, Miss Moneypenny, Abschied.

Und nun kann's wieder losgehen. Die große, inzwischen schon etwas klapprige Schematik dieser Art von Wunderfilmen kann neuerlich abgehen wie die Post. Bond foppt die bösen Russen in der Arktik, entgeht ihnen in einem als Eisberg getarnten Helikopter. Und gleich, im gemütlich feinen Inneren des Rettungsgefährts, gibt's Sekt und Weiber.

Diesmal muß man um ihn auf der Höhe der San-Francisco-Brücke bangen, gleich danach auf der Spitze des gefährlichen Eiffelturms, wo Bond Mord und neue Schrecken zurück läßt. Wir geraten unter lauter Schurken auf einem piekfeinen Oise-Schloß.

James Bond – immer in der Klemme und immer obenauf. Im Silicon-Valley, wo die amerikanische Mikro-Industrie zu Hause ist, wollen die roten Schurken ein Erdbeben veranstalten. 007 (natürlich im letzten Augenblick) weiß es zu verhindern.

Es sind wieder die alten bösen, aus raffinierten Drehbuchfingern gesaugten Lieder mit ihrer wiederholsamen Mechanik aus Gewalt, Ironie und Gigantomanie.

Aber Roger Moore, den Bauch ständig elegant eingedrückt und mit seinem erotisch-siegreich leuchtenden Sonnenblick, wirft sich, wie gewohnt, von Gefährdung und abstrakter Schießerei gleich wieder in die Fangarme seiner diversen Filmdamen. Er ist gleichsam zu einem Abziehbild seiner selbst geworden. Aber er macht das immer noch ganz couragiert, seines deutlich zunehmenden Alters tapfer spottend.

Das Spielmuster des fröhlichen Schreckens aber ist deutlich abgeblaßt. Die Haare stehen einem, obgleich sie das alle fünf Minuten doch sollten, nicht mehr zu Berge. Auch die raffinierteste Schockwirkung leiert einmal aus.

James Bond ist sichtbar müde geworden. Der Film zerrt längst nicht mehr, so wie er ständig intendiert, an den Nerven des Beschauers. Eine töricht-abstrakte Filmgattung hat sich abgenutzt. Bond ist in seiner 14. Filmfassung selber fast schon tot.

FRIEDRICH LUFT

JOURNAL

Streit um Dokumente für Hölderlin-Ausgabe

dpa, Frankfurt

Herausgeber und Verleger der seit 1975 erscheinenden „Frankfurter Hölderlin-Ausgabe" werfen der Stadt Bad Homburg vor, ihre Arbeitsbedingungen „in unverständlicher Weise" zu erschweren. Entgegen den erteilten Genehmigungen von 1975/76 verwehre Homburg als Eigentümerin der Handschrift die für die Edition notwendigen Fotografien des „Homburger Foliohefts" Friedrich Hölderlins. Die Frankfurter Hölderlin-Ausgabe, die im Verlag Roter Stern erscheint, ist „die erste historisch-kritische Ausgabe, die die Handschriften des Dichters selbst abbildet und ins Zentrum der Edition rückt", wie Verleger Wolff erläuterte. In einem Brief an den Verleger hatte der Oberbürgermeister der Stadt Homburg Ende Juli erklärt, daß die in den Jahren 1975/76 erteilte Genehmigung heute kein Recht mehr zur Verfilmung gebe. „Ob eine neue Erlaubnis erteilt wird, werde ich voraussichtlich erst Ende August dieses Jahres entscheiden können."

Neues Werk über den Buntsandstein

D. B. Hannover

Der international bekannte deutsche Buntsandstein-Experte Detlef Mader aus Hannover hat ein 630seitiges Werk über die Entstehung der ältesten Epoche der Triaszeit verfaßt. Das Buch trägt den Titel „Beiträge zur Genese des germanischen Buntsandsteins". Es ist im Sedimo-Verlag, 3000 Hannover, Raabestraße 2, erschienen und kostet 89 Mark.

Opern-Symposium in Thurnau

Reg. Thurnau

Das Forschungsinstitut für Musiktheater der Universität Bayreuth veranstaltet auch in diesem Sommer wieder in seinen Räumen auf Schloß Thurnau ein Symposium. Thema der diesjährigen Veranstaltung vom 20. bis zum 23. August sind der Kosmopolitismus und Nationalismus in der Oper des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Leitung des Seminars hat Sieghart Döhring. Zu den Referenten zählen Carl Dahlhaus, Theo Hirsbrunner, Jürgen Maehder und Sigrid Neef.

Türkische Kunst und Kultur auf Villa Hügel

hy. Essen

Die umfassendste Ausstellung der „Türkischen Kunst und Kultur aus osmanischer Zeit" beherbergt bis zum 27. Oktober die Villa Hügel in Essen. Mehr als 500 Leihgaben aus den bedeutendsten Museen vermitteln Eindrücke nicht nur aus dem kulturellen und religiösen Leben, sondern auch aus der Privatsphäre der Osmanen. Wesentliche Teile der Ausstellung wurden schon bei der Eröffnung des Frankfurter „Museums für Kunsthandwerk" gezeigt. Es ist die letzte Ausstellung unter der Federführung der 1953 von Alfried Krupp von Bohlen und Halbach gegründeten gemeinnützigen Villa Hügel e. V. Diese wird im kommenden Jahr in die „Kulturstiftung Ruhr" übergehen.

Casadesus-Wettbewerb in Cleveland

AFP, Cleveland

Dem 1972 verstorbenen Pianisten Robert Casadesus erweist die Stadt Cleveland (US-Bundesstaat Ohio) mit einem nach dem Franzosen benannten internationalen Klavierwettbewerb Ehre. Er findet vom 17. bis 25. August zum sechstenmal statt. Die 37 Bewerber um den mit 5000 Dollar dotierten Hauptpreis kommen aus 13 Ländern – Österreich, Großbritannien, Italien, Frankreich, Niederlande, Polen, Israel, Bolivien, Kanada, USA, China, Korea und Japan.

Zum 80. Geburtstag des französischen Schriftstellers Pierre Klossowski

Er ist einer der letzten Surrealisten

Der Name Pierre Klossowski taucht als der eines noch sehr jungen Mannes in den späten Briefen Rilkes auf. Er ist der Sohn des Kunsthistorikers Erich Graf Klossowski de Rolla und jener Malerin Baladine Klossowska, mit der Rilke Schloß Muzot entdeckt hat. Daß Pierre später, nach einem Theologiestudium in Lyon und Paris, von sich behauptete, er sei ein Sohn Rilkes, gehört zu jenen bewußten Mystifikationen, die für sein Leben und Werk, die er als Einheit empfindet, kennzeichnend sind.

Als junger Mann übersetzte dieser geborene *homme de lettres* die späten Gedichte Hölderlins aus Tübingen und die Briefe Nietzsches aus Turin. Seine Beschäftigung mit Nietzsche ließ ihn zum Freund Georges Batailles werden: Ihren Schriften und den Arbeiten von Simone de Beauvoir, Michel Leiris und Maurice Blanchot ist die Wiederentdeckung des Werks des Marquis de Sade in den 50er Jahren zu verdanken, die zu einer erstaunlichen Wandlung des literarischen Geschmacks in Frankreich führte.

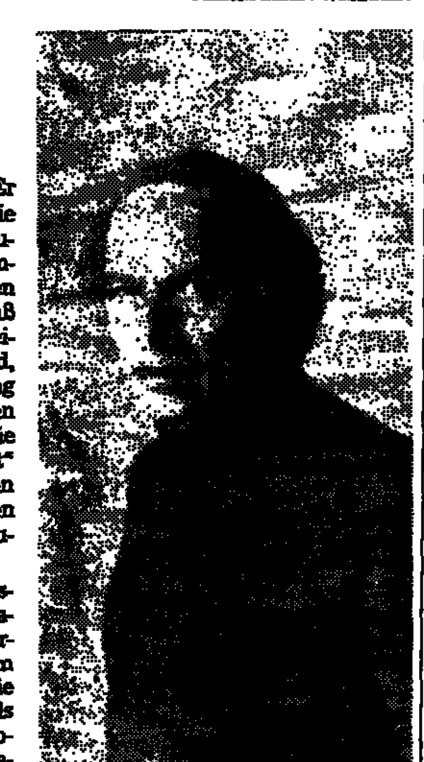
Die Romane Klossowskis sind ein sehr französisches Phänomen: Sie gehören zwar eindeutig dem Bereich der Pornographie an, die Darstellung sexueller Phantasien ist in ihnen jedoch streng geprägt von Bewußtsein und formaler Zucht. Die darin zum Ausdruck kommende sexuelle Verdrängung, die Klossowski als Erbe des Christentums begreift, wird als Phänomen der Gruppenpathologie beschrieben, als Krankheit einer Kultur, deren traditionelle Ordnung erschüttert ist.

Klossowski war einer der führenden Vertreter des literarischen Surrealismus. Der Skandal, so wollte es diese Bewegung, wird bewußt provoziert – weil der Tod ein Skandalon ist, mit dem der Mensch sich nicht abfinden darf, gegen das er literarisch „auf gleicher Ebene" angehen muß.

Daß das literarische Ergebnis bei Klossowski nicht seinen philosophischen Ansprüchen entsprach, steht auf einem anderen Blatt. Seine Prosa ist merkwürdig fahl und farblos. Er liebt den allegorischen Pomp und die bewußte Mystifikation. Der ungeheure spekulative Aufwand, die Umständlichkeiten seines meditativen Eifers können nicht verdecken, daß die Schilderungen der Exzesse in seinen Büchern ganz schematisch sind, seine Gestalten keine Entwicklung haben. Als der Rowohlt-Verlag in den sechziger Jahren seine Romantrilogie „Die Gesetze der Gastfreundschaft" mit einem gewaltigen Beiwerk von literarischen Erklärungsversuchen herausbrachte, vertiefte das beim Publikum nur die Verlegenheit.

In den letzten Jahren ist Klossowski, übrigens ein Bruder des Malers Balthus, auch als Zeichner hervorgetreten. Es handelt sich dabei um erotische Szenen im Großformat, die Schamgefühl verletzen wollen, so als hätte die Abschaffung der institutionellen Zensur inzwischen nicht gerade eine Stumpfheit der Empfindung hinterlassen, die nach Tabus förmlich schreit.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Mit Tabuverletzung gegen den Tod: Pierre Klossowski FOTO: STUDIO X

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Salisbury Review"

Mit dem Herzen denken

The Salisbury Review" (7 Lord North Street, London SW 1) ist, so besagt der Untertitel, eine „Vierteljahresschrift für konservatives Denken". Das klingt harmlos, enthält aber einigen Zündstoff. In England bezeichnet konservativ nicht nur (wie bei uns) eine Denkrichtung, sondern auch (seit 1830) eine Partei. Denkrichtung und Partei in Deckung zu bringen ist fast eine Unmöglichkeit. Und das macht den Ausdruck „konservatives Denken" brisant. Der große Dichter T. S. Eliot meinte vor einem halben Jahrhundert, daß die Konservative Partei etwas besitze, dessen sich keine andere rühmen könne, nämlich ein komplettes geistiges Vakuum, das mit irgend etwas, also auch etwas Vernünftigem, gefüllt werden könne. Inzwischen ist der Wanderpokal für sterile Parteidisziplin und instrumentale Rhetorik in anderen Händen (und vielleicht am Rhein?).

Das hat die innerparteiliche Gruppenbildung bewirkt. Von der Parteiführung Enttäuschte vertrauen sich in England nicht auf einer Parkbank einem Nachrichtenmagazin an, sondern gründen eine Gruppe, die mit einer Zeitschrift die offene Diskussion sucht. Etwa die „Salisbury Group", die seit 1983 die „Salisbury Review" herausgibt.

Auf dem Umschlag prangt das Bild des 3. Marquess of Salisbury (zwischen 1885 und 1902 dreimal Premierminister). Im Impressum findet sich der heutige Marquess, doch trägt die Zeitschrift die Handschrift des Herausgebers, des jungen Philosophen Roger Scruton. Scruton hatte 1980 mit seinem Penguin-Band „The meaning of conservatism" Aufsehen erregt. Kaum war der klassische Liberalismus der Schule Hayeks und Friedmans mit Mrs. Thatcher an die Parteispitze gelangt, wies Scruton in einer moralphilosophischen Untersuchung nach, daß aus ökonomischen Motiven, Individualismus, Bedürfnisbefriedigung kein die Gesellschaft tragender Ordnungsrahmen zu gewinnen sei.

In anderen Publikationen ging Scruton auf die „Politics of Culture" ein, die nicht mit der Kulturpolitik gießkannenbewehrter Mandatsträger verwechselt werden darf. Kultur, sei es Architektur, Literaturkritik oder Religion, sei selbst direkt Politik, weil sie das Befinden der Gesellschaft beeinflusse. „Wenn Eliot", schreibt Scruton in der „Salisbury Review", „ein konservativer Denker ist, dann nicht, weil er für Politikerreden Stichworte liefert. Denken geht um den Schutzschild der Rhetorik herum, fließt heimlich in die Adern der Gesellschaft, durch die es zum Herzen der Dinge vorstößt und damit zur Wurzel des Handelns."

Das „konservative Denken" wird in der Juli-Nummer der „Salisbury Review" an unterschiedlichen Themen erprobt: von der Interpretation de Maistres (J. Jamieson) bis zur Geburtenkontrolle zwischen Malthus und de Sade (J. Biggs-Davison), vom Antirassismus als Hexenglauben (J. Savery) bis zu den Politics of Culture, von Mr. Bothas Reformen bis zum marxistischen Totalitarismus.

Scruton selbst nimmt die Propagierung der Homosexualität durch die „Inner London Education Authority" zum Anlaß, sein Ceterum censeo vorzutragen: „Wenn Freiheit nichts ist als das Recht auf Selbstverwirklichung im Kontext eines individualistischen Codes, wie unterscheidet sie sich dann in ihrer Auswirkung auf die soziale Ordnung und individuelle Verantwortung von der Gleichheit, gegen die sie antritt? Sind es nicht Pferde aus dem gleichen jakobinischen Stall, oder gar das gleiche Pferd, einmal von vorne, einmal von hinten betrachtet?"

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Opernbrief aus Stockholm: Das erste Jahr unter der Ägide des Generalintendanten Lars Malmborg

Plutos Rockerbande kommt auf Motorrädern an

Als der neue Generalintendant der Stockholmer Oper, der Dirigent Lars af Malmborg, vor einem Jahr sein Amt antrat, erregte er mit drei Äußerungen Aufsehen. Erstens wollte er das von seinem Vorgänger eingeführte Blocksystem abschaffen und das Repertoiresystem wieder einführen. Zweitens gab er an, moderne Opern sehr zu schätzen und sie entsprechend fördern zu wollen. Und drittens wolle er Wagner künftig auf schwedisch geben. Verständlich, daß nur seine erste Idee mit mehr Beifall als Skepsis begrüßt wurde.

Malmborg war gerade einige Monate im Amt, da begann die Zeitung „Svenska Dagbladet" eine Kampagne gegen ihn. Hauptgrund: ein Besucherrückgang um 15 Prozent. Nachdem sich an diesem Besucherrückgang bis Saisonende nichts geändert hat, muß Malmborgs Konzept wohl doch in Frage gestellt werden.

Freilich ist er nicht der Alleinschuldige an der Stockholmer Opernmisere, denn er mußte noch ernten, was sein Vorgänger Folke Abenius gesät hatte. Abenius hatte einen strikten Stagione-Spielplan bevorzugt und auf die gängigen Repertoire-Favoriten verzichtet. Und die langfristigen Planungen in der Oper bedeuteten, daß Malmborg zumindest in dieser ersten Spielzeit nichts weiter war als nur der Vollstrecker dieser alten Pläne.

Als Premieren kamen heraus der „Taverner" und „Der Leuchtturm" des Engländers Peter Maxwell Davies sowie von Händel „Julius Cäsar" und „Xerxes". Dabei wurden der „Leuchtturm" und „Xerxes" auf der kleinen Bühne gespielt. Beim „Taverner" verpuffte aller Aufwand, so daß das Interesse mager blieb. Einen stärkeren Eindruck hinterließ der Opern-Krimi vom „Leuchtturm", in dem sich Magnus Lindén, Lars Magnusson und Martti Wallén profilierten – drei junge Sänger, die die Spannungen und Hysterien dieses Insel-Dramas konzentriert ausspielten.

Bei Händel hingegen hinterließ die große und teure Inszenierung Eindruck. Georg Malvius siedelte den „Julius Cäsar" in barock-ägyptisierendem Stil an, ließ den Machtkampf in prachtvollen Kostümen und Dekorationen ausspielen. Sehr gut war das Liebespaar Cäsar und Cleopatra, gesungen von Björn Asker und Britt-Marie Aruhn. Peinlich hingegen geriet dem Regisseur Klas Liljefors der Händelsche „Xerxes", da er versuchte, dieses Werk im Theatermilieu der 20er Jahre spielen zu lassen. Irrwitzige Regieeinfälle sowie die Diskrepanz zwischen Musik und Handlung führten geradewegs ins Fiasko hinein.

Auf der dritten Bühne des Hauses kam es zu einem Überraschungserfolg für eine Uraufführung: „Der Hermaphrodit" mit Musik und Text des Norwegers Olav Anton Thommesen (Jahrgang 1947). Er steht übrigens auch im Mittelpunkt des diesjährigen Bergen-Festivals. In seiner Musik kann man Einflüsse von Varese und Xenakis spüren, aber dennoch hat der Norweger einen persönlichen Stil gefunden, vor allem weil er tradierte Tanz- und Gesangsformen in die Anlage seines Werks einbezieht.

Der Regisseur Göran Järvefelt, nach Jahren in Deutschland, vor allem am Gelsenkirchener Musiktheater im Revier, heimgekehrt, gab auf der Bühne der Königlichen Oper eine Probe seines frechen Regiekönnens mit Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt". Das Orchester verbannte er dabei auf die Hinterbühne, ließ die Sänger größtenteils auf dem überbauten Orchestergraben agieren, damit alle Regie-Gags hautnah vor dem Publikum abliefen. So kam Pluto mitsamt einer Rocker-Horde auf Motorrädern an und teilte an die Götter Hamburger und Coca Cola aus.

Nach einem Gastspiel der estländischen Oper aus Thallin, bei dem sich Eri Klas, ab nächster Spielzeit neuer Chefdirigent der Stockholmer Oper, vorstellte, gab es zu Saisonschluß eine Wiederaufnahme der „Weltraum"-Oper „Aniara" von Karl-Birger Blomdahl. 1959 als epochal begrüßt, wirkte das Werk heute veraltet von seiner Problematik und verstaubt in seiner Bühnenproduktion. Die „Aniara" endet in vollkommenem Dunkel, und zu hören sind nur noch die SOS-Signale des Raumschiffs, das ohne Kurs im Weltall steuert. Hoffentlich ist das nicht auch das Omen für die kommenden Jahre der Stockholmer Oper.

LARS HOLMERT

Verheerende Unwetter in Österreich

DW. Innsbruck/Salzburg

Die schweren Unwetter über weiten Teilen Österreichs haben bis gestern nachmittag zehn Menschenleben gefordert. Unter den Opfern befinden sich fünf deutsche Touristen. Eine Frau wird noch vermißt. Vor allem in Gebieten an der Donau und in Westösterreich nahm die Hochwasserlage katastrophale Ausmaße an. Donau, Inn und Salzach bedrohten mit ihren Wassermassen viele Ortschaften.

Die Donau war in Ober- und Niederösterreich an vielen Stellen über die Ufer getreten. Straßen und Bahnstrecken mußten wegen Vermurungen und Überflutungen gesperrt und Campingplätze geräumt werden. Die Schiffahrt auf der Donau wurde eingestellt. Am Morgen hatte sich die Lage in Niederösterreich dramatisch zugespitzt. In der Nacht war die Donau bei Spitz um drei Meter angestiegen und hatte einen Pegelstand von 6,50 Meter erreicht. In Dürnstein, bei Klosterneuburg und in Kritzendorf vor Wien wurden Parkplätze und Sportanlagen sowie Straßen überflutet. Anrainer mußten Boote benutzen, um zu ihren Fahrzeugen zu kommen. In Ardagger und im Gemeindegebiet Neustadl hatten die Wassermassen der Donau über Nacht 13 Häuser und Bauernhöfe eingeschlossen.

Auch Österreichs Hauptstadt Wien rüstete sich gestern gegen das Hochwasser. Die Donau war am Mittwoch auf 6,70 Meter angestiegen.

In Salzburg herrschte nach 24stündigen Regengüssen Katastrophenstimmung. Sämtliche fünf Fußgängerstiege über die Salzach wurden gesperrt, da der Fluß mit 7,30 Meter die Hochwassermarke von 5,50 weit überschritten hatte. Schlimmer noch ist die Situation im Salzburger Land. Am schwersten betroffen ist nach Auskunft der Behörden die Westbahnstrecke der Bahn von Wien nach Bregenz. Gleisunterspülungen machten Umleitungen über das Deutsche Eck oder über München notwendig.

Inntal-Autobahn war für Stunden überschwemmt

Wegen Streckenunterbrechungen am Arlberg und am Brenner wurden die Züge nach Italien großzügig über München oder die Schweiz umgeleitet. Gesperrt sind beinahe alle Seitentäler des Wipptales. Auch das Stubaital war noch immer schwer betroffen.

Nach schweren Regenfällen mußte in Innsbruck auf ein Hochwasserreservat zurückgegriffen werden, da die Trinkwasserquelle der Tiroler Landeshauptstadt verschmutzt war. Die Inntal-Autobahn in Richtung Kufstein war zwölf Stunden überschwemmt und nicht befahrbar.

Am späten Dienstag abend war es gelungen, den im Faggenbach im Tiroler Kaunertal verunglückten Wagen deutscher Urlauber zu bergen. Bei den Opfern handelt es sich um zwei deutsche Ehepaare im Alter zwischen 43 und 61 Jahren. Eine 61jährige Frau, die im Fahrzeug gesessen hatte, wird noch vermißt. Sie dürfte von den Fluten mitgerissen worden sein. Unter einer Mur begraben wurde ein 54jähriger Kaufmann aus Hall in Tirol. Feuerwehrleute fanden den Mann unmittelbar bei seinem Wohnhaus in Tulfes unter einem Baum eingeklemmt.

Beim Versuch, Wassermassen von seinem Wohnhaus in Navis umzuleiten, wurde ein 33jähriger von den Fluten etwa 150 Meter weit mitgespült. Trotz sofortiger Hilfe konnte der Mann nicht mehr gerettet werden. Er starb in einer Innsbrucker Klinik. Vermißt wird ein 26 Jahre alter Baggerführer aus Hart im Zillertal. Er war mit Räumarbeiten in einem Bach der Gemeinde Mutters beschäftigt, als Wassermassen seinen Bagger ergriffen. In der Nacht zum Dienstag waren bereits drei Menschen vom Blitz oder durch herabfallende Äste getötet worden.

Eine Ausstellung in der Nürnberger Burg zeigt Folterinstrumente und dokumentiert Hinrichtungsarten seit dem Mittelalter



Folter und grausame Strafen kennzeichneten das Rechtsverständnis weit über das Mittelalter hinaus. Dies dokumentiert eine Ausstellung in der Kemenate der Nürnberger Burg (geöffnet täglich bis Ende August von neun bis 19 Uhr; ein Katalog wird vorbereitet). Die Italiener Helen und Carlo Pugi haben in jahrelanger Arbeit zusammengetragen, was in früheren Zeiten der Rechtspflege ihr furchtbares Gesicht verlieh. Gezeigt werden etwa 100 Folter- und Hinrichtungsinstrumente, wie sie in Deutschland bis ins 18. Jahrhundert und teilweise auch heute noch in Diktaturen angewendet werden. Der Folterstuhl aus dem 17. Jahrhundert (links) stammt aus Deutschland. Etwa 1300 Dorne bohrten sich in den Körper des Gefolterten. Die spitzen Enden der „Ketzergabel" (rechts) drangen in Kinn und Brust; ganz rechts: die Eiserne Jungfrau.





Im Gruselkabinett der Justiz

Von RUDOLF ZEWELL

Die Szene ist düster. Doch die feingekleideten Herren, die am frühen Morgen ins Kellergewölbe steigen, stört dies nicht. Für sie ist es Routine. Die Herren, das sind ein Richter und zwei Beisitzer. Mit ihnen ein Schreiber. Sie werden bereits erwartet. Zwei grobschlächtige Gesellen halten einen entkleideten Mann. Er soll ein Hexer sein. Bisher leugnete er diesen absurden Vorwurf beharrlich, und er tut es auch jetzt noch im Griff der Folterknechte. Sie haben dem armen Teufel bereits einen mit Stricken versehenen eisernen Ring um die Taille gelegt. Auf einen Wink des Richters ziehen sie ihn an den Stricken hoch. Noch ein Ruck, und dann hängt er als lebende Wippe in der Luft. Jetzt schieben die Knechte eine hölzerne Pyramide mit messerscharfer Spitze unter ihn – die „Judaswiege". Immer noch schweigt der Mann. Doch als er hin und her geschaukelt wird und ihm die Spitze tief ins Fleisch dringt, bricht sein Widerstand und er „gesteht", was der Richter hören will.

Eine Szene, die sich so oder ähnlich tausendemal zugetragen hat. Doch das durch die Folter erpreßte Geständnis allein genügte nicht. Dazu mußte der Angeklagte die erzwungene Aussage am nächsten Tag „freiwillig" wiederholen. Weigerte er sich, drohte ihm die Folter von neuem. Denn seit dem 14. Jahrhundert war eine Verurteilung ohne das Geständnis des Angeklagten nicht möglich. Wohl durfte die Folter nur dreimal wiederholt werden, doch bot die Juristerei alle Spitzfindigkeit auf, um diese prozessuale Vorschrift zu umgehen. Jede Art der Folter wurde in Unterabteilungen geteilt, eine weitere Folter galt daher nicht als Wiederholung, sondern lediglich als Fortsetzung früherer Torturen.

Da die Folter grundsätzlich nur ein Beweismittel im Kriminalprozeß und keine Strafe war, wollte man schwere körperliche Schäden oder gar den Tod des „peinlich Befragten" (Inquisiten) möglichst vermeiden. Aus diesem Grundsatz heraus entwickelte sich ein System der Tortur, das nach der Schärfe der Schmerzen abgestuft war und für das eine Vielzahl von Instrumenten entwickelt wurde – das Gruselkabinett eines in Gesetze gehüllten Sadismus.

Drei Grade der Folter waren in den Halsgerichtsordnungen und Strafgesetzbüchern wie der constitutio criminalis Carolina Kaiser Karls V. (1532) festgelegt: Meist bildeten Peitschenhiebe bei ausgespanntem Körper (Bambergische Tortur) und das Zusammenquetschen der Daumen den ersten Grad. Beim zweiten Grad trat ein Zusammenschrauben der Beine mit ähnlichen, nur größeren Instrumenten (Spanische Stiefel) und das kreuzweise Zusammenpressen der Daumen und Zehen durch das Mecklenburgische Instrument hinzu. Der dritte Grad schließlich bestand im Ausrecken des Körpers auf der Folterbank oder -leiter.

Die grausame Systematik der Foltermittel übersteigt unsere Vorstellungskraft. Erwähnt seien noch die Pommersche Mütze, mit der der Kopf zusammengepreßt wurde, der Gespickte Hase, eine Rolle mit stumpfen Spitzen, über welche der auf die Leiter Gespannte auf- und abgezogen wurde, und der Große Folterstuhl. Wer auf ihm Platz nehmen mußte, dem bohrten sich Hunderte etwa zwei bis drei Zentimeter hohe Dorne in Arme, Schenkel, Rücken und Brust. Durch Stoßen und Schaukeln des Stuhls konnte der grausige Schmerz noch gesteigert werden.

Fein säuberlich sind die Anleitungen für die mannigfache Art der Folterung auf 45 Kupferstichtafeln festgehalten, die den Anhang des berühmten Strafgesetzbuches der Kaiserin Maria Theresia (constitutio criminalis Theresiana, 1768) bildeten. Denn nicht etwa im finsteren Mittelalter, sondern vor allem in den sogenannten aufgeklärten Zeiten des 17. und 18. Jahrhunderts gehörte Foltern zum juristischen Alltag.

Die Einführung der Folter als Mittel der „Wahrheitsfindung" im Inquisitions-Verfahren ist auch der Grund für die sprunghafte Ausbreitung der Ketzer und Hexenprozesse seit dem 13. Jahrhundert. Die Folter wurde bei diesen Prozessen derart schrankenlos und brutal ausgeführt, daß nur Menschen mit ganz außerordentlicher Willenskraft und Konstitution sie überstehen konnten. In der Regel gestanden die Beschuldigten, um von den Qualen befreit zu werden, die ihnen vorgeworfenen Übeltaten, die sie niemals begangen hatten und auch niemals hätten begehen können. Ja mehr noch, sie „verrieten" wider besseres Wissen auch noch andere, an den Hexentreffen teilgenommen zu haben. So wuchs die Zahl der Verfolgungen seit dem 16. Jahrhundert sprunghaft an, in katholischen wie protestantischen Ländern.

Früh schon regten sich einzelne mutige Stimmen gegen die Folter, wenn auch ohne sichtbaren Erfolg: der Jesuit Friedrich von Spee („Cautio criminalis", 1631) und der Hallenser Professor Christian Thomasius. In seiner Dissertation „De tortura" (1705) steht: „Die unmenschliche Folter ebnet nicht nur den höchsten Herrschenden, sondern auch allen Einflußreichen und ebenso dem Einfachen den Weg, ihre Verbrechen sicher ausführen zu können. (Die Folter) ist ein geläufiges Mittel, sich rechtmäßig oder unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit von der Gegenwart lästiger Feinde zu befreien."

Der erste Staat in Europa, der die Folter aufhob, war das Preußen Friedrichs des Großen (1740 mit Ausnahme von Hochverrat, 1756 zur Gänze). Es folgten Österreich (1776), Bayern (1806), Hannover (1822) und als letztes Land des Deutschen Bundes Coburg-Gotha (1828).

In der Nürnberger Ausstellung werden nicht nur Folterinstrumente gezeigt, sondern auch die Mittel zur Hinrichtung der Verurteilten. Seit dem 17. Jahrhundert wurde die Todesstrafe in bestimmten Formen vollzogen, und zwar durch Feuer, Rad, Galgen oder Schwert. Die furchtbare Art der Hinrichtung durch Verbrennen bei lebendigem Leibe war bei Ketzerei, Hexerei und Unzucht gegen die Natur (Sodomie) üblich. Schwere Leibesstrafen wie das Zwicken mit glühenden Zangen, das Herausreißen der Zunge oder das Rädern waren schon seit dem Mittelalter nichts anderes als noch grausamere Formen der Hinrichtung, besonders bei Delikten gegen die Religion und bei Hochverrat. Sie folgten dem damals geltenden Grundsatz der Abschreckung.

Welche Todesqualen ein Delinquent erdulden mußte, wird am Beispiel der Eisernen Jungfrau von Nürnberg deutlich, die ebenfalls in der Ausstellung zu sehen ist. Ein Dokument aus dem 16. Jahrhundert berichtet: „An jenem Tag wurde ein Geldfälscher in die Jungfrau eingesperrt und die Türen geschlossen, langsam, so daß die Dornen ihm in Arme und Beine eindrangen und an anderen Stellen wie Bauch und Brust... auch die Augen, Schultern und die Gesäßbacken wurden von diesen höllischen Dornen durchstochen, aber nicht schlimm genug, um ihn zu töten. Und so blieb er, großes Geschrei und Gejammer veranstaltend, zwei Tage und zwei Nächte lang, worauf sein Leben dann verlöschte."

FOTOS: HORST SCHÄFER

Hessens Hühner bald frei

Käfighaltung von Legehennen soll verboten werden

dg. Wiesbaden

Als erstes Bundesland hat Hessen jetzt einen Schritt getan, die Käfighaltung von Legehennen abzuschaffen. Der hessische Sozial- und Umweltminister Armin Clauss (SPD) übermittelte zwei Betrieben im Landkreis Fulda und einer Firma im Lahn-Dill-Kreis entsprechende Bescheide. Danach soll es ihnen künftig verboten sein, Hühner in Batterien zu halten und neue Käfige aufzustellen. Der Minister sieht in der Käfighaltung „objektiv den Tatbestand der Tierquälerei erfüllt". Die beiden Firmen hatten 100 000 beziehungsweise mehr als 150 000 Hühner in Käfigen untergebracht.

Gegen die Käfighaltung von Legehennen hatten sich in der Vergangenheit bereits der Verband der beamteten Tierärzte und die Deutsche Tierärzteschaft ausgesprochen. Nach gerichtlichen Entscheidungen gilt sie als unvereinbar mit dem Tierschutzgesetz. Sogar die Bezeichnung als „KZ-Haltung" wurde richterlich nicht verurteilt. In einer Meinungsumfrage der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt nannten 82 Prozent der 2000 Befragten die Käfighaltung Tierquälerei. Mehr als zwei Drittel waren bereit, für ein Ei ein paar Pfennig mehr zu zahlen, wenn es nicht aus Batteriekäfigen kommt.

Insgesamt sind von den hessischen Veterinärämtern 479 Batterien allein in diesem Bundesland ermittelt worden, darunter 17 Firmen mit mehr als 20 000 Käfighennen. Die hessischen Geflügelhalter fühlen sich durch das Vorgehen des Ministers in ihrer Existenz bedroht. Ein Verbandssprecher: „Die Holländer und auch die Niedersachsen warten schon Gewehr bei Fuß darauf, daß wir hier unsere Läden dicht machen."

In der Schweiz ist die Käfighaltung von 1992 an generell verboten. Gegen den Import von Billigeiern wollen die Eidgenossen dann mit Schutzzöllen vorgehen.

Sportlicher Handel mit den Sowjets

Turners Vertrag über eine „Ersatz-Olympiade" in Moskau von US-Verband begrüßt

WOLFGANG WILL, New York

Ted Turner ist ein bewundernswerter Mann, aber nachdem der Amerikaner jetzt zusammen mit den Sowjets Sport und Politik auf eigene Faust betreibt, kommen Zweifel auf. Turner, als Segler und Teilnehmer an vielen Cup-Rennen selbst ein Sport-As, gehören die Fernseh-Nachrichtenkanäle CNN-Kabel und die TV-Mammutstation WTBS in Atlanta, die Millionen Dollar einbringt – und da dürften auch die Beweggründe Turners liegen, zusammen mit den Sowjets so etwas wie eine Ersatz- oder Gegen-Olympiade zu starten.

Denn nichts anderes ist, was Ted Turner und die Sowjets – in der Person ihres zweithöchsten Sportfunktionärs Wjatcheslaw Gravrilin – auf einer Tele-Konferenz in der Sowjetunion und in den USA simultan bekanntgaben: die Absicht, im kommenden Jahr (5. bis 20. Juli) in Moskau „Goodwill Games" auszutragen. Die „Spiele des guten Willens", die allen Nationen offenstehen, sollen alle vier Jahre stattfinden, 1990 in den Vereinigten Staaten.

In Moskau umfaßt das Programm 160 Wettkämpfe in wenigstens 18 olympischen Disziplinen. Turners Kabel-Fernsehsender werden 75 Stunden lang von den Moskauer Spielen berichten, und die durch Werbung und Lizenzen zu erwartenden Gewinne wollen sich Turner und die Sowjets teilen. Die Kosten für die Reise der US-Teilnehmer zu den Spielen trägt das Turner-Imperium.

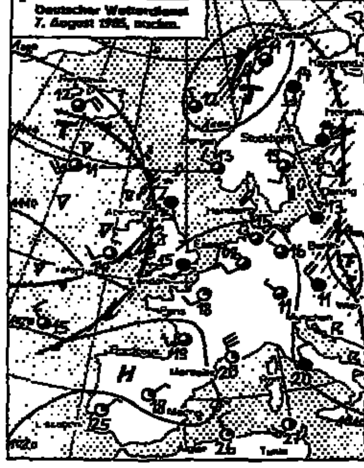
Amerikanische Sportverbände werden die Auswahl für die Moskauer Spiele treffen. Als Aufsichtsgremium fungiert dabei der amerikanische Leichtathletikverband, dessen Präsident Olan Cassell Turners Vorstoß begeistert unterstützt und zugleich beschwichtigend meinte: „Das ist keine Olympia-Konkurrenz".

So zweifelhaft diese Erklärung erscheint, so fraglich ist die Vorstellung Ted Turners, wonach durch diese Spiele der Sport „ent-politisiert" werden kann. Wer außer Turner glaubt etwa daran, daß die Sowjets ihre üblichen politischen Vorbehalte bei den „Goodwill Games" außer acht lassen und etwa Südafrika zulassen, nichts gegen Südkorea einzuwenden haben und nicht darauf bestehen, daß Berlin (West) eine selbständige, unabhängige „politische Einheit" ist?

Nach Angaben des sowjetischen Sport-Funktionärs Gavrilin ist das Internationale Olympische Komitee von den Plänen unterrichtet worden. Der Präsident des amerikanischen Olympia-Komitees, der sich gerade in Moskau aufhält, stimme „mit dem Konzept" überein. Auch eine Reihe von amerikanischen Olympiagewinnern, die Turner zu seiner Pressekonferenz eingeladen hatte, sprachen sich für diese Spiele aus, darunter der zweifache Goldmedaillen-Schwimmer Greg Louganis. Die offizielle amerikanische Politik hat bisher nicht Stellung genommen. (SAD)

WETTER: Hochdruckeinfluß

Wetterlage: Ein Tief über dem Alpenraum verlagert sich nach Osten, so daß sich über Süddeutschland Hochdruckeinfluß durchsetzt. Atlantische Tiefausläufer beeinflussen abgeschwächt die Nordhälfte Deutschlands.



Stationen: 12 bedeckt, Wind Stärke 5, 18°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel. • Sprühregen. ● Regen. ✱ Schneefall. ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdrucks (1000mb-750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Norden: Stark bewölkt und Regen, Temperaturen nahe 20, nachts 13 Grad. Mäßiger Südwestwind. Westen: Wolkig mit Aufheiterungen und trokken, 23 Grad. Schwacher Wind aus Südwest. Süden: Anfangs bewölkt und Regen, im Tagesverlauf Aufheiterungen und trocken. Temperaturen um 20, nachts 12 Grad. Mäßiger Wind um Nord, tagsüber auf West drehend.

Weitere Aussichten:
Weitere Erwärmung, Aufheiterungen und nur geringe Niederschläge.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	31°
Bonn	16°	Kopenh.	18°
Dresden	14°	Las Palmas	22°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	16°	Madrid	18°
Hamburg	15°	Mailand	24°
List/Sylt	15°	Mallorca	25°
München	15°	Moskau	28°
Stuttgart	15°	Nizza	25°
Algier	26°	Oslo	18°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	30°	Prag	11°
Barcelona	25°	Rom	30°
Brüssel	17°	Stockholm	14°
Budapest	17°	Tel Aviv	31°
Bukarest	29°	Tunis	27°
Helsinki	–°	Wien	11°
Istanbul	26°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.58 Uhr, Untergang: 20.56 Uhr; **Mondaufgang:** – Uhr, Untergang: 15.30 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Fliegende Frauen

Ihr aufregendstes Geschenk zum 85. Geburtstag kostete Englands Königinmutter, **Elizabeth**, jetzt voll aus. Queen Mum flog mit der Concorde in 50 Minuten über das Vereinigte Königreich. Sie blieb völlig ruhig, als die Maschine die Schallmauer durchbrach, und genoß auch bei Mach 2 Champagner und Hummer. Ohne derartige Delikatessen, dafür höher hinaus fliegt vermutlich die 33jährige Japanerin **Chiaki Naito**. Die Herzchirurgin ist gemeinsam mit dem Raktenspezialisten **Takao Doi** (30) und dem Atomphysiker **Mamoru Mori** (37) in die Endauswahl für den einwöchigen Flug der amerikanischen Raumfähre „Columbia" gekommen. Erstmals soll damit ein(e) Japaner(in) in den Weltraum starten. Einer der drei wird als „zahlender Gast" an Bord sein und – viel lernen. Denn für 1991 hat Japan einen ersten Testflug mit einer eigenen, schweren Rakete geplant. Ob Chiaki Naito tatsächlich mitfliegt, entscheidet sich nach der Ausbildung in einem Nasa-Zentrum in Alabama.

Eine schlichte Scheibe als Kontakthilfe

CATRIN WILKENING, Hamburg

Eine Kreuzung in der Hamburger Innenstadt. Die Ampel zeigt Rot. Zwei Autos halten nebeneinander, in dem einem sitzt eine Frau, im anderen ein Mann. Sie lächeln sich an, ein-, zweimal, dann springt das Signal auf Grün, und beide fahren davon, denken vielleicht noch: „Schade, die oder den hätte ich gerne kennengelernt."

Dieser vertanen Chance möchte jetzt ein „Singles-Service" in der Hansestadt Abhilfe schaffen. Werner Braune, Anlageberater, übernahm die Idee aus den USA, wo eine Immobilienmaklerin einen Autoaufkleber entworfen hat. Im April brachte er das deutsche Pendant heraus: eine runde Scheibe mit schwarz-rot verschlungenen Elementen. Sie symbolisieren Jang und Jin, nach der chinesischen Philosophie sind das die beiden Grundkräfte des Kosmos, das Männliche und das Weibliche repräsentierend. Dazu gibt es für 29,80 Mark noch eine weiß-gold gehaltene Anstecknadel, mit der jeder Alleinstehende seinen Status und seine Kontaktbereitschaft demonstrieren kann.

Vor allem können Interessenten Namen und Adresse bei Werner Braune registrieren lassen. Wenn sie ein Stichwort angeben, „Hoffnung" schlägt Braune beispielsweise vor, ist er befugt, bei Anfragen ihre Adresse anzugeben. Ein Fall: Ein Paar lächelte sich an der Ampel zu, fuhr dann auf die Autobahn und verlor sich. Beide sahen am Wagen des anderen den Aufkleber, merkten sich das Kennzei-



chen und holten über den Singles-Service die Adresse des Autoflirts ein. Werner Braune gehört zu denjenigen, die Singles als große gesellschaftliche Gruppe erkannt haben. 34,5 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland sind Ein-Personen-Haushalte, 7,5 Millionen Menschen leben allein. Sie sind die Zielgruppe, sei es für Reiseveranstalter oder Initiativen wie den Singles-Service. Der Unterschied dieser neuen Organisationen zu den verschwiegenen Singles-Clubs, wie es sie schon lange gibt, liegt im fröhlichen, selbstsicheren Auftreten. Darin, daß sie sich nicht als reine Partnervermittlung sehen wollen, sondern zugeben, daß das Kennenlernen von anderen Menschen für einen Alleinstehenden besonders wichtig ist. Auch Braune will langfristig nicht nur eine zwischenmenschliche Kontakthilfe bieten, sondern auch Frauen und Männer untereinander vermitteln, „einfach als Gesprächpartner".

Unter den 150 Personen, die er bisher in seiner Kartei hat – Alter 18 bis 55 Jahre –, sind vor allem Frauen. Braune meint, sie seien Neuem gegenüber aufgeschlossener. Oder sind sie isolierter in einer Gesellschaft, in der sich Menschen immer weniger aus eigenem Antrieb kennenlernen und auf „Hilfe" angewiesen sind? Clubs, Reisepartner- und Heiratsvermittlungen über Computer: auch im zutiefst persönlichen Bereich besteht zunehmend die Möglichkeit, auf einfachstem Wege durch Zahlen einer kleinen oder großen Summe zueinander zu finden. Selbst hier scheint es nicht ohne Organisation zu gehen.

Anwesenheit des Psychiaters läßt Scholl schweigen

AP, Baden-Baden

Der frühere rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende Hans-Otto Scholl, der seit fünf Wochen in Baden-Baden als Juwelenräuber vor Gericht steht, will ab sofort keine Aussagen mehr machen. Sein Verteidiger Rüdiger Weidhaas begründete die Entscheidung seines Mandanten gestern in der Hauptverhandlung damit, daß das Gericht einen Psychiater bestellt habe. Zwar hatte auch die Verteidigung eine psychiatrische Untersuchung beantragt, allerdings nur zur Frage, ob Gewalttätigkeit Scholl wesensfremd sei. Das Gericht dagegen gab bekannt, daß das Verhalten des Angeklagten während des Prozesses grundsätzlich beobachtet werden solle. Benannt wurde Achim Mechler, der von heute an am Prozeß teilnehmen soll. Die Frau Scholls, nach mehreren Terminverschiebungen ebenfalls für heute als Zeugin geladen, will nach Auskunft der Verteidigung aus dem gleichen Grund von ihrem Recht auf Verweigerung der Aussage Gebrauch machen.

Sondereinsatz gegen Mafia

AFP, Palermo

Nach drei Morden an Polizeibeamten innerhalb von zehn Tagen hat der italienische Innenminister Oscar Luigi Scalfaro fast 1000 zusätzliche Polizisten, Carabinieri und Angehörige der Steuerpolizei nach Sizilien entsandt. In Palermo waren am Dienstag zwei Polizisten auf offener Straße, wahrscheinlich von Mafiosi, erschossen worden. Anderthalb Wochen vorher war in Porticello bei Palermo ein Kommissar ermordet worden.

37 Festnahmen

dpa, Wien

Im österreichischen Weinskandal ist gestern der Geschäftsführer einer niederösterreichischen Weinfirma festgenommen worden. Insgesamt haben die Behörden der Alpenrepublik bislang 37 Verdächtige gefaßt, von denen derzeit 35 in Untersuchungshaft sitzen.

Gefährliche Waldbrände

AFP, Nizza/Bastia

Die verheerenden Waldbrände in Südfrankreich haben in der Nacht zum Mittwoch ein sechstes Todesopfer gefordert. Nordwestlich von Sainte-Maxime kam ein Feuerwehrmann ums Leben. In der vergangenen Woche waren an der Côte d'Azur fünf Feuerwehrleute getötet worden. In Korsika wüteten gestern noch drei Großbrände, die einen unter Naturschutz stehenden Pinienwald im Zentrum der Insel und den Badeort Tarvo an der Südostküste bedrohten.

Fehlalarm: Zug geräumt

dpa, Bonn

Wegen eines falschen Bombenalarms ist der Intercity „Lötschberg" von Basel nach Hannover am Dienstag abend im Bonner Hauptbahnhof innerhalb weniger Minuten von der Polizei geräumt worden. Ein anonymer Anrufer bei der Frankfurter Kriminalpolizei hatte gedroht, ein ferngesteuerter Sprengsatz werde um 18.45 Uhr hochgehen. Rund 50 Beamte suchten vergeblich nach der Bombe, teilte die Bonner Polizei mit. Die Fahrgäste konnten ihre Reise eine Stunde später fortsetzen.

300 Wale strandeten

rtr, Auckland

Auf einer neuseeländischen Insel in der Nähe von Auckland sind in der Nacht zum Mittwoch etwa 300 Wale gestrandet. Die Funkstation von Great Barrier Island bat die Fischer der umliegenden Gewässer, sich an der Rettung der Tiere zu beteiligen, von denen ein Viertel bereits über Nacht gestorben sei.

Beichtgeheimnis gebrochen

dpa, San Francisco

Wegen Verletzung des Beichtgeheimnisses hat die 38jährige Sheridan Ann Edwards ihren Priester und ihre Kirchengemeinde in San Francisco auf umgerechnet rund 14 Millionen Mark Schmerzensgeld verklagt. Die arbeitslose Buchhalterin hatte dem Geistlichen gebeichtet, 28 000 Dollar aus der Kirchenkasse gestohlen zu haben. Kurz darauf wurde sie festgenommen.

Mütter vererben Migräne

dpa, Kiel

Migräne wird offensichtlich von den Müttern vererbt. Das fand jetzt Wolfgang Baier, Oberarzt an der Neuropädiatrischen Abteilung der Kieler Universitätskinderklinik, bei der Untersuchung an 81 migränekranken Kindern heraus. Etwa die Hälfte der Mütter dieser Kinder, unabhängig davon, ob Junge oder Mädchen, litten an Migräne, jedoch nur jeder fünfte Vater.

ZU GUTER LETZT

„Vater Unser: 56 Wörter
23. Psalm: 118 Wörter
Zehn Gebote: 297 Wörter
Verordnung des US-Landwirtschaftsministeriums über den Kohl-Preis: 15 629 Wörter." Es stand in der „International Herald Tribune".

